



Zum antifaschistischen
Widerstand in Potsdam und
der Provinz Brandenburg
1933 – 1945

Dr. Werner Bethge
Prof. Dr. Kurt Finker

**ARBEITSGRUPPE GESCHICHTE
HEFT 11**

Dr. Werner Bethge
Prof. Dr. Kurt Finker

Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und
der Provinz Brandenburg 1933 - 1945

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg
Heft 11

Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933 - 1945

Herausgeber: Landesverband der PDS
Arbeitsgruppe Geschichte

Autoren: Dr. Werner Bethge
Prof. Dr. Kurt Finker

Satz und Layout: Reinhard Frank

Redaktionsschluss: Mai 2004

Dr. Werner Bethge
Prof. Dr. Kurt Finker

Zum antifaschistischen
Widerstand in Potsdam und
der Provinz Brandenburg
1933 - 1945

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Werner Bethge	
I. Antifaschismus und Widerstand von links	8
1. Arbeiterbewegung und Naziregierung	8
2. Kommunisten in Potsdam und Nowawes/Babelsberg im Widerstand gegen Faschismus und Krieg	13
Illegale kommunistische Widerstandsorganisationen in beiden Kommunen	13
Potsdam - ein regionales Zentrum des illegalen kommunistischen Widerstandes	17
Widerstand gegen den Krieg	20
3. Sozialdemokraten in Potsdam und Nowawes/Babelsberg im antifaschistischen Widerstand	22
Widersprüchlicher Übergang in die Illegalität	22
Potsdamer und Babelsberger Sozialdemokraten unter den Bedingungen der Illegalität	23
Quellen Teil I	27
Werner Bethge	
II. Opposition protestantischer Christen in Potsdam und Nowawes/Babelsberg gegen politische Vereinnahmung durch das Regime	28
1. Protestantische Kirche und die Errichtung des Nazi-Regimes	28
2. Christliche Opposition gegen politische Gleichschaltung	31
Sammlung oppositioneller Christen unter der "Roten Karte"	31
Bekennende Kirche unter starkem Druck von Kirchenregiment und Staat	36
3. Christliche Opposition als Teil des antifaschistischen Widerstandes ...	39
Quellen Teil II	42
Kurt Finker	
III. Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944	43
1. Der antifaschistische Widerstandskampf und der 20. Juli 1944 im deutschen Geschichtsbild	43
2. Das Attentat	52
Potsdam, die Provinz Brandenburg und der 20. Juli 1944	52
Ursachen und Hintergründe	55
Weitere Treffpunkte der Opposition in Potsdam	62
3. Auswirkungen	68
Quellen Teil III	72
Verzeichnis der Abkürzungen	74

Einleitung

Der Jahrestag des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 – in diesem Jahre ist es der 60. – bewegt wieder einmal die Öffentlichkeit, da dieses Ereignis nach wie vor große Aufmerksamkeit, Interpretationsfreudigkeit und Glorifizierungen auslöst. In der Tat wurde damals versucht, Hitler und einen möglichst großen Teil seiner Paladine gewaltsam aus der Welt zu schaffen und damit das Signal zu setzen für die Beseitigung der faschistischen Terrorherrschaft und für die Beendigung des Krieges. Das Unternehmen scheiterte, Hitler und die NS-Clique konnten ihr verbrecherisches Wirken fortsetzen.

Im heutigen bundesdeutschen Geschichtsbild wird nach wie vor die Auffassung verbreitet, daß der 20. Juli 1944 das Hauptereignis, der Höhepunkt, ja sogar der einzige Ausdruck des Widerstandes gegen das „nationalsozialistische“ Regime gewesen sei. Tatsache ist jedoch, daß schon seit 1933, besonders von der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kampf gegen die faschistische Diktatur geführt wurde, als die späteren Verschwörer vom 20. Juli 1944 zum übergroßen Teil noch begeistert ihrem „Führer“ und seiner „nationalsozialistischen Revolution“ zujubelten. Auch in Potsdam, wo infolge seiner besonderen Struktur die konservativen Kräfte sehr stark waren, wo sich demzufolge die Vorbereitung dieses Umsturzversuches zu einem großen Teil abspielte, wurde wirklicher Widerstand von Anfang an vor allem aus der Arbeiterbewegung geleistet. Dieser Widerstand sah allerdings anders aus als die meisten der mehr oder weniger unverbindlichen „Erörterungen“ und „Erwägungen“ der Offiziere, Beamten und Pensionäre in den Casinos und Villen zwischen Potsdam, Grunewald und Dahlem.

Unsere Darlegungen sollen aber *allen* beteiligten Gruppen, Strömungen und Einzelpersonen, die sich gegen das Naziregime gewandt haben und denen darum – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – unsere Hochachtung gilt, wissenschaftlich gerecht werden. Der begrenzte Umfang zwingt uns, bei der Darstellung der Fakten und Zusammenhänge eine Auswahl zu treffen. Wir sind aber überzeugt, daß wir nach dem derzeitigen Erkenntnisstand das Wesentliche, das Bestimmende erfaßt und dargeboten haben.

Werner Bethge

Kurt Finker

Werner Bethge

I Antifaschismus und Widerstand von links

1. Arbeiterbewegung und Naziregierung

Im Gegensatz zu den bürgerlichen und konservativen Parteien der Weimarer Republik gehörte die Arbeiterbewegung, insbesondere die beiden großen Arbeiterparteien - KPD und SPD - mit den vorwiegend unter ihrer politischen Führung stehenden antifaschistischen Schutz- und Abwehrorganisationen, zu den konsequentesten Gegnern des Faschismus und deshalb auch - allerdings nicht nur allein aus diesem Grunde - zu den bevorzugten Gegnern der Nazibewegung.

Beide Arbeiterparteien warnten nachdrücklich vor der Errichtung einer faschistischen Diktatur und versuchten - jede für sich und zumeist gegeneinander und deshalb auch ohne jede Aussicht auf entscheidende Erfolge- diese Gefahr mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Spätestens jedoch die Errichtung der faschistischen Diktatur erforderte kategorisch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterparteien mit den Gewerkschaften und anderen Antifaschisten. Und das nicht nur, um im Interesse des Bestandes der eigenen Existenz als politische Kraft bei der weiteren politischen Gestaltung der Gesellschaft weiter wirken zu können, sondern vor allem im Interesse der nationalen Entwicklung, den vorhersehbaren Weg Deutschlands in die Barbarei zu verhindern.

**Weg in die
Barbarei
verhindern**

Doch dazu brauchte es notwendige Voraussetzungen. Es galt ein gegenseitiges politisches Agreement zu schließen, wofür beide Parteiführungen den Weg frei machen mussten. Im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens, einer wirklichen vorbehaltlosen Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr ging es vor allem darum:

- unterschiedliche taktische und strategische Zielsetzungen zurückzustellen;
- gegenseitige politische Vorbehalte abzubauen; das bedeutete besonders für die Kommunistische Partei, ihre politisch falsche These vom sozialfaschistischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei zu korrigieren, für die Sozialdemokratische Partei den selbstmörderischen Antikommunismus aufzugeben;
- auf den sachlich unbegründeten Anspruch beider Parteien, das politische Wahrheitsmonopol zu besitzen und damit auch alleiniger Vertreter und Führer der Arbeiterklasse zu sein, zu verzichten.

Aber die Politik beider Parteien in einer für Deutschland schicksalhaften Stunde stand im krassen Gegensatz zu ihren hohen moralischen und politischen Ansprüchen. Statt ihre politischen Kontroversen zurückzustellen und sich gemeinsam gegen die Gefahr einer faschistischen Diktatur zu

wenden, neutralisierten sie sich gegenseitig politisch und erwiesen sich damit als nicht der Lage, dem Faschismus erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen.

Dass allein das Zusammenwirken der Arbeiterbewegung ein ernstzunehmender Gegenpart der Nazis darstellte, dafür gibt es eine Reihe von konkreten Momenten. Allein das folgende Beispiel ist recht aussagekräftig: Abgesehen von den vielen Tausenden Sympathisanten und Wählern stellte allein die breite Mitgliedschaft beider Parteien ein erhebliches politisches Potential dar. Nur allein in der Provinz Brandenburg gab es im Zeitraum 1932/1933 etwa 37800 Sozialdemokraten und 6500 Kommunisten. Zu diesem Reservoir gehören auch die schon genannten antifaschistischen Abwehrorganisationen, wie Antifaschistischer Selbstschutz, Eiserne Front, Hammerschaften, Kampfbund gegen den Faschismus, Reichsbanner und illegaler Roter Frontkämpferbund. Sie standen besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik oft in harten Auseinandersetzungen mit den immer brutaler werdenden Übergriffen der SA-Stürme gegenüber Antifaschisten. Vielfach an Waffen ausgebildet und teilweise auch bewaffnet, standen sie besonders für die Bereitschaft vieler Antifaschisten, sich der faschistischen Gefahr entgegenzustellen. Doch politisch stark an die einzelnen Parteien gebunden, konnten auch ihre Kräfte nicht gebündelt zum Einsatz kommen.

Die Errichtung der Nazi-Diktatur - besonders von wirtschaftlichen Führungsschichten gefördert - stellte alle Parteien in Deutschland vor eine neue politische Situation. Diese galt es zu analysieren und entsprechende politische Schlussfolgerungen zu erarbeiten. Diese Aufgabe stand - begründet durch ihre grundsätzliche Ablehnung des Faschismus - besonders vor den Arbeiterparteien.

Ganz überraschend traf allerdings die Errichtung des Regimes beide Arbeiterparteien nicht. Die große Gefahr für ihre Legalität erkennend, bereiteten sich beide Parteien - wenn auch mit unterschiedlichen Zielen - schon vor dem 30. Januar 1933 auf die Illegalität vor. In der KPD lief diese Diskussion bereits seit 1929. Ganz konkret aber seit dem Herbst 1932 vollzogen die Kommunisten im Bereich der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg die Umstellung in den kommunalen Organisationen. Sie sahen diesen Schritt als eine Verbindung von organisatorischer und politischer Vorbereitung, die Partei bei einem möglichen Verbot als Ganzes und politisch aktionsfähig zu erhalten und geschlossen in die Illegalität zu überführen. Mit völlig anderen Vorstellungen stellten sich die Sozialdemokraten dieser Aufgabe. Im Gegensatz zu den Kommunisten gab es hier nur konkrete Maßnahmen für die Führungsmannschaft und die Schaffung einzelner Spezialgruppen, die untereinander kaum eine Koordination aufwiesen. Die breite Mitgliedschaft wurde nicht auf die Konspiration vorbereitet.

**Vorbereitung
auf die Illegalität**

**KPD für Sturz
der Regierung**

Und so verschieden sich die beiden Parteien auf eine mögliche Illegalität einstellten, so unterschiedlich reagierten sie letztlich auch auf den 30. Januar 1933. Anknüpfend an den bisherigen antifaschistischen Kampf rief die kommunistische Parteiführung die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften auf, die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung konsequent zu bekämpfen. Sie charakterisierte diese Regierung als die "brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen ... die das barbarische Terror-Regime des Faschismus"¹⁾ in Deutschland errichten wird. Und als erste Massenpartei analysierte ihr Vorsitzender, Ernst Thälmann, auf ihrer Funktionärstagung am 7. Februar 1933 in Ziegenhals, die schon unter illegalen Bedingungen stattfinden musste, die neue politische Lage und die gravierendsten politischen Veränderungen seit dem 30. Januar und rief zum aktiven Kampf und zum Sturz der Regierung auf.

Allerdings konnte diese Beratung ihrer Aufgabe für die neuen politischen Bedingungen nicht gerecht werden. Es erfolgte keine kritische Sichtung der vor 30. Januar 1933 bereits gescheiterten Generallinie der Partei. So löste sie sich nicht von den politisch falschen Einschätzungen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führungen und blockierte damit ihrerseits die nun wohl für die Parteien überlebensnotwendige Bildung einer Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur. Auch die politische Zielstellung, über den politischen Massenstreik, Generalstreik und bewaffneten Aufstand die Nazi-Regierung zu stürzen - als Tagesaufgabe formuliert - ging an den bestehenden realen politischen Kräfteverhältnissen völlig vorbei. Diese Vorstellung ging von der Prämisse aus, dass eine revolutionäre Krise heranreift und die Arbeiterklasse zum revolutionärem Kampf bereit wäre. Sie dokumentiert damit vielmehr die fehlende Einsicht, dass mit der Berufung der Naziregierung die Arbeiterbewegung die in ihrer Geschichte wohl spektakulärste Niederlage erlitt.

Doch trotz der nicht zeitgemäßen strategischen und taktischen Zielstellungen und politischen unzulänglichen Aussagen der Zusammenkunft besitzt diese Ziegenhalser-Tagung für den antifaschistischen Widerstand in Deutschland eine bleibende historische und moralische Bedeutung bis zum heutigen Tag. Hier liegt der Ausgangspunkt für einen breiten Widerstand gegen den faschistische Regime. Und es waren die Kommunisten, die couragiert dieses Zeichen setzten. Erst mit der weiteren Zuspitzung der Widersprüche folgten letztlich Angehörige aus allen Gesellschaftsschichten.

Wie problematisch man die Politik der kommunistischen Führung auch immer beurteilen mag,²⁾ ein gemeinsames Zusammengehen aller Kräfte der Arbeiterbewegung schien die letzte politische Chance zu sein, die mit der Hitler-Regierung eingeleitete Entwicklung zu verhindern. Doch

diesem Vorschlag wichen die Sozialdemokraten aus, zogen aber selbst auch keine kritischen Schlüsse aus der Errichtung der Nazi-Diktatur. Zwar verurteilten auch sie in ihrem Aufruf vom 31. Januar 1933 die Berufung der Regierung, allerdings - zunächst wenigstens - mit anderen Konsequenzen. Sie charakterisierten diese als einen Zusammenschluss von "reaktionären großkapitalistischen und agrarischen Kräften" um gemeinsam gegen die Arbeiterklasse zu kämpfen. Bemerkenswert jedoch ihre Schlussfolgerung daraus für die Mitglieder. Sie forderten von diesen zwar "Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte", orientierten sie aber auf das Legalitätsprinzip. "Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes ... werden wir gegen jeden Angriff verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden ... wird auf den äußersten Widerstand ... stoßen."³⁾ Gleichzeitig warnten sie vor einem "undisziplinierten Vorgehen" der Mitgliedschaft.

**Warnung der
SPD**

Eine solche Politik der Selbsttäuschung, des Abwartens und Hinhaltens verwirrte und desorientierte viele Mitglieder und Sympathisanten und hemmte sichtbar deren vielfach vorhandene Bereitschaft zum Widerstand vor allen unter den Mitgliedern in den Selbstschutzorganen. Sarkastisch konstatierte die Polizei in einem Lagebericht dazu, dass die sozialdemokratische Führung beschlossen habe, sich "praktisch wie am 11. Juli 1932 (Papen-Putsch gegen Preußen, d. V.) mit leeren Demonstrationen zu begnügen."⁴⁾ Und ein führender Sozialdemokrat, Wilhelm Hoegner, charakterisierte die Haltung in seinen Memoiren mit der Bemerkung: "Wir hatten stillschweigend kapituliert. Es dauerte freilich einige Monate, bis wir es merkten."⁵⁾

Eine Protestwelle gegen die neu berufene Regierung erfasste das ganze Land. Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftler demonstrierten - zumeist, wie bisher getrennt - auch in der Provinz Brandenburg. Und das geschah nicht nur in den Industriestädten, wie Cottbus, Bernau, Brandenburg, Eberswalde, Forst, Henningsdorf, Luckenwalde, Rathenow, Senftenberg und Spremberg, sondern auch in den vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten, wie Nauen, Prenzlau, Wittenberge. Oft geschah dies trotz willkürlicher Verbote - auch durch sozialdemokratische Bürgermeister - und Terror nazistischer paramilitärischer Verbände. Auch durch Nowawes und Potsdam zog - auf Initiative der Nowaweser Kommunisten - ein Demonstrationzug, dem sich viele Sympathisanten anschlossen, verteilten Kommunisten vor den Werktoeren den Aufruf ihrer politischen Führung.

**Demonstrationen
gegen das
faschistische
Regime**

Trotz einschlägiger Erfahrungen besonders aus den letzten Jahren der Weimarer Republik - der feige Mord an den Jungkommunisten Herbert Ritter in Nowawes soll als eines der vielen Beispiele genannt sein- über-

**Verhaftung
Ernst
Thälmanns**

raschte es doch, mit welcher Rigorosität und Brutalität die Hitlerfaschisten ihre Machtpositionen ausbauten. Ihr Nahziel galt den für den 5. März 1933 angesetzten Neuwahlen für den Reichstag, in denen sie eine Zweidrittelmehrheit zumindest aber die absolute Mehrheit im Parlament anstrebten.

Gleichzeitig begannen sie systematisch ihre Gegner zu verfolgen, den Hauptstoß aber richteten sie dabei zunächst gegen die Kommunistische Partei. Mit Rückendeckung des amtierenden Preußischen Innenministers, Hermann Göring, Sondergerichten und Notverordnungen vor allem im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandprovokation, eröffneten die faschistischen paramilitärischen Verbände, SA und SS, eine Offensive der Gewalt und Brutalität gegen deren Mitglieder. Im Zuge einer überraschend durchgeführten Aktion in ganz Deutschland verhafteten Polizei sowie SA und SS fast alle Funktionäre der Partei sowie die Führungskräfte der unter ihrem politischen Einfluss stehenden Organisationen bis hinunter in die Kommunen - soweit diese sich nicht frühzeitig in vorbereitete Ausweichquartiere in Sicherheit bringen konnten. Dieser Verhaftungswelle fiel am 3. März auch ihr Vorsitzender, Ernst Thälmann, zum Opfer. Damit drängte die Regierung die Partei völlig in die Illegalität.

Während dieser Polizeiaktion verhafteten die Nazis mit einem Schlag im Reichsgebiet allein etwa 4000 Funktionäre der Kommunisten, davon in Preußen allein 1800. Vom Januar bis Juli 1933 befanden sich im Regierungsbezirk Potsdam sich nach Angaben der faschistischen Behörden ca. 5000 Antifaschisten für kürzere oder längere Zeit in Haft.⁶⁾ Sie pferchten diese in Zuchthäusern, vor allem aber in die durch die SA provisorisch eingerichteten Konzentrationslager, in denen sie ihre Gefangenen auf das unbarmherzigste folterten und nicht wenige ruchlos ermordeten. In der Provinz Brandenburg entstanden als erste Konzentrationslager Brandenburg (Altes Zuchthaus), Oranienburg (Alte Brauerei, später Sachsenhausen), Börnicke und Sonnenburg (Slonsk, östlich der Elbe). Mit diesem plötzlichen und unerwarteten Feldzug gegen die kommunistischen Führungskräfte enthaupteten die Nazis quasi die Mehrzahl der kommunistischen Organisation im Lande. Sie führten damit alle Vorbereitungen ihrer Mitglieder auf den Übergang in die Illegalität ad absurdum, wie auch solche illusionären Vorstellungen, Streiks zu organisieren und mit diesen über den Generalstreik und bewaffneten Aufstand, die Nazi-Regierung zu stürzen. Für den Augenblick schien es so, als gelänge es den Nazis mit dieser überfallartig durchgeführten Operation, das anvisierte Ziel - die Vernichtung dieses unbequemen und beharrlichen Gegners - zu erreichen. Und sie schienen sich ihrer Sache schon sicher zu sein, mussten sich jedoch sehr schnell eines Besseren belehren lassen.

**Aufbau neuer
illegaler Strukturen
der KPD**

Aufopferungsvoll bauten die Kommunisten innerhalb weniger Monate auf allen Organisationsebenen neue illegale Leitungsstrukturen auf, während sie gleichzeitig im antifaschistischen Widerstand standen. So musste

der kommissarische Innenminister Preußens, Hermann Göring, bereits am 7. Mai 1933 eingestehen: "Diese überraschend schnelle Reaktion auf den ersten nahezu völligen Zusammenbruch verdient um so größere Beachtung, als nach dem Erfolg des polizeilichen Zugriffs im März damit gerechnet werden durfte, dass bei rücksichtslosem Vorgehen gegen den Führernachwuchs, den Geld- und Nachrichtenverkehr gelingen würde, auch den im Entstehen begriffenen illegalen Apparat des Kommunismus in Deutschland als einsatzfähige Massenorganisation zu zerschlagen."⁷⁾ Das betraf sowohl die Führung der Gesamtpartei, die John Scheer nach der Verhaftung Ernst Thälmanns bis zu seiner eigenen Verhaftung im November 1933 mit anderen Leitungsmitgliedern neu organisierte, als auch die Leitungen in vielen Ortsorganisationen. Darunter auch die im April 1933 für die speziellen Bedingungen der Illegalität neugebildete Bezirksleitung für Provinz Brandenburg/Lausitz/Grenzmark zunächst unter der Leitung von Arthur Vogt, Max Herm und Willy Sägebrect.⁸⁾

Als Beispiele für Antifaschismus und illegalen Widerstand unter den Bedingungen der Illegalität soll im Folgenden deren Verlauf in Potsdam und Nowawes/Babelsberg dienen. Die Entwicklungen in beiden Städten stehen für viele Kommunen in der Provinz Brandenburg während der Nazi-Diktatur. Sie sind verallgemeinerungswürdig.

2. Kommunisten in Potsdam und Nowawes/Babelsberg im Widerstand gegen Faschismus und Krieg

Illegale kommunistische Widerstandsorganisationen in beiden Kommunen

Hart trafen die Verfolgungen des Regimes auch die Kommunisten in Potsdam und Nowawes. Und doch gelang es in beiden Städten aktive und bemerkenswert umfangreiche illegale Organisationen aufzubauen. Allerdings entstiegen diese nicht, wie einst Phönix aus der Asche, sondern unter beträchtlichen Opfern besonders in Nowawes. Und im Gegensatz zu ihrer Parteiführung, die noch immer an längst überholten illusionären strategischen Zielen festhielt, erkannten die Mitglieder an der Basis realer ihre politischen Möglichkeiten unter den neuen Bedingungen. Es ging ihnen nicht um Generalstreik und bewaffneten Aufstand, sondern schlicht darum, sich neu zu organisieren, dem Faschismus nicht allein das politische Feld zu überlassen und zu demonstrieren, dass sie noch existieren. Dabei verfolgten sie das Ziel, die Bevölkerung aufzuklären, um gemeinsam die Stabilisierung des Regimes zu untergraben.

Neben den verhafteten erfahrenen Führungskräften konfrontierte die Realität die Antifaschisten vor allem mit zwei weiteren Problemen. Nicht alle bisherigen Mitstreiter konnten die physischen und psychischen Belastungen

von hemmungslosen Verfolgungen, Hass, Schmähungen und Folterungen und die ständige Gefahr von Verhaftungen und Konzentrationslager ertragen. Sie zogen sich aus der aktiven politischen Arbeit zurück, zumeist ohne ihre antifaschistische Gesinnung aufzugeben, andere wieder dienten sich dem Regime aus Ehrgeiz oder Opportunität an, einzelne mutierten gar zu Verrätern an ihre einstigen Mitstreiter. Eine weitere Schwierigkeit bereiteten fehlende Erfahrungen in der Konspiration. Zwar gab es noch Erinnerungen an solche aus der Zeit des Sozialistengesetzes oder gar noch jüngeren Datums, dem Jahr 1923. Doch sehr schnell und zumeist unter persönlichen Opfern mussten die Antifaschisten feststellen, dass die neuen Bedingungen sie mit einem wesentlich anderen politischen Gegner konfrontierte.

Doch wie entwickelte sich konkret der illegale kommunistische Widerstand in der Stadt Potsdam, in der die Kommunisten in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine kleine, aber aktive Ortsgruppe mit etwa 135 Mitgliedern stellten? Das soll im Folgenden an wesentlichen Beispielen kurz umrissen werden.

Spontan übernahmen nach der Verhaftung aller Funktionäre und anderer aktiver Kommunisten in der Stadt (noch einmal inhaftierte die Polizei zum sogenannten Tag von Potsdam, am 21. März 1933, über 20 Kommunisten aus Potsdam und der näheren Umgebung) bisher weniger im Vordergrund stehende Mitglieder die Initiative und sammelten zum Widerstand bereite Mitglieder und kleine sich unter dem Einfluss des Terrors und der Verhaftungen in den letzten Wochen herausgebildeten illegalen Gruppen. Bisher in der Öffentlichkeit weniger bekannte Kommunisten übernahmen die Rolle der verhafteten Funktionäre. Einer von diesen Antifaschisten, Wilhelm Zimdars, äußerte sich später darüber: "Nach der Machtübernahme durch Hitler übernahm ich die illegale Zusammenfassung der bewährten KPD-Genossen, welche nicht verhaftet und (nicht) zu populär waren, in einem Teil Potsdams.⁹⁾ Auf diese Weise bildeten sich -zwischenzeitlich unabhängig von einander bestehend und politisch agierend - zwei illegale kommunistische Organisationen innerhalb des Stadtgebietes. Eine entstand bereits im Frühjahr 1933 durch die Initiative von Kurt Austert, Paul Gramm, Bernhard Hagedorn und Wilhelm Zimdars, der die politische Leitung übernahm. Erst um die Jahreswende 1933/34 bildete Otto Köbe die zweite Organisation. Ihm zur Seite standen Richard Schneemann und Georg Fickelscheer. Beide Organisationen stellten ihre Mitstreiter darauf ein, unter den neuen politischen Bedingungen konspirativ zu arbeiten. Dazu teilten sie ihre Mitglieder in Dreiergruppen auf, die untereinander keinerlei Verbindung pflegen durften. Auf diese Weise überzogen sie die ganze Stadt mit einem Netz illegaler kleiner Gruppen, das für illegale Aktionen eine Breitenwirkung sicheren sollte. Versuche der Organisation unter der Leitung von Wilhelm Zimdars, über die Grün-

**Netz illegaler
Gruppen in
Potsdam**

derung einer neuen Sportorganisation, der illegalen Tätigkeit einen legalen Rahmen zu geben, scheiterten an der Aufmerksamkeit der Gestapo. Der Anschluss vieler Illegaler an einer bürgerlichen Sportorganisation sicherte zumindest die illegale Arbeit der Leitung.

An den Aktivitäten gemessen, lässt sich die Aufgabenstellung beider Organisationen wie folgt umreißen:

- Politisch aktive und zum Widerstand bereite Kräfte organisatorisch zusammenzufassen und zu kassieren;
- mittels illegaler Flugblätter und anderer Materialien die Potsdamer Bevölkerung politisch aufzuklären zum Widerstand aufzurufen;
- inhaftierte Mitstreiter und deren Angehörigen solidarisch zu unterstützen und zu diesem Zweck die Rote Hilfe wieder zu aktivieren;
- politische Information und Schulung der organisatorisch erfasste Mitglieder.

Zunächst völlig auf sich gestellt, ohne jede Verbindung zu ihrer zuständigen Unterbezirksleitung in Berlin-Steglitz, forcierten die Kommunisten ihre politische Aufklärungsarbeit über den Charakter des Faschismus unter der Bevölkerung. In den Mittelpunkt stellten sie dabei die Entlarvung seiner Demagogie und seines zügellosen Terrors, der inzwischen stärker auch Antifaschisten aus anderen Gesellschaftskreisen verfolgte.

Parallel zu der skizzierten Entwicklung in Potsdam vollzogen die Kommunisten in Nowawes ihre Neuformierung. Jedoch verlief dieser Prozess dramatischer, spitzten die Nazis den Terror gegenüber den Kommunisten besonders zu. Zunächst allerdings schien trotz Terror und Demagogie ein Übergang der Organisation in die Illegalität, wie viele es sich vor dem 30. Januar vorstellten, möglich. Nur wenige Kommunisten, wie Hans Ulrich und Walter Junker verhaftete die Polizei während der faschistischen Aktion zu Beginn der Märztage, entließ diese aber bereits wieder nach kurzer Zeit. Die Leitung, sowie die Parteizellen blieben zunächst ebenso bestehen, wie die Verbindung mit dem Instrukteur der für die Nowaweser zuständigen Unterbezirksleitung Berlin-Schöneberg. Nach dort bestanden regelmäßige Beziehungen. Über einen von den Nowawesern organisierten Kurierdienst nach Berlin - u. a. von den Schwestern Else Guggenberger und Erna Schuster wahrgenommen - bezogen sie regelmäßig dort hergestellte illegale Flugblätter und andere Materialien. Auch selbst entwickelten und vervielfältigten die Nowaweser Kommunisten Flugblätter und Plakate und gaben - wie vor der Errichtung der Nazi-Diktatur- weiterhin kleine Zeitungen, wie den "Roten Pionier" heraus.¹⁰⁾

**Beziehungen
Nowawes -
Berlin**

Über die Konsequenz und Intensität des illegalen Widerstandes in der Stadt zeigten sich die Nazis offensichtlich überrascht. Sie verstärkten den Terror. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen mehrten sich. Im Keller ihres Hauptquartiers in der Havelstr.4 (heute Lotte Pulewka Str.) folterte die SA ihre Opfer. Viele Kommunisten gerieten in die Fänge der

**Walter
Klausch
- erstes
Opfer der
Verfolgung**

von den Nazis eingesetzten Sondergerichte. Sie verurteilten sie vielfach zu hohen Gefängnisstrafen hauptsächlich wegen antifaschistischer Propaganda und Bildung verbotener Organisationen. In dieser Verfolgungshysterie fiel Walter Klausch in die Hände der Faschisten. Da er sich nicht bereit erklärte, seine Genossen zu verraten, überführte ihn die Gestapo in das Konzentrationslager Oranienburg. Dort ermordete die SA ihn noch am gleichen Tag. Er gehörte mit zu den ersten Opfern des Nazi-Regimes in der Provinz Brandenburg. Mit den Verfolgungen, den Terror und der Ermordung ihres Genossen Walter Klausch wuchs die Gefahr für alle diejenigen, die sich dem Widerstand gegen die faschistische Diktatur stellten. Besonders gefährdet schienen dabei die der Polizei bekannten Funktionäre, den Nazis in die Hände zu fallen und ein ähnliches Schicksal, wie Walter Klausch, zu erleiden. Offensichtlich lagen hier die entscheidenden Gründe dafür, dass die Leitung der illegal wirkenden kommunistischen Organisation im Sommer 1933 in die Tschechoslowakische Republik emigrierte. Die noch bestehende Organisation zerfiel nun offensichtlich.

Jedoch auch unter diesen erschwerten Bedingungen gelang es im "Roten Nowawes" nicht, die Kommunisten völlig auszuschalten. Andere, bisher wenig in der Öffentlichkeit bekannte Mitglieder übernahmen auch hier, wie in Potsdam, die Initiative für den Aufbau einer neuen Organisation.

**Illegale
Organisationen
in Nowawes**

Auf diese Weise bildeten sie auch in Nowawes unabhängig voneinander zwei illegale kommunistische Organisationen. Initiiert durch Alfred Schneider, Otto Brachwitz und Hermann Schulz, begannen sich bereits im Spätsommer 1933 erste Dreier- und Fünfergruppen zu bilden. Alfred Schneider erinnert sich an jene Zeit: "Wir sind ungefähr 40 Genossen gewesen, die laufend bis zum Frühjahr 1935 über mich Material aus Berlin erhielten, die Gelder sammelten, die ich dort abrechnete. Wir klebten handgroße gummierte Losungen, sorgten für die richtige politische Information der Genossen und übten Solidarität mit den Frauen der Verhafteten und den Hinterbliebenen der ersten Opfer der Nazis."¹¹⁾ Die Verbindung zu der Unterbezirksleitung sicherte den Illegalen eine kontinuierliche Versorgung mit illegalen Flugblättern und die finanzielle Abrechnung der Beiträge. Als Verbindungsmann dieser Organisation zum Lokomotivwerk Ohrenstein & Koppel fungierte Arthur Berkholz. Er übernahm den Auftrag, die alte kommunistische Zelle im Werk wieder zu reaktivieren, eine Aufgabe, die er erfüllte und über Jahre hinweg weiter ausbaute.

Impulse für den Aufbau der anderen Organisation gingen von Hermann Elflein aus. Er regte an, die Verbindung der Potsdamer zu ihren Genossen in Nowawes aufzunehmen. Da er keine Kenntnis über die illegale Organisation unter Alfred Schneider besaß, wurde Alfred Lehnert gewonnen. Auch dieser, ebenfalls ohne Kontakt zu den illegal arbeitenden Mitgenossen in der Stadt, erklärte sich zum Aufbau einer illegalen Organisation bereit.

Offensichtlich stieß auch dieser Neuaufbau, der etwa in die zweite Hälfte des Jahres 1934 fiel, auf die Bereitschaft weiterer Kommunisten, Widerstand zu leisten. Erst später, über einen Berliner Instrukteur informiert, erfolgte etwa 1935 die Vereinigung beider Organisationen, die zusammen - ohne die Gruppe bei Ohrenstein & Koppel unter Arthur Berkholz - etwa 50 Mitglieder umfasste. Die Leitung dieser vereinigten Organisation übernahm Alfred Lehnert, verantwortlich für Organisation zeichnete Alfred Schneider und Hermann Schulz für Agitation und Propaganda.

Potsdam - ein regionales Zentrum des illegalen kommunistischen Widerstandes

Um die Jahreswende 1933/1934 gelang es den Potsdamer Kommunisten, die Verbindung mit der Unterbezirksleitung in Berlin-Steglitz aufzunehmen, die, inzwischen wieder neu organisiert, die Beziehungen zu ihren Ortsgruppen wieder stabilisierte. Der dortige Unterbezirksleiter Berlin-Steglitz und nach der Reorganisation der Bezirksleitungsstruktur Gebietsberater für Berlin-Südwest Paul Scholz und sein Nachfolger Willi Schirmeister unterstützten in vielfacher Weise den Widerstand der Potsdamer Kommunisten. Beratungen und Informationen über die politische Entwicklung führten zu einem zielgerichteteren Widerstand. Anstelle der gefährvollen Herstellung eigener Flugblätter, lieferte nun Berlin aus illegalen zentralen Produktionsstätten regelmäßig Flugblätter, wie z. B. Die Rote Fahne und Die Fackel, eine illegale Zeitung des Unterbezirks Berlin Schöneberg, sowie andere Materialien für die politische Aufklärung der Bevölkerung.

**Verbindung
Potsdam-Ber-
liner Unter-
bezirksleitung**

Als besondere politische Objekte galten die in der Stadt Potsdam und ihrer Umgebung umfangreich in Angriff genommenen Heeresbauten, die spezielle Aufrüstung der Wehrmacht und die Aufdeckung wachsender Widersprüche in der SA. Gleichzeitig griffen sie auch spezielle soziale Probleme - insbesondere der Arbeiter- auf. Das ist nicht zuletzt auch aus den Berichten der Gestapo ablesbar. So heißt es wörtlich in einem Lagebericht der Stapostelle Potsdam vom Juni 1935: "So findet man in den Flugblättern immer wieder die Parole 'Kämpft gegen Hunger und Not', der auch der Kommunismus besondere suggestive Kraft beimisst. Es ist hier eindeutig zu ersehen, wie bedeutungsvoll der Kommunismus eine ungünstige Preis- und Lohnentwicklung ... hält. Ich muss deshalb auch an dieser Stelle wieder auf sorgfältigste Beachtung und Behandlung der Preis- und Lohnverhältnisse mit Nachdruck verweisen."¹²⁾

Im Zusammenhang mit der Verteilung illegaler Flugblätter gelang es den Illegalen auch über ihre engen Parteigrenzen hinweg andere Antifaschisten - vor allem im Geflecht der Beschaffung und Verteilung illegalen Materials - einzubeziehen. Das betraf sowohl Berlin als auch Potsdam

und Nowawes. So konnten sie einige Geschäftsführer im Zentrum der Stadt Potsdam bzw. eine Drogerie in Nowawes für diese gefährvolle Arbeit gewinnen.

**Verbindung
der illegalen
Organisationen
von Potsdam
und Nowawes**

Durch den Einfluss der Berliner Leitung und der vermittelnden Funktion Hermann Elfleins - der bis zu seiner Verhaftung 1936 eine aktivierende Rolle in der Potsdamer Organisation wahrnahm - konnten beide bis dahin selbständigen illegalen kommunistischen Organisationen im Jahre 1935 vereinigt werden, was eine intensivere und abgestimmtere Widerstandstätigkeit mit sich brachte. Die nun verstärkte Organisation erfasste - trotz der moralisch politischen Belastungen konspirativer Arbeit und der ständigen Gefahr, den Brutalitäten der Repressionsorgane zum Opfer zu fallen, sowie ständig durch Verhaftungen, Dienstverpflichtungen u. a. beeinträchtigt - nunmehr eine unter diesen Umständen beachtliche Stärke von 55 aktiven Antifaschisten. Der Vergleich zu den etwa 135 Mitgliedern am Ende der Weimarer Republik wirft immerhin ein interessantes Bild auf die Einsatzbereitschaft der Potsdamer Kommunisten. Zu den Mitstreitern in der vereinigten Organisation zählen auch zwei Sozialdemokraten, Mia und Wilhelm Vahle, letzterer bis 1933 sozialdemokratischer Stadtverordneter in Potsdam. Sie arbeiteten schon von Beginn an in der Organisation von Otto Köbe mit. Beide gehörten auch zum engeren Kreis in der neuen illegalen Leitung. In dieser, die wie bisher wiederum an traditionelle Organisationsstrukturen anknüpfte, übernahm Richard Schneemann die Funktion des Politischen Leiters, Otto Köbe zeichnete verantwortlich für die Organisation und Paul Gramm für Agitation und Propaganda.

Zielstrebig nahmen die Berliner Genossen aus Berlin-Steglitz Kurs darauf, die Potsdamer Organisation nicht nur im Stadtgebiet zu stärken, sondern auch ihren Einfluss über die Stadtgrenzen hinaus auszubauen. Bereits bestehende Verbindungen in das Umland wurden vertieft bzw. weiter ergänzt. So gelang es den Potsdamern mit Unterstützung Berlins enge Beziehungen zu kommunistischen Organisationen in Belzig, Geltow, Nowawes und Werder herzustellen. Auch zu kleinen Gruppen bzw. Einzelkämpfern in Bergholz-Rehbrücke, Borkwalde, Caputh, Fichtenwalde, Glindow und Seddin bestanden konkrete Verbindungen. Selbst über eigene Anlaufstellen und Übergabepunkte in Berlin verfügte die Potsdamer Organisation. Über diese enge Verknüpfung mit dem Umland, das zum Teil selbst auch über eigene Verbindungen nach Berlin verfügte, schleusten die Potsdamer illegales Material, rechneten Parteikassierung ab und organisierten Solidaritätsaktionen für von der faschistischen Justiz verurteilten Mitstreiter. Aufgrund ihrer umfangreichen illegalen Aktivitäten in der Stadt aber auch durch ihre bemerkenswerten Positionen im näheren und weiteren regionalen Umfeld übertrug der Gebietsleiter Berlin-Südwest der Potsdamer Organisation die Aufgaben einer Unterbezirksleitung neben

den bereits traditionell existierenden in Berlin-Steglitz, Berlin-Schöneberg und Berlin-Tempelhof.

Nach dem sogenannten Brüsseler Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1935 mit seinen strategischen und taktischen Neuorientierungen, knüpften auch führende in die Tschechoslowakei emigrierte Kommunisten über die schon einige Zeit bestehenden Grenzstützpunkte der Partei Verbindung nach der Potsdamer Organisation. Franz Dotzauer, ein ehemaliges Mitglied der Potsdamer Organisation organisierte die Verbindung zu dem für Berlin-Brandenburg zuständigen Grenzstützpunkt Eger. Als Ausländer wegen politischer Aktivitäten aus Deutschland ausgewiesen, fand er Zuflucht in einem kleinen Grenzort, dessen günstige geographische Lage er für die politische Arbeit einsetzte. Über persönliche Kontakte, politische Beratungen und der Beschaffung von illegalen Flugblättern hinaus nutzten die Potsdamer die Verbindung an der Grenze auch, um gefährdete Genossen über die Grenze zu schleusen. Über diesen Weg gingen u. a. auch jene Mitkämpfer, die in den Internationalen Brigaden gegen die Faschisten in Spanien kämpften.

**Verbindung
Potsdam
Grenzstütz-
punkt Eger**

Der antifaschistische Widerstand der Kommunisten war nach Einschätzung des letzten Gebietsberaters, Willi Schirmeister, nicht nur durch selbstlosen Einsatz, sondern auch durch eine umfangreiche Arbeit geprägt: In beiden Städten gab es "viele Beweise dafür, dass es unter der Nazi Herrschaft möglich war, illegale Organisationen zu schaffen und illegale Arbeit zu leisten. Die Genossen waren bereit und fähig, trotz der großen Gefahren, illegal zu arbeiten. Sie waren bereit, Freiheit und das Leben einzusetzen."¹³⁾

Spätestens im Frühjahr 1937 brach die für die Potsdamer so wichtige Verbindung nach Berlin ab. Der Gestapo war es gelungen in die Leitungen von Berlin-Südwest einzudringen, den Gebietsberater Willi Schirmeister sowie die Unterbezirksleitungen Berlin-Steglitz und Berlin-Schöneberg zu verhaften. Doch für die Potsdamer drohte von dieser Seite her keine Gefahr. Diese Verbindung konnte die Gestapo nicht aufdecken. Erst im Herbst 1937, in völlig anderen Zusammenhängen, rollte die Gestapo auch die Unterbezirksleitung Potsdam und alle nach außerhalb bestehenden Verbindungen auf. Über 100 Antifaschisten verhaftete die Gestapo, von denen die Nazi-Richter 44 wegen Vorbereitung bzw. Beihilfe zum Hochverrat mit hohen Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilten. Von allen illegalen Organisationen blieben die Nowaweser am geringsten von Verhaftungen und Verurteilungen betroffen. Es traf dort hauptsächlich "nur" die Leitung der Illegalen. Es gelang der Gestapo nur in einzelnen Fällen, darüber hinaus in die Organisation einzudringen. Auch die Gruppen unter Arthur Berkholz bei Ohrenstein & Koppel und Walter Funcke im Betrieb Karl Förster in Bornim blieben verschont. Ein großer Teil der Verurteilten, d. h. jene, die die Polizei und die faschistischen paramilitärischen Verbänden bereits im März 1933 verhafteten,

**Gestapo
zerschlägt die
Unterbezirks-
organisation
Potsdam**

überführte die Gestapo nach Ablauf der Strafe als "Rückfällige" in die Konzentrationslager, wo sie bis zur Befreiung durch die Sowjetarmee ausharren mussten.

Widerstand gegen den Krieg

Der Aderlass durch die Zerschlagung der illegalen kommunistischen Organisationen sowie die Gefahr einer Verhaftung durch die gesteigerte Aufmerksamkeit und die inzwischen verfeinerten Methoden der Gestapo lähmten zunächst jede Form des Widerstandes der nicht verhafteten Kommunisten in beiden Städten. Inzwischen setzte sich auch in der Führung der KPD die Erkenntnis durch, dass die geübte Praxis der Konspiration nicht den gegebenen politischen Bedingungen entsprach. Sie erwies sich zu anfällig für den Gegner und forderte zuviel Opfer von den Antifaschisten.

Der vom Nazi-Regime mit dem Überfall auf Polen provozierte Krieg förderte jedoch wieder die Bereitschaft vieler Antifaschisten, sich dieser für Deutschland selbstmörderischen Entwicklung entgegenzustellen. Das galt auch für die Kommunisten, die allerdings vorzugsweise zu anderen Formen und Ebenen des Widerstandes übergingen. Sie verlegten nun den Schwerpunkt ihrer konspirative Tätigkeit in die Betriebe und schlossen sich dazu mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, antifaschistischen Gewerkschaftlern und vor allem Sozialdemokraten zusammen. Die schlimmen Erfahrungen mit dem Nazi-Regime, besonders aber die Kriegspolitik half wohl vielen Sozialdemokraten und Kommunisten, vorzugsweise unter den Arbeitern, die letzten noch bestehenden gegenseitigen Vorbehalte abzubauen, ein Tatbestand, der die Parteientwicklung in der Region nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes nicht unwesentlich beeinflusste.

Ein solches nach vorn wirkendes Beispiel des Zusammenfindens und der Zusammenarbeit von Angehörigen beider Parteien - praktisch eine längst fällige Einheitsfront - fand bei Ohrenstein & Koppel statt. Hier vereinigte sich eine illegale sozialdemokratische Gruppe unter Fritz Gösel mit der kommunistischen Gruppe unter Arthur Berkholz im Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Ähnlich wirkten in einer ganzen Reihe von Betrieben, wie z. B. im Arado-Werk, bei Friesicke und Höpfner, Fueß-AG, Maschinenoptik und der UfA, kleine unabhängig von einander bestehende illegale Gruppen, in denen Arbeiter unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung zusammenwirkten. Kommunisten wie Walter Lehnert, Richard Kuckuck, Gustav Mauritz, Richard Schulz, beteiligten sich - oft führend - aktiv in diesen Gruppen. Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Illegalität beobachtete die Gestapo schon frühzeitig besonders misstrauisch. In einem Lagebericht der Stapostelle Potsdam bereits Ende 1935 heißt dazu: "Der Zusammenschluss zwischen den unentwegten früheren Anhängern der KPD und

Illegale Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten

SPD wird in aller Stille betrieben. Diese Machenschaften werden dadurch begünstigt, dass in Großbetrieben, insbesondere auch bei Heeresbauten immer wieder unzuverlässige Elemente beschäftigt werden, die dort Gelegenheit finden, unerkant ihren zersetzenden Einfluss auszuüben. Ernsthaft zu denken gibt die Planmäßigkeit und der Fanatismus, mit dem gearbeitet wird, obwohl kein Zweifel darüber sein kann, welche Strafen auf solche Zersetzungsarbeit bestehen.“¹⁴⁾

Ein Höhepunkt im Ringen gegen den Krieg bildete allerdings die NKFD-Gruppe in Babelsberg unter der Leitung von Alfred Lehnert, der sich nach Ablauf seiner Strafe im Zuchthaus und einem Aufenthalt im Konzentrationslager Emsland erneut in den Widerstand einbrachte. Während seiner Haftjahre eng mit Häftlingen aus Berlin verbunden, schloss er sich über deren Vermittlung der Jacob-Saefkow-Gruppe in Berlin an, die ihn regelmäßig für seine Arbeit anleitete. Für ihre illegale Tätigkeit stellte sich die Gruppe in Abstimmung mit den Berlinern folgende Aufgabenstellung, um deren Erfüllung sie sich mit Erfolg einsetzte:

**Verbindung
Lehnert zu
Saefkow-
Jacob-Gruppe**

- die KPD-Mitglieder in Babelsberg zu sammeln und zusammenzuschließen;
- kommunistische Kadergruppen zu bilden;
- eine Kampfgruppe des NKfD aufzubauen;
- alle erreichbaren Lebensmittel, Textilien zu erfassen, sowie illegale Quartiere ausfindig zu machen, um im Untergrund lebende Funktionäre zu unterstützen.

Den Ausgangspunkt und Kern der Gruppe bildete eine Reihe von Kommunisten, mit denen Alfred Lehnert bereits illegal in der ersten Hälfte der 30er Jahre zusammenarbeitete, deren Kreis er systematisch mit Parteilosen und Sozialdemokraten ergänzte. Darüber hinaus gelang es ihm, kleine Kadergruppen in einer Reihe von Betrieben, wie z. B. in der UFA und den Daimler-Benz-Werken in Genshagen, zu bilden. Eine besonders enge Verbindung stellte die Gruppe zu sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen her, die sie nicht nur mit Lebensmittel unterstützten, sondern auch mit Informationen versorgten. Vor allem aber bezogen sie diese in die illegale Arbeit ein. Im Sommer 1944 beendete die Gestapo mit einer großen Verhaftungsaktion die umfangreiche Widerstandsarbeit der Saefkow-Jacob Gruppe. Nicht unmittelbar von den Verhaftungen betroffen, aktivierte die Lehnert-Gruppe ihre Antikriegsarbeit. Mit Flugblättern wandte sie sich an die Potsdamer Bevölkerung mit der Aufforderung, den Krieg zu beenden. Ein Flugblatt - als Tagesbefehl gestaltet - richtet sich besonders an die Volkssturm: "Volkssturmmänner! Wir fordern Euch auf, jeden Widerstand sofort einzustellen! Verlaßt sofort den Volkssturm! Rettet das Leben Eurer Frauen und Kinder! Haltet weiße Fahnen bereit! Jeder Widerstand ist ein Verbrechen!"¹⁵⁾ Selbst griffen sie aber auch aktiv in das Geschehen ein, indem sie z. B. entscheidend dazu beitrugen, Babelsberg

kampflos der Roten Armee zu übergeben und damit dem Ort viele Opfer an Menschen und Material zu ersparen.

Die Kommunisten brachten - wie in den meisten Gegenden Deutschlands - auch in Potsdam große Opfer. Zu vielen Jahrzehnten umfassenden Gefängnis- und Zuchthaus-Strafen verurteilten die Nazigerichte sie wegen ihres Widerstandes gegen Faschismus und Krieg und ein großer Teil von ihnen schmachtete darüber hinaus in den Konzentrationslagern bei Folter und Tod. Zwölf Kommunisten Kurt Austert, Hermann Elflein, Walter Klausch, Albert Klink, Richard Kuckuck, Paul Kühn, Heinrich Luther, Wilhelm (Tommi) Marquardt, Roggemann, Reinhold Simon, Hermann Wehrstedt, Gundermann aus der Stadt in ihren damaligen Grenzen ermordeten die Nazis in den Konzentrationslagern oder auf andere bestialische Weise. Walter Junker ließ sein Leben im Kampf gegen die spanischen Faschisten in den internationalen Brigaden.

3. Sozialdemokraten in Potsdam und Nowawes/Babelsberg im antifaschistischen Widerstand

Widersprüchlicher Übergang in die Illegalität

Wie die Kommunisten in Potsdam und Nowawes entsprechend dem Aufruf ihrer Führung dazu übergingen, aktiv das Regime zu bekämpfen, folgten auch die Sozialdemokraten in beiden Städten der politischen Orientierung ihres Vorstandes. Die Potsdamer Sozialdemokraten schlossen sich auf ihrer Funktionärsversammlung vom 24. März 1933, die wohl in diesem Rahmen letztmalig zusammentrat, der Vorgabe ihres Vorstandes vom 31. Januar 1933 an. Sie einigten sich darauf, "jede Tuchföhlung mit den Kommunisten abzulehnen" und distanzieren sich von deren Widerstand gegen das Regime. Nachdrücklich unterstrich der Vorsitzende des Ortsausschusses, Georg Spiegel, auf der Sitzung mit Zustimmung der Anwesenden: "Die Partei steht auf dem Boden des Rechts. Jetzt heißt es, unerschütterlicher Glaube an die Idee."¹⁶⁾

Sozialdemokraten setzen auf Gesetzlichkeit

Den gleichen Weg beschritten die Sozialdemokraten in Nowawes. Hier bedeutete diese Entscheidung allerdings einen deutlicheren Einschnitt in die bis dahin praktizierte antifaschistische Politik – zu mindestens eines Teils der dortigen Sozialdemokraten. Während gemeinsame antifaschistische Aktionen von Potsdamer Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die faschistische Gefahr vor dem 30. Januar 1933 zu den Ausnahmen gehörten, mussten die Kommunisten um Walter Junker in Nowawes nach der Errichtung der faschistischen Diktatur überraschend registrieren, dass sich vor allem die Gruppe jüngerer Sozialdemokraten um Fritz Gösel, Anni und Bruno Rehdorf und Fritz Springer, ohne nähere Begründung aus den bisher mit ihnen erfolgreich praktizierten Formen der antifaschistischen

Einheitsfront zurückzogen und sich dem aktiven Widerstand gegen die faschistische Diktatur sperrten.

Andererseits ist die Begründung der Potsdamer Sozialdemokraten vom 24. März 1933 für ihre politische Zurückhaltung wohl kaum sachlich erklärbar; denn Ende März 1933 - in einer Zeit, wo die letzten demokratischen Spielregeln der Weimarer Republik längst keine Gültigkeit mehr besaßen und das Regime zunehmend auch Sozialdemokraten verfolgte, in Konzentrationslager verschleppte, folterte und ermordete - klingt es absurd von einem noch bestehenden demokratischen Rechtsboden zu sprechen. Verständlich wird diese Abstinenz allerdings nur vor dem Hintergrund einer inkonsequenten und hilflosen Politik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei vor, zur und nach der Errichtung der faschistischen Diktatur. Während dieser auf der einen Seite mit markigen und kämpferischen Ankündigungen den Nazis drohte, praktizierte er letztlich eine Politik des Stillhaltens und des Abwartens. Diese Politik führte in der Folgezeit zu einer Differenzierung im Vorstand und letztlich zu seiner Spaltung. Während ein Teil nach Prag in die CSR emigrierte, um unter der Bezeichnung SOPADE den Widerstand in Deutschland zu organisieren, blieb der andere Teil in Deutschland und versuchte, sich dem Regime anzupassen. Eine solche widerspruchsvolle Politik musste die Mitglieder nicht nur verwirren, sie lähmte auch deren Bereitschaft, der Nazi-Diktatur aktiv Widerstand entgegenzusetzen. Zu den Auswirkungen gehörten auch örtliche Auflösungserscheinungen von Parteiorganisationen bereits vor ihrem offiziellen Verbot am 22. Juni 1933 oder auch direkte Angebote der sozialdemokratischen Abgeordneten des Teltower Kreistages an die Nationalsozialisten: "...das wir gern bereit sind, am nationalen Aufbau unseres Staates mitzuarbeiten."¹⁷⁾

**Politische
Differenzierung
im SPD-
Vorstand**

Potsdamer und Babelsberger Sozialdemokraten unter den Bedingungen der Illegalität

Natürlich ließ sich eine so traditionelle und große Partei nicht so einfach aus der politischen Arena verdrängen. Schon von Beginn der Diktatur an gab es selbstverständlich auch schon aktiven Widerstand von Sozialdemokraten. Dazu zählten besonders kleine von Sozialdemokraten dominierten Gruppen, wie Miles, Rote Kämpfer, Roter Stoßtrupp, die besonders von Berlin aus agierten und auch in vielfältiger Weise in die Provinz Brandenburg, z. B. nach Nowawes, Potsdam, Kleinmachnow, Cottbus, hineinwirkten. Insgesamt gesehen gab es jedoch - zumindest jedenfalls zunächst - in der Provinz Brandenburg vorwiegend die vom sozialdemokratischen Vorstand angewiesenen Zurückhaltung.

Der von der SOPADE angeregte Widerstand setzte - im Gegensatz zu den Kommunisten- nicht auf einen zentralisierten Aufbau. Sie sah ihre

Aufgabe darin, über eingerichtete Grenzstützpunkte mit Hilfe von Kurieren und Vertrauensleuten, Anlaufstellen im Land aufzubauen und diese mit illegalem Material zu versehen. Das Ziel ihrer Tätigkeit galt dem Sturz des faschistischen Regimes. Dabei ging sie - zunächst wenigstens - davon aus, "dass die Sammlung und die Aktivierung der Arbeiterschaft ... die wesentlichste Voraussetzung für die Beseitigung der Diktatur ist."¹⁸⁾ Vor allem zwei illegale Druckschriften, Miniausgaben des Neuen Vorwärts und der Sozialistischen Aktion, schleusten sie zur Unterstützung über die Grenze.

Doch erwies es sich als äußerst schwierig, die nach dem organisatorischen Zusammenbruch der Partei, ihrem schließlichen Verbot und der damit verbundenen Verhaftung tausender sozialdemokratischer - darunter auch Potsdamer - Funktionäre erzeugten Depressionen unter den Mitgliedern zu überwinden und für den aktiven Widerstand zu gewinnen. Wohl die Mehrzahl derer, die sich der neuen politischen Macht versagten und ihren sozialdemokratischen Idealen treu blieben, verschlossen sich aber einem aktiven Kampf und verharrten vielfach in passiver Resistenz gegenüber dem Regime. Und ähnlich, wie bei anderen politischen Gruppen, gab es auch hier eine Vielzahl von Abtrünnigen. Zunächst aber bildeten sie oft kleine, vorwiegend aus Funktionären bestehende Gruppen, die jede Art von Organisation vermieden und den Zusammenschluss vorwiegend durch Familienbesuche aufrechterhielten. Nicht wenige von diesen Sozialdemokraten fanden allerdings später Anschluss an illegale aktive Gruppen.

Neben solchen losen Zusammentreffen nutzten die Sozialdemokraten auch legale Formen, wie z. B. Kulturvereine, Konsumvereine, aber auch religiöse Gesellschaften, die den illegalen Zusammenhalt im größeren Rahmen förderten. Beide Ebenen gab es auch in Nowawes und Potsdam. Darüber hinaus existierten in der Provinz Brandenburg auch einzelne illegale sozialdemokratische Gruppen, wie in Hohenneundorf, besonders aber in den Industriezentren der Niederlausitz, wie z. B. Forst, Guben, Senftenberg und Spremberg, die bis zu ihrer Zerschlagung durch die Gestapo im Jahre 1935 aktiven Widerstand gegen das Regime leisteten.

Die schon erwähnte in Nowawes/Babelsberg bestehende Gruppe setzte sich besonders aus den oben schon erwähnten jüngeren Sozialdemokraten, wie Fritz Gösel, Anni und Bruno Rehdorf, Otto Schumann und Fritz Springer zusammen, denen sich andere anschlossen. Anni Rehdorf begründete, was die Genannten motivierte, enge Kontakte zu pflegen: "Wir hatten das Bedürfnis, mit Gleichgesinnten Informationen über die Nazipolitik auszutauschen, uns Mut zu machen, zusammenzuhalten, durchzuhalten, um die Nazizeit zu überleben."¹⁹⁾ Als Grundlage ihrer Diskussionen nahmen sie oft die Artikel des noch einige Zeit periodisch erscheinenden Pressespiegels "Blick in die Zeit", den seit dem 16. Juni

1933 Sozialdemokraten in Deutschland herausgaben. Durch geschickte Auswahl und Zusammenstellung von Ausschnitten in- und ausländischer Zeitungen, vermittelte dieser einen sachlichen Überblick vom in- und ausländischen Geschehen. Er trug auf diese Weise zur "Enttarnung und Entzauberung des Nationalsozialismus" bei. Die in dem besonders gut ausgeprägten Kultursektor der Arbeiterbewegung in Nowawes vor dem 30. Januar 1933 wohl bekannteste Gruppe, die Mandolinen- und Gitarrenvereinigung, die mit einigen oberflächlichen Veränderungen die Gleichschaltung überstand, bot Gleichgesinnten die Möglichkeit zu legalen Zusammenkünften. So berichteten Zeitzeugen, dass sich deren Konzerte - oft von Hunderten besucht- zu legalen Treffen vieler Staatsgegner gestalteten. Auch Sportvereine boten dazu Gelegenheiten.

Im Gegensatz zu der Nowaweser sozialdemokratischen Gruppe, die sich aus der jüngeren Generation zusammensetzte, gehörten zur Potsdamer Gruppe die gestandenen Funktionäre mit Ludwig Bauer, Alfons Bommel, Friedrich Krüger sowie Georg Spiegel. Eine lose Verbindung zu den Nowawesern hielt der von Nowawes nach Potsdam verzogene Erich Bredow. Sie pflegten Verbindung zum Grenzstützpunkt Reichenberg der SOPADE und erhielten von dort illegales Material, was sie offensichtlich unter ihrem Klientel verteilten.

Mit zunehmenden Widersprüchen, besonders aber seit dem Ausbruch des Krieges fanden Sozialdemokraten zunehmend zum aktiven Widerstand. Das betraf nicht nur die schon erwähnten Fritz Gösel bei Ohrenstein & Koppel, der mit etwa 15 Antifaschisten politisch mit den Kommunisten zusammenarbeitete und die Sozialdemokraten in der NKFD-Gruppe von Alfred Lehnert. Überliefert sind auch zwei kleine sozialdemokratische Gruppen im Reichsbahnausbesserungswerk mit Paul Neumann und Max Schröder.

**Widerstand
im Krieg**

Doch als der wohl spektakulärste Schritt im antifaschistischen Widerstand der Sozialdemokraten in beiden Städten gilt die Einbeziehung der beiden sozialdemokratischen Gruppen in den zentralen Widerstand der Gewerkschaften um Bruno Leuschner und später über diesen in die Verschwörung des 20. Juli 1944. Den illegalen Gewerkschaften kam die Aufgabe zu, die oppositionelle Arbeiterschaft zu sammeln und über ganz Deutschland ein Netz von zuverlässigen Stützpunkten zu spannen, damit bei einem erfolgreichen Umsturz neben den jeweiligen Standortältesten als dem Vertreter der militärischen Exekutive eine zivile Persönlichkeit als Repräsentant der geistig, körperlich oder seelisch Arbeitenden in Erscheinung treten konnte. Als Initiator und Kontaktmann in Potsdam konnte Georg Spiegel, letzter Leiter des sozialdemokratischen Ortsvereins in Potsdam, gewonnen werden.

Die Verbindung zwischen Georg Spiegel und den Gewerkschaften knüpfte

Hermann Maaß, der zwar in Berlin bis zum 30. Januar 1933 in zentraler Position arbeitete, doch gleichzeitig in seiner Nowaweser Ortsgruppe auf dem kulturellen Gebiet aktiv mitwirkte. Seit 1934/1935 wirkte er mit Bruno Leuschner und anderen Antifaschisten daran, über die Einrichtung von Stützpunkten den Aufbau der 1933 verbotenen Gewerkschaften in Deutschland illegal wieder zu aktivieren und aufzubauen. In diesem Rahmen übertrugen die Berliner Georg Spiegel die Aufgabe, als illegaler Vertrauensmann, das Gebiet Brandenburg-West zu betreuen. Über die Verbindung Leuschner/Maaß geriet die Potsdamer Gruppe in die Verschwörung des 20. Juli 1944. Die Vertrauenswürdigkeit Georg Spiegels aber vor allem seiner Tätigkeit als Zivilangestellter in der Wehrersatzinspektion Potsdam und seine dortigen Stellung als "Hauptsachbearbeiter der Geheimgakte `Wallküre`"²⁰⁾, "wenigstens soweit es die Mobilisierung des Pferdebedarfs anlangte" befähigten ihn in den Augen der Verschwörer, auch im Rahmen des vorgesehenen Putsches der Militärs gegen die Hitlerdiktatur konkreten Aufträge zu übernehmen. Er nahm auch an illegalen Treffen mit Stauffenberg im Hause von Hermann Maaß teil. Ludwig Bauer und Friedrich Krüger, Mitstreiter Georg Spiegels in Potsdam, gehörten nach seiner Überlieferung zu jenen Kräften, denen die Aufgabe zukam, bei dem Putsch "die Arbeiterinteressen gegenüber den Militärs"²¹⁾ zu wahren. Von den nach dem Scheitern des Attentats von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg einsetzenden umfangreichen Verhaftungen blieben die Sozialdemokraten in Potsdam und Nowawes verschont.

**Potsdamer
Sozialdemokraten
und der
20. Juli 1944**

Quellen Teil I

- 1) Generalstreik gegen die faschistische Herrschaft, in: Margot Pikarski/Günter Übel, Die KD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 - 1945, Berlin 1980, S. 125.
- 2) Siehe dazu: Werner Bethge (Hrsg.), "Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes". Die Bedeutung der illegalen Funktionärstagung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 7. Februar 1933 in Ziegenhals im Widerstreit der Meinungen. Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart, Heft 4/2001.
- 3) Vorwärts, Morgenausgabe vom 31. Januar 1933.
- 4) BArch (Bundesarchiv), RSHA, St 3/28, Bl.4.
- 5) Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler, München 1977, S. 49.
- 6) Vgl. dazu auch die Angaben in: Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933 - 1939, Potsdam 1978, S. 118.
- 7) BLHA (Brandenburgisches Landesarchiv), Pr. Br. Rep 2A, Potsdam 1 Pol, Nr. 1156, Bl.393.
- 8) Vgl. Für die Bezirksleitung Brandenburg/Lausitz/Grenzmark: Werner Bethge, Widerstand von links. Antifaschismus und Widerstand von Kommunisten und Sozialdemokraten 1933/1934, in: Brandenburg in der NS-Zeit. Studie und Dokumente. Hrsgg. von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel, (Berlin 1993, S. 362 f.
- 9) BLHA, Rep 401, Nr. 533.
- 10) Werner Bethge, Kommunisten in Potsdam-Nowawes/Babelsberg gegen Faschismus und Krieg, in: Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933 - 1945, S.88.
- 11) Alfred Schneider, Erinnerungen an den antifaschistischen Widerstandskampf, S. 1, Manusk. (I. Bes. D. Verf.).
- 12) BArch, RSHA, Pst 3/72.
- 13) Willi Schirmeister, Kurzbiographie, (i. Bes. D. Verf.).
- 14) BLHA, Pr. Br. Rep 1, Nr 1689, Bl. 157 f.
- 15) Potsdam Museum, Reg. Nr. V 74/41 I.
- 16) Stadtarchiv Potsdam, 6 - 12/15, Bl. 116.
- 17) Anzeiger für Nowawes vom 16. Mai 1933.
- 18) BArch, RSHA, St 3/316, Bl. 11.
- 19) Mitteilung an den Verfasser.
- 20) BLHA, Rep. 401, Nr. 2386.
- 21) Ebenda.

Werner Bethge

II Opposition protestantischer Christen in Potsdam und Nowawes/ Babelsberg gegen politische Vereinnahmung durch das Regime

1. Protestantische Kirche und die Errichtung des Nazi-Regimes

Überraschte es, dass die Kirchenleitungen bei dem politischen Engagement konservativer Führungskräfte, wie Franz von Papen und Alfred Hugenberg, die Berufung der Hitler-Regierung mit ausgesprochener Sympathie begleiteten? Nichts hinderte sie daran, dieses besonders für Deutschland so tragische Ereignis mit frommen Sprüchen, Dankgebeten und Chorälen zu umrahmen. Das geschah aber nicht nur seitens der Kirchenoberen, willig folgte die auch Mehrheit der Pfarrer und Gemeindeglieder der Begeisterung ihrer Kirchenfürsten für die große "Volksgemeinschaft", die nun allen bevorstehen sollte.

**Wohllollende
Aufnahme
der Nazi-
Regierung**

Worauf beruhte diese wohllollende Aufnahme der Nationalsozialisten, die sich den kirchlichen Gemeinden bisher nicht gerade als fromme und sanfte Lämmer aufdrängten, deren paramilitärische Verbände gegenüber ihren politischen Gegnern vielmehr vor keiner Brutalität zurückschreckten, um die Ziele ihrer Führung durchzusetzen? Konnte man die Zustimmung der Kirche auf Missverständnisse, Irritationen oder Illusionen zurückführen? Viele Fragen drängen sich in diesem Zusammenhang auf. Sicher, es gab dazu bei einzelnen Christen - auch dank der oft verwirrenden nationalsozialistischen Demagogie und nicht zuletzt der starken Betonung des christlichen Elements der sogenannten nationalen Erhebung - möglicherweise Veranlassung dazu. Doch insgesamt lässt sich die entgegenkommende Haltung der Kirchenleitungen - hier besonders der protestantischen Kirche- und die ihrer Gemeinden wohl hauptsächlich auf politische Gründe zurückführen. Diese basieren auf eine Reihe von gemeinsamen Schnittstellen in der Beurteilung der unmittelbaren gemeinsamen Vergangenheit, der Gegenwart aber auch zukünftiger politischer Entwicklungen

**Politische
Gemeinsam-
keiten**

Das Verhalten der Kirche entsprang nicht nur einer tiefverwurzelten Tradition der engen Beziehungen zwischen Thron und Altar aus der Zeit der Monarchie (Rö 13, Zwei-Reiche-Theorie). Die Ablehnung der von ihr ungeliebten parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik, die konsequente Bekämpfung der Arbeiterbewegung und ihres Atheismus, ein autoritärer Staatsgedanke und nicht zuletzt die schon beginnende staatliche Verfolgung und Ausgrenzung der Juden komplettieren vorhandene Gemeinsamkeiten. Und so schien für sie, so der Historiker Günter van Norden, mit "dem feierlich-frommen Staatsakt in der traditionsreichen Potsdamer Garnisonskirche am 21. März 1933 die gottgegebene Kontinuität deutscher Geschichte wieder hergestellt".¹⁾

Vorwiegend dem konservativen Lager verbunden - politisch vor allem repräsentiert durch die Deutschnationale Volkspartei - sahen die Leitungen der Deutschen Evangelischen Kirche und ein großer Teil ihrer aktiven Mitglieder somit ihre Hoffnungen im neuen Staat verwirklicht und ignorierten dabei die tausendfachen Menschenrechtsverletzungen des Regimes, das Gegner brutal vernichtete, Konzentrationslager errichtete, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Gegner brutal folterte und tötete, Juden verfolgte, ausgrenzte und vernichtete und auch vor christlichen Gegnern der Diktatur nicht halt machte. Die Kirche schwieg dazu - ähnlich, wie viele andere der traditionell politisch herrschenden Eliten, die sich dem neuen Hitler-Regime anschlossen oder unterwarfen - ganz im Sinne der Rede des Generalsuperintendenten der Kurmark, Otto Dibelius, in der Potsdamer Garnisonskirche am 21. März 1933, in der er u. a. ausführte: "Mit Gott zu neuer Zukunft. Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn Staat ist Macht. Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und Sterben einer Nation geht, dann muss die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden." Und sich auf Martin Luther berufend, führte er weiter aus, "das die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, die mit ätzendem und gemeinem Wort die Ehe zerstören, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begehren - dann walte er seines Amtes in Gottes Namen."²⁾ Eine eindeutige politische Aussage, die Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche im Zeitraum dieser Betrachtung blieb, von der aber auch die sich entwickelnde kirchliche Opposition nie ganz freimachen konnte.

So bleibt es verständlich, dass christliche Gegner der Hitler-Regierung - die besonders in den Anfangsjahren der Diktatur sehr dünn gesät blieben- diese Unterstützung ihrer Kirchenleitungen für das neue Regime als beschämend empfanden und z. T. drastisch darauf reagierten. Der erzkonservative Ewald Heinrich von Kleist Schmenzin schrieb 1935 in einem von ihm entworfenen Flugblatt sarkastisch: "In Zukunft wird es heißen: Charakterlos wie ein deutscher Beamter, gottlos wie ein protestantischer Pfaffe, ehrlos wie ein preußischer Offizier."³⁾ Auch der Theologe Dietrich Bonhoeffer beklagte in jenen Jahren: "Die Kirche ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi."⁴⁾

**Christliche
Gegner des
Hitlerregimes**

Und es gab nur wenige, um einen Blick voraus zu werfen, die im Nachhinein ihre eigenen politischen Positionen so kritisch beurteilten, wie der spätere Repräsentant der protestantischen Opposition Martin Niemöller: "Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war

ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.“⁵⁾

Die Referenzen der Deutschen Evangelischen Kirche vor dem sich neu etablierten Nazi-Staat kam dem herrschenden gesellschaftlichen Umfeld der Stadt Potsdam mit seinen überkommenden und bestimmenden sozialen und politischen Strukturen entgegen. Denn in dem hier traditionell dominierenden konservativ nationalistischen Denken galt die evangelische Kirche als der Inbegriff einer besonders engen Verbindung protestantischer Kirchlichkeit mit der preußischen Staatsidee. Solche überlieferten Traditionen der Staatsloyalität verstellten sicher auch bei vielen Christen der Stadt die Einsicht in die Gefahren, die dem neuen Regime innewohnten.

Ein nicht nur in seiner Gemeinde der Nicolai-Kirche bekannter engagierter Christ, Prof. Dr. Constantin von Dietze, Nationalökonom an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, illustriert nachhinein einen für seine Gesellschaftsschicht interessanten politischen Standort mit einem Gleichnis aus dem Prophetischen Buch des Neuen Testaments: “Wir konnten zwar aus der Bibel wissen, dass der Teufel die Menschen mit listigen Verdrehungen und beglückenden Aussichten, dass er den Heiland sogar mit Gottesworten versuchte. Wir haben in der Offenbarung Johannes (Kap. 13) gelesen, dass das Tier über den Abgrund die Heiligen überwinden konnte, dass es von den Menschen angebetet wurde und das niemand kaufen oder verkaufen konnte, der nicht das Malzeichen des Tieres trug. Aber wer kam auf den Gedanken, dass ihm selbst solche Nöte und Versuchungen begegnen würden?“⁶⁾ Aber es gab auch kritische Einschätzungen, wie z. B. von dem damals 30 jährigen Schriftsteller Jochen Klepper, der resignierend feststellte: “In der ganzen jüdischen Boykottangelegenheit habe ich nur eins zu sagen: Ich trauere um die evangelische Kirche.“⁷⁾

Im nationalistischen Aufwind des sogenannten Tages von Potsdam ordneten sich auch die Potsdamer Geistlichen ein. Sie begrüßten nachdrücklich die sogenannte Erneuerung des Reiches. Ganz in diesem Zeichen steht z. B. die Predigt des Superintendenten des Kirchenkreises Potsdam I, Werner Görnandt, zum 1. Mai 1933 in der Nicolai-Kirche. Im Gegensatz zur Weimarer Republik, so führte er u. a. aus, “hört man keinen Angriff mehr auf Gott, Religion, Kirche, sondern im Gegenteil von allen Betrieben aus marschieren die Belegschaften nach der Flaggenhissung direkt in die Kirche, um den Tag der nationalen Arbeit dadurch zu beginnen, sich ein Wort der Kirche sagen zu lassen. Welch geradezu ungeheuerliche Wendung- durch Gottes Fügung.” Und euphorisch lobt er Hitler als Politiker und verklärt diesen als einen neuen Messias: “Wir durchleben jetzt in unserem Volke einen großen geschichtlichen Augenblick. Ein Mann

**Potsdamer
Christen für
Hitler**

aus dem Volke ist unter uns aufgestanden und hat unser Volk aufs tiefste innerlich und äußerlich bewegt. Millionen Volksgenossen bringen ihm ihr ganzes Vertrauen entgegen, ja sind davon durchdrungen, dass die Vor-siehung ihn uns gesandt hat, um Deutschland, unser Vaterland, vor dem Schicksal des Verfalls zu bewahren. Durch alle Äußerungen dieses Mannes bricht immer wieder das Bekenntnis durch, dass er seine Lebensarbeit tue in dem demütigen Bewusstsein, ein Handlanger Gottes zu sein, als Werkzeug, um den Willen des Allmächtigen zu erfüllen.“⁸⁾

Doch alles enthusiastische Würdigen und devote Begrüßen dieses “nationalen Aufbruchs” durch Kirchenvertreter bedeutete für viele Pfarrer und Laien nicht gleichzeitig, sich auch glaubensmäßig völlig diesem Regime ein- bzw. unterzuordnen. Oft wurden deshalb Sympathie- und Distanzgebungen für das Regime unmittelbar verbunden mit dem Beharren auf eine notwendigen Trennung von staatlichen und kirchlichen Aufgaben. So äußerten sich u. a. dazu Werner Görndt aber auch Otto Dibelius schon frühzeitig darüber besorgt. Letzterer bemerkte dazu in einem vertraulichen Rundschreiben vom 8. März 1933: “Wir mögen ... mancherlei verschiedene theologische Überzeugungen haben. Aber darin müssen wir und werden wir einig sein, dass das Evangelium nicht den eigenmächtigen Menschen, sondern den gerechtfertigten Sünder kennt, dass er nicht den Hass, sondern die Liebe predigt, dass nicht das Volkstum, sondern das Gotteshaus Gegenstand evangelischer Verkündigung ist. Wir werden uns darin einig sein, dass das Evangelium im Gegensatz zu jeder menschlichen Ideologie steht, sie mag nationalistisch oder sozialistisch, liberal oder konservativ sein ...” Seine Aufforderung, der Verantwortung der Kirche gerecht zu werden, kulminiert in der Passage: “... aber wenn wir hier nicht Widerstand leisten, dann sind wir in kurzer Zeit wieder Staatskirche.“⁹⁾ Doch diese Bedenken gingen zunächst zumeist in der Euphorie für das neue Regime unter. Sie sollten sich aber -provokiert durch den Staat - in der Folgezeit zu einem ernsthaften Konflikt zwischen dem Regime und einer Vielzahl von Protestanten entwickeln.

Erste kritische Distanzierungen

2. Christliche Opposition gegen politische Gleichschaltung

Sammlung oppositioneller Christen unter der “Roten Karte”

Die Bestrebungen der Nazi-Regierung alle gesellschaftlichen Lebensbereiche einschließlich der Menschen ihrem Totalitätsanspruch zu unterwerfen, machte auch -trotz vielfacher gegenteiliger Beteuerungen- vor der Deutschen Evangelischen Kirche nicht halt. Ganz offensichtlich beabsichtigten sie, die evangelischen Kirche für ihre Machtausübung zu instrumentalisieren, indem sie ihr eine christlich-nationale Klammerfunktion zu übertragen gedachte. Aus interner Sicht der Opposition charakterisierte Pfarrer Werner

Koch dieses Vorhaben folgendermaßen: "Es erschien zweckmäßig, den eigenen Glanz durch den Glanz der tausendjährigen christlichen, mindestens aber der anerkannt geschichtsmäßigen reformatorischen Tradition absegnen und vergolden zu lassen, dass das Fundament des Staates auf den soliden und altbewährten Fundament des Christentum beruhe."¹⁰⁾

Um dieses Vorhaben zu realisieren, führten der Staat und die NSDAP - gleichsam auf zwei Ebenen- eine Offensive gegen die Evangelische Kirche. Diese richteten sie sowohl gegen die Glaubensgrundsätze des Evangeliums als auch gegen die kirchliche Autonomie. Mit einer Vielzahl von politischen Maßnahmen und administrativen Entscheidungen glaubten sie, innerhalb kurzer Zeit - im Sommer 1933 - die Deutsche Evangelische Kirche in ihr Machtkalkül einbinden zu können. Doch sollte dieses Vorhaben an Grenzen stoßen, die sie offensichtlich unterschätzten.

Welche einzelnen Schritte leiteten die Nazis ein, um ihr Ziel zu erreichen und auf welche Reaktionen mussten sie sich letztlich einstellen? Der von der Regierung zum Staatskommissar für sämtliche evangelischen Kirchen berufene Landgerichtsrat August Jäger löste willkürlich alle gewählten Kirchenvertretungen in Preußen bis in die Kirchengemeinden auf, suspendierte fast den gesamten Evangelischen Oberkirchenrat und die Generalsuperintendenten - darunter auch Otto Dibelius - und setzt dafür eigene Bevollmächtigte ein. Kurzfristig setzte er Neuwahlen für die Kirchengemeinden an, in denen die durch den Staat und besonders die NSDAP vehement unterstützte Liste der "Glaubensbewegung Deutscher Christen" - ihr stand nur eine zugelassene Liste "Evangelium und Kirche" gegenüber- bis auf wenige Ausnahmen dominierende Mehrheiten erreichte.

Willkürliche Eingriffe in kirchliche Autonomie

Die "Deutschen Christen" etablierten sich aus einer Reihe politisch den Nationalsozialisten zuzurechnenden bzw. nahestehenden Vereinen und Verbänden innerhalb des institutionellen und theologisch-ideologischen Pluralismus der evangelischen Kirchen. Ihre kirchenpolitischen Grundsätze lassen sich auf drei Positionen summieren: Schaffung einer evangelischen "Reichskirche", die die Hoheit des nationalsozialistischen Staates aus dem Glauben heraus anerkennt, analog zum Staat die Durchsetzung des "Führerprinzips" in der Kirche, sowie die "Germanisierung des Christentums", was die nationalsozialistischen Kategorien, wie Rasse, Blut und Boden impliziert. Die in den Wahlen der Kirchengemeinden erzielte Mehrheit der "Deutschen Christen" (in der Kurmark erreichten sie, bis auf wenige Ausnahmen, fast überall eine Zweidrittelmehrheit) führte letztlich auch zu einer von ihnen mehrheitlich dominierten und geführten Deutschen Evangelischen Kirche mit dem Reichsbischof Ludwig Müller an der Spitze. Damit näherten sich zwar die Nazis ihrem angestrebten Ziel um einen entscheidenden Schritt, doch offen blieb die Frage, ob nun die neuen Mehrheitsverhältnisse in den allermeisten Gemeinden und

"Deutsche Christen" für den Nationalsozialismus

Synoden sowie das abgesicherte administrative Übergewicht genügte, um auch die Deutsche Evangelische Kirche politisch gleichzuschalten und jede ernstgemeinte Opposition zu verhindern.

Doch die weitere Entwicklung gab sehr schnell eine Antwort auf diese Frage. Viele Christen zeigten sich nicht gewillt, die Verfälschung des Evangeliums im völkischen Sinne zu akzeptieren und dem neuen Kirchenregime zu folgen. Um deren deutsch-christliche Kirchenpolitik entgegenzuwirken, bildeten sieben Pfarrer - darunter Martin Niemöller und Kurt Scharf - am 11. September 1933 spontan den Pfarrer-Notbund. Wie sehr sie damit einem echten Bedürfnis vieler Amtskollegen entsprachen, wird daran deutlich, dass sich innerhalb weniger Monate rund 7000 Pfarrer - etwa ein Drittel aller Geistlichen - dem Bund anschlossen. Mit dem Eintritt in dieses Gremium verbanden die Gründer nicht nur die "Bindung an die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Reformatoren", sondern auch Solidarität mit den Verfolgten und vor allem die Absage an eine "Anwendung des Arierparagraphen im Rahmen der Kirche."¹¹⁾ Das war für die Mitglieder nicht in jedem Fall eine einfache Entscheidung. Indem sie sich bewusst in den Gegensatz zum herrschenden Kirchenregime stellten, nahmen sie auch alle zu erwartenden Konsequenzen, wie u. a. finanzielle Opfer, die persönliche Freiheit aber auch die berufliche Existenz wissentlich in Kauf. Kurt Scharf äußerte sich dazu später: "Die EntschlieÙung zum totalen persönlichen Opfer war uns nicht etwas 'Besonderes' - im Sinne von Matthäus 5,47; wir empfanden sie angesichts dessen, was sich in Staat und Kirche ereignet hatte, als unumgänglich."¹²⁾

**Erste organisierte
Opposition -
Pfarrernotbund**

Mit der Bildung des Pfarrer-Notbundes begann eine Entwicklung der kirchlichen Opposition, die - mit zunehmenden Einfluss der Bekenntnistreuen - über eigene Synoden in Dahlem und Barmen im Jahre 1934 die Voraussetzungen für eine eigene Organisation der Oppositionellen in der evangelischen Kirche - die Bekennende Kirche - legten. Die Synoden gaben dieser Organisation mit der von Karl Barth, einem Schweizer Theologen, formulierten Barmer Theologischen Erklärung das theologische Rüstzeug und bereiteten gleichzeitig das Fundament für die organisatorische Ausgestaltung vor. Sie schufen damit die Grundlage eines eigenen, von dem deutsch-christlichen Kirchenregiment unabhängigen, Notregimes (Bruderräte) und für eine radikale Trennung von dem "häretischen Kirchenregiment" der Deutschen Christen mit dem Reichsbischof an der Spitze. Mit den berühmten sechs Thesen der Barmer Theologischen Erklärung "gegen die nazifizierte Kanzel, gegen das nazifizierte christliche Leben, gegen eine nazifizierte Eklesiologie ...gegen die nazifizierten Ämter"¹³⁾ und besonders gegen den totalen Anspruch des Staates auf den Menschen mit seinem Denken, Wollen und Handeln, artikulierten die Oppositionellen ihre Position gegen die nationalsozialistische Religionspolitik und Weltanschauung.

Die Synoden aktivierten viele Christen an der Basis. Sie folgten den vorgegebenen Empfehlungen und begannen sich zusammenzuschließen. Und im Gegensatz zum Führerprinzip der Deutschen Christen, griffen sie bewusst auf die Gemeinde zurück. So entstanden 1934/1935 innerhalb der einzelnen Kirchengemeinden gesonderte Bekenntnisgruppen mit eigenen Leitungen, den Bruderräten, die sich alle unter der Roten Mitgliedskarte zusammenschlossen.

Die Entwicklung der kirchlichen Opposition bis zur Herausbildung der Bekennenden Kirche verlief in Potsdam und Nowawes - zumindest was das Ergebnis der Wahlen und deren unmittelbaren Auswirkungen betrifft - unterschiedlich. In der Stadt Potsdam be- und entstanden für die Wahlen einer Opposition günstigere Bedingungen. Im Gegensatz zu Nowawes, wo es den Deutschen Christen gelang, zu den Wahlen der Gemeindevertretungen entsprechend dem allgemeinen Trend etwa 60% der Stimmen auf sich zu vereinen, gehörte Potsdam zu den Ausnahmen in der Kurmark. Hier konnte die Liste "Evangelium und Kirche" die Wahlen offen halten. Sie erreichte ein Patt mit ihren Kontrahenten. Im gewissen Sinne beförderte aber die Situation in beiden Städten die Opposition, wenn auch in Nowawes unter viel komplizierteren Bedingungen.

Bei der Entstehung des Pfarrer-Notbundes engagierten sich Pfarrer beider Städte gemeinsam. Besonderen Einsatz entwickelten dabei die Pfarrer Viktor Hasse und Martin Richter aus Nowawes und aus Potsdam Gustav Ehlert, Johannes Kühne und Ernst Kumbier. Es gelang ihnen - quasi im ersten Ansturm- bis auf zwei, alle Pfarrer beider Städte zu gewinnen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein entsprechender Vergleich zur allgemeinen Entwicklung unter Einbeziehung der von beiden Organisationen nicht erfassten sogenannten neutralen Amtskollegen. Nach Insiderangaben gehörten im April 1934 von den etwa 17000 Pfarrern in Deutschland 6000 dem Pfarrer-Notbund und 2000 den Deutschen Christen an. Die Mehrheit der etwa 9000 "Neutralen" werden als Sympathisanten des Notbundes bezeichnet. Nach Erkenntnissen der Gestapo entfielen im März 1935 im Regierungsbezirk Potsdam etwa ein Drittel der Pfarrer auf die Opposition, ein weiteres Drittel auf die Deutschen Christen, während die Übrigen sich abwartend verhalten, jedoch mehr der Bekenntniskirche zuneigten.

**Potsdamer
Pfarrer im
Pfarrernotbund**

Auch die bekenntnistreuen Christen in Potsdam und Nowawes - besonders durch die beiden Synoden in Dahlem und Barmen aktiviert - begannen sich um die Jahreswende 1934/35 innerhalb ihrer Gemeinden gegen das völkische Ketzertum zu gesonderten Brudergemeinden zusammenzuschließen. Die Initiative für diese Bewegung ging von den Gemeindegliedern - besonders engagiert haben sich dabei Anna von Gottberg und

Erich Fritz - aus, die auch die entscheidenden Träger dieser Entwicklung blieben. Einige Angaben über die quantitative Entwicklung der Brudergemeinden, ihrer sozialen Struktur und ihren Einfluss auf die Christen ihrer Kirchengemeinden soll das äußere Bild der Bekennenden Kirche in Potsdam und Nowawes vervollständigen.

Innerhalb weniger Monate bildeten die Bekenntnistreuen in allen Potsdamer Kirchengemeinden gesonderte Gemeinden von Bekenntnistreuen. Sie bezeichneten sich in Abgrenzung zu den deutsch-christlichen Gemeinden als Brudergemeinden, denen entsprechende Bruderräte vorstanden. Die Brudergemeinden erfreuten sich schnell großen Zuspruchs aus den Kreisen der Kirchengemeinden. Im Verlaufe eines halben Jahres überstieg ihre Mitgliederzahl in Potsdam bereits 2000, wobei die Pfingstkirche über die wohl umfangreichste Brudergemeinde verfügte. In der Kirchengemeinde Nowawes verfügte die oppositionelle Gemeinde zur gleichen Zeit etwa 1000 Mitglieder. Der überwiegende Teil der Mitgliedschaft - eine sicher nicht überraschende Feststellung - betrifft die hohe weibliche Mitgliederzahl, für Potsdam etwa Zweidrittel, überliefert sind die überdurchschnittlichen 80% der Frauen in der Bekenntnismgemeinde Nowawes. Nicht überraschend dagegen ist die äußerst geringe Präsenz der Arbeiter. Diese standen in ihrer überwiegenden Mehrheit den Vorgängen in der evangelischen Kirche distanziert gegenüber, da diese sich aufgrund ihrer traditionellen Verflechtung mit dem Staat und seinen Führungseliten für ihre Forderungen nach politischer Emanzipation und Demokratisierung nicht zugänglich zeigte. Zu den etwa 1000 Mitgliedern der Brudergemeinde in Nowawes gehörten neben dem genannten Frauenanteil - übrigens aus allen Gesellschaftsklassen - an männlichen Mitgliedern etwa 10 % Arbeiter - die man allerdings auch vergebens in den Gemeinderäten beider Glaubensrichtungen in beiden Städten sucht- und ebensoviel Beamte, Selbständige und Angehörige der Intelligenz. In Potsdam prägten Konservative die Brudergemeinden und Bruderräte. Zu den tragenden Kräften beim Aufbau der Bekennenden Kirche, aber auch für die weitere Entwicklung gehörten hier vor allem Angehörige aus den konservativen Eliten - allen voran Frauen aus dem Potsdamer Adel.

***Einfluss der
bekennenden
Kirche***

Auch der theologische Einfluss der Bekennenden Gemeinden in beiden Städten ist bemerkenswert. Er geht über die schon recht ansehnliche Zahl ihrer Mitglieder hinaus. Christliche Verbände und Vereine, wie die Evangelische Frauenhilfe, die Innere Mission, Jugendverbände, Jungmännerdienst, bekannten sich mit Mehrheiten zur Bekennenden Kirche. Deren Ansehen und ihre Kompetenz in religiösen Fragen lässt sich auch aus den wachsenden Besucherzahlen an ihren Gottesdiensten ablesen. Im krassen Gegensatz zu denen der Deutschen Christen mit oft nur wenigen Besuchern, waren diese oft "bis auf den letzten Platz gefüllt",¹⁴⁾ wie auch die Gestapo in ihren Lageberichten feststellen musste.

Im Aufbau um ein Notregime wählten die Mitglieder der Bekennenden Kirche im März 1935 ihren Kreisbruderrat des Kirchenkreises Potsdam I.

Er setzte sich aus drei Pfarrern und vier Laien zusammen. Das Vertrauen als Vorsitzenden erhielt Viktor Hasse, der trotz vieler Repressionen seitens der Kirchenführung und der Gestapo bis 1945 den Kirchenkreis der Opposition leitete.

Bekennende Kirche unter starkem Druck von Kirchenregiment und Staat

Während in den folgenden Jahren der theologische Einfluss der Bekennenden Kirche trotz schwieriger Probleme weiter anwuchs, schwammen den "Deutschen Christen" auch durch vielfältige Spaltungen und Auseinandersetzungen in zunehmenden Maße die Felle weg. Das bedeutete für ihre Situation, dass sie - trotz dieser für sie desaströsen Entwicklung - zwar ihre administrativen Machtpositionen im offiziellen Kirchenregiment weiter ausüben konnte, ihre theologische und politische Autorität unter den Christen jedoch weitgehend verloren ging. Es wurde immer deutlicher, dass es offenbar zunehmend weniger gelang, im offenen Schlagabtausch die ihnen vom Regime zugeordnete Aufgabe, die Opposition theologisch und politisch gleichzuschalten, einzulösen.

Als Eingeständnis dafür müssen die zunehmenden Versuche in den folgenden Jahren gewertet werden, mit schärferen disziplinarischen Strafen der Kirchenadministration, staatlichen Anweisungen und Eingriffen, die vorherrschende Stellung der Bekennende Kirche unter den Christen zu erschüttern und damit die Schwelle eigener Schwäche zu überbrücken. Eine Vielzahl von Maßnahmen, wie Redeverbote in der Öffentlichkeit, Presseverbote, Verbote Kirchen und Gemeinderäume zu benutzen, aber auch Geldstrafen, Amtsenthebungen, Zwangsversetzungen, Inhaftierungen durch die Gestapo, gerichtliche Ermittlungen sollten Pfarrer und Gemeindeglieder in die Knie zwingen. Und diese drakonischen Maßnahmen, die rücksichtslos angewandt, oft auch die Existenz der Betroffenen und die ihrer Familien bedrohte, verfehlten auch nicht in jedem Fall ihre Wirkung.

**Verstärkte
Repressalien
gegen die
Opposition**

Wie die Potsdamer Bekenntnistreuen sehr bald erfahren mussten, zögerten auch hier Kontrahenten nicht lange mit der Anwendung solcher rigoroser Mittel. Das Vorhandensein einer so starken Opposition in der Provinzhauptstadt - auch mit den Möglichkeiten ihrer Ausstrahlung in die Region - beunruhigte offensichtlich die "Deutschen Christen". Und ein Blick voraus zeigt, dass diese schon frühzeitig eine klare Vorstellung darüber besaßen, wie diese Vorherrschaft der Bekenntnistreuen in der Stadt gebrochen werden sollte. Ihr erstes Opfer unter den Bekenntnistreuen in der Stadt wurde der einflussreiche und unter den Christen in der Stadt sehr beliebte Superintendent des Potsdamer Kirchenkreises I, Werner Görnandt, der, wie dargestellt, zwar die neue Regierung euphorisch begrüßte, aber dennoch das Verhältnis von Kirche und Staat kritisch hinterfragte. Trotz

des Protestes von 2500 mit Namen und Adressen ausgewiesenen Christen aus dem Raum Potsdam, musste er - als Opfer gemeinsamen Vorgehens der Kirchenadministration und der Gestapo - sein Amt aufgeben. Anfang Januar 1934 verließ er die Stadt und emigrierte nach Dänemark. Seine kritische Haltung, aber auch die jüdische Herkunft seiner Frau genügten als Gründe, um ihn aus dem Amt zu verweisen. Die Hoffnung des Potsdamer Polizeipräsidenten Wolf von Helldorf mit dieser Maßnahme, der Opposition in der Stadt die Spitze genommen zu haben, erfüllte sich allerdings nicht. Aber allein das Ausmaß von etwa 1000 ähnlichen Fällen in Deutschland bis zum Sommer 1934 ist ein Beispiel für das massive Vorgehen gegen Oppositionelle.

Trotz aller Bedrängnis, die Front der Bekenntnistreuen auch in Potsdam und Nowawes blieb stabil und bereit, nicht nur ihre Existenz gegen alle Repressionen zu verteidigen, sondern gingen im März 1935 gegen die "rassisch-völkische Weltanschauung" in die Offensive und stellten dieser das unverfälschte Evangelium gegenüber: "Wort Gottes oder Mythos, Evangelium oder Menschenreligion, Gott oder Abgott, das ist die fundamentale Entscheidung in die heute unser ganzes Volk gestellt ist. Wir stehen vor der Tatsache, dass die rassisch-völkische Weltanschauung sich selbst zu einer Religion macht, die neuen Glauben fordert ..." ¹⁵⁾ Und sie scheuten sich nicht, dieses von der Kanzel abzukündigen. Darüber hinaus suchten sie über staatlich verbotene eigene Kollekten in den Kirchen, die materielle Aufwendungen ihres Einsatzes zu sichern. Allein schon mit diesen beiden Mitteln ihrer Selbstverständigung und Selbsterhaltung setzten sie sich zunehmend im Gegensatz zu dem vom Nazi-Staat angestrebten Totalitätsanspruch. Und entsprechend reagierten die staatlichen Stellen und forcierten die Verfolgungen der "Abtrünnigen" Einige Beispiele - die auch in der Tendenz wenigstens für die 40er Jahre gelten- aus den 30er Jahren sollen diese Maßnahmen untersetzen.

**Bekennende
Kirche gegen
rassisch-
völkische
Weltanschauung**

Oft in konzertierter Aktion deutsch-christlicher Vertreter aus den Gemeinden, der Kirchenadministration und Gestapo überwacht, wurden allein 1935 im Zusammenhang mit der Verteidigung ihrer Glaubensgrundsätze 200 Pfarrer bzw. Aktive Gemeindeglieder in der Provinz Brandenburg in Haft genommen. Aus Nowawes betraf dies die Pfarrer Viktor Hasse, Gottfried Mehlhase und Martin Richter und die damaligen Vikare Günther Deutsch und Hans Schulz. Zum Teil maßregelten, verhafteten und verurteilten die entsprechenden Behörden 1937 im Bereich der Altpreußischen Union 700 Bekenntnistreue, davon allein in Potsdam und Nowawes über 30 Pfarrer und Laien zum Teil gar mehrfach, darunter die Pfarrer Ernst Kumbier und Hans Bierbaum, sowie die sehr engagierte Anna von Gottberg. Obgleich ebenfalls staatlich untersagt, solidarisierten sich viele Pfarrer mit Fürbittgebeten während der Gottesdienste mit den Gemeindegliedern, Verhafteten und Verurteilten.

**Schutzhaft für
Potsdamer Pfarrer
und Laien**

In diesen für die Bekennenden sehr turbulenten und engagierten 30er Jahre gelang es, wie bereits erwähnt, den "Deutschen Christen" gemeinsam mit den entsprechenden staatlichen Organen die starke Phalanx der oppositionellen Pfarrer in Potsdam zu brechen. Anstelle von ausgegrenzten, abgeschobenen und emeritierten Bekenntnistreuen gelang es ihnen unter skrupelloser Ausnutzung ihrer zentralen Positionen acht neue Pfarrer, die allesamt entweder mit den "Deutschen Christen" sympathisierten oder selbst dazu gehörten, in die Kirchengemeinden zu schleusen. Allein sechs von diesen Pfarrern - einschließlich des neuen Superintendenten Dr. Martin Thom, gehörten zum Führungskreis der "Deutschen Christen". Mit der Einberufung des letzten Bekenntnis Pfarrers Ernst Kumbier zur Wehrmacht, beherrschten nun ausschließlich die "Deutschen Christen" die Potsdamer Kirchenkanzeln.

Den Mangel an bekenntnistreuen Pfarrern glich solidarisches Eintreten Gleichgesinnter aus den umliegenden Gemeinden und emeritierten Amtskollegen aus, doch die theologische Betreuung der Brudergemeinden konnte damit nicht gelöst werden. Dabei half der Provinzialbruderrat, indem er die Gemeinden mit "illegalen" Pfarrern unterstützte, die nicht von der Kirche angestellt, sondern von den Gemeinden unterhalten werden mußten. Diese jungen Absolventen der Kirchlichen Hochschulen der Bekennenden Kirche standen vor zumeist harten Auseinandersetzungen mit den offiziellen Pfarrern, die sie im Höchstfall als Konkurrenten selten aber als religiöse Partner anerkannten. Doch fanden sie Anerkennung in den Gemeinden, was dem Einfluss der Opposition zugute kam.

Deutschchristliche Pfarrer contra "illegale" Pfarrer

Eine in diesen Jahren zumindest humanistische Herausforderung für alle Menschen - besonders aber für die Christen mit ihrem theologischen Anspruch - war das Novemberpogrom gegen die Juden in Deutschland im Jahre 1938. Dort, wo Widerstand, demonstrative Verbundenheit und Solidarität mit den Verfolgten gefordert war, reagierte die übergroße Mehrheit der Bevölkerung schweigend. Auch die Leitungen der amtlichen Kirchen schwiegen. Auch von der Bekennenden Kirche gab es weder einen moralischen Protest noch trat sie in der Folgezeit konsequent gegen den immer hemmungsloser propagierten und praktizierten Antisemitismus auf. Nur vereinzelt entzogen sich auch Mitglieder der Bekennenden Kirche völlig aus der verhängnisvollen Verstrickung von Theologie und Politik, die ursächlich für den Antisemitismus in der evangelischen Kirche verantwortlich zeichneten. Zu den wenigen zählen auch bekennende Christen aus Potsdam und Nowawes/Babelsberg: Die "unbelehrbaren Geistlichen der Bekenntnisfront"¹⁶⁾ Pfarrer Viktor Hasse und Gottfried Mehlhase, die es wagten, Juden zu taufen. Vor allem aber die bekennenden Christen Miami von Mirbach, die Pfarrerswitwe Dorethea Schneider, sowie die jungen Bekenntnis pfarrer Günter Brandt und Helmuth Traub, die in den

oppositionellen Gemeinden wirkten und in vielfacher Weise verfolgte Juden selbstlos unterstützten. Sie erhielten dafür den Ehrentitel und die Medaille eines "Gerechten der Nationen", die höchste Auszeichnung des Staates Israel für Nichtjuden. Sie gehören zu den 130 Menschen in Deutschland, denen diese Ehrung zuteil wurde.

**Hilfe für
jüdische
Bürger**

Mit den vom Nazi-Regime 1939 provozierten Krieg entstanden neue Bedingungen, die auch das Verhältnis von Staat und Bekennende Kirche nicht ganz unberührt ließen. Nicht nur die offizielle Deutsche Evangelische Kirche unterstützte die Kriegspolitik, auch die Bekennende Kirche fühlte sich wieder in die nationale Pflicht genommen und entwickelte eine Burgfriedensmentalität. Es kam kein Protest gegen den Krieg. Nur wenige unter den Christen verweigerten den Wehrdienst. "Pazifismus war damals nicht Sache der evangelischen Kirche und hatte auch im Umfeld der Bekennenden Kirche wenig Raum und schon gar keine Chance, als der Feldzug gegen den 'gottlosen Bolschewismus' begann".¹⁷⁾ Diese ambivalente Haltung brachte Karl Barth in jenen Tagen am Beispiel Martin Niemöllers, der sich aus dem Konzentrationslager freiwillig für den Kriegseinsatz meldete, auf den Punkt: "Niemöller ist fähig, sich um der Sache Christi willen von Hitler töten zu lassen. Aber er ist auch in der Lage, Offizier an Bord eines Kriegsschiffes desselben Hitler zu sein."¹⁸⁾ Gleichzeitig, wenn auch gedämpfter, fanden die Auseinandersetzungen in den Gemeinden und die staatlichen Repressionen ihre Fortsetzung. Erst mit der Zerschlagung des faschistischen Regimes fanden sie ein Ende.

3. Christliche Opposition als Teil des antifaschistischen Widerstandes

Zum Abschluss der skizzierten Entwicklung der Opposition evangelischer Christen eine Einordnung des Ringens von Bekennenden Kirche um Selbstbehauptung gegenüber den Versuchen, sie politisch gleichzuschalten. Mit dem erfolgreichen Beharren der Bekennenden Kirche auf die überlieferten evangelischen Glaubensgrundsätze scheiterte das kirchenpolitische Ziel des Nazi-Staates, mit Hilfe der "Deutschen Christen" und staatlichen Repressionen die Deutsche Evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit in das nationalsozialistische System einzugliedern.

Doch das Bestehen auf den traditionellen Glauben bedeutete nicht, dass die Bekenntnistreuen je daran dachten, Widerstand gegen den Staat zu leisten, diesen in Frage zu stellen oder gar auf seinen Sturz hinzuarbeiten. Denn die zu Beginn zitierten Ausführungen von Geistlichen über das Verhältnis zu diesem Staat blieben - bis auf Ausnahmen - allgemeingültige Position der Opposition der Bekennenden Kirche. Das bestätigten sie auch mit ihrer Haltung zu einer Reihe von Zeitereignissen, so wenn sie auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund mit einem Grußschreiben an Adolf Hitler reagierten, oder diesen in Gottesdiensten im

Juli 1934 dafür dankten, mit der Ausschaltung der SA am 30. Juni 1934, Deutschland vor großer Gefahr gerettet zu haben. Weder zu Beginn des Krieges fand die Bekennende Kirche kritische Worte, und in der Verfolgung und Vernichtung der Juden durch den Staat und die NSDAP fanden sie nur zu halbherzigen Handeln und Protesten - und das vor allem erst in den 40er Jahren.

Diese positive Haltung zum Patriotismus einte die Bekennende Kirche mit den "Deutschen Christen", sie unterschied sich von diesen im Grunde nur durch einen Dissens in Glaubensfragen. Damit wird ein Dilemma deutlich, in dem sich die Bekennende Kirche bewegte und mit dem die Zeitereignisse sie - wie oben genannt- ständig konfrontierten: Die Ambivalenz "Untertan der Obrigkeit" (Rö 13) zu sein und gleichzeitig, deren weltanschauliche Grundlagen zu bekämpfen. Ihre Opposition, war nicht gewollt, auch entwickelte sie sich nicht zu einer politischen, nicht einmal zu einer kirchenpolitischen Organisation. Bewusst nennt sie sich eine "Notgemeinschaft", der durch die Versuche des Regimes, die Deutsche Evangelische Kirche zu vereinnahmen, quasi eine Opposition aufgezwungen wurde, die sie nie beabsichtigte.

**Opposition und
Zwei-Reiche-
Auffassung**

Die Ablehnung des Totalitätsanspruchs des Nazi-Staates hat - bei aller aus politischer Überzeugung verstandenen Staatsloyalität - jedoch die Gestapo und die staatliche Administration als politischen Widerstand gegen das System betrachtet. Zweifelsohne überschätzte sie damit die politische Potenz der Bekennenden Kirche, wenn sie allein in deren Existenz einen "Generalangriff gegen nationalsozialistisches Gedankengut" sah. Aber die Gestapo hatte aus ihrer Sicht durchaus berechtigten Anlass, immer wieder davor zu warnen, dass die erfolgreiche Abwehr der Gleichschaltungsbestrebungen durch die Bekennende Kirche, mit der sie den totalen Herrschaftsansprüchen des Nazi-Staates erfolgreich Paroli bot, dem Staat ganz bestimmte Grenzen seiner Macht offenbarte und seine Autorität in der Öffentlichkeit permanent demontierte.

Abschließend noch einen kleinen Exkurs über das Verhältnis von christlicher Opposition gegen die Verfälschung des Evangeliums und politischem Widerstand speziell für die Stadt Potsdam, wo zumindest bis 1933 bürgerliche und monarchistische Konservative die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmten. Trotz aller Bemühungen der Bekenntnistreuen, die Politik außen vor zu lassen, bzw. politische Konfrontationen möglichst klein zu halten, bestand immer die Gefahr einer Politisierung aus dem unmittelbaren gesellschaftspolitischen Umfeld. Das traf in Potsdam im Besonderen für eine Gruppe von Konservativen zu, die sehr stark im Christentum verankert, in der Bekennenden Kirche eine letzte konservativ bestimmte organisatorische Enklave, ein politisches Rückzugsgebiet, sahen. Beispiele dafür sind der Freundeskreis Hannah von Bredow, Dr. Wilhelm Dieckmann

von der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Prof. Dr. Constantin von Dietze, der sich im "Freiburger Kreis" politisch engagierte und der Freundeskreis Albrecht von Kessel u. a. mit Eduard Brücklmeier, Fritz- Dietloff Graf von der Schulenburg, die sich mit der Bekennenden Kirche solidarisierten bzw. diese aktiv unterstützten. Sie alle waren als politische Gegner des Nazi-Staates bekannt und als solche mehr oder weniger in die Verschwörung vom 20. Juli 1944 eingebunden. Diese Beispiele demonstrieren nachdrücklich auch das Vorhandensein einer politischen Differenzierung in der christlichen Opposition, die besonders an markanten politischen Wegmarken aufbrach und nicht wenige Bekenntniskirchler - unter starken moralischen und politischen Zwängen geraten- motivierten, aus der Opposition zur Verteidigung des Glaubens die Brücken zum politischen Widerstand zu passieren.

**Christliche
Oppositionelle
und der
20. Juli 1944**

Quellen Teil II

- 1) Günter van Norden, Widersetzlichkeit von Kirchen und Christen, in Lexikon des Widerstandes. Hrsgg. von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle (Frankfurt/M 1994), S. 69.
- 2) Reichstagsereöffnungsfeier in Potsdam. Das Erlebnis des 21. März 1933 in Wort und Bild. Hrsg. Hans Hupfeld, Potsdam 1933.S.29 f.
- 3) Zitiert in: Ernst Niekisch, Begegnungen und Begebnisse, Köln/Berlin (1958), S. 248.
- 4) Dietrich Bonhoeffer, Ethik. Zusammengestellt von E. Bethge, München 1984, S. 121 f.
- 5) Martin Niemöller, Was würde Jesus dazu sagen?, in: Reden, Predigten, Aufsätze 1937 - 1980, Berlin 1981, S.25.
- 6) Constantin von Dietze, Pflicht im Widerstreit der Verpflichtungen. Ansprache in der Gedenkfeier der Albert-Ludwig-Universität zu Freiburg, am 20. Juli 1944, S.61.
- 7) Jochen Klepper, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932 - 1942. Hrsg. Hildegart Klepper, Berlin 1967, S. 46.
- 8) Die evangelische Kirche und der erste Mai, Predigt von Superintendent Werner Görnandt, gehalten im Potsdamer Dom St. Nicolai am 1. Mai 1933 (i. Bes. D. Verf.).
- 9) Werner Bethge, Evangelische Christen zwischen Anpassung und Opposition. Evangelische Christen in Potsdam und Nowawes im Spannungsfeld zwischen politischer Gleichschaltung und Selbstbehauptung 1933 - 1935. Brandenburger historische Hefte, 1, 1995, Dok. 4, S.76 f.
- 10) Werner Koch, Der Kampf der Bekennenden Kirche im Dritten Reich. Beiträge zum Widerstand, Heft 4, Gedenkstätte deutscher Widerstand, Berlin, S. 4.
- 11) Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland, 1933 - 1944. Hrsg. Joachim Beckmann, Gütersloh 1948, S. 25.
- 12) Kurt Scharf, Brücken und Breschen. Biographische Skizzen. Hrsg. Wolf Dieter Zimmermann, Gütersloh o. J., S. 53.
- 13) Eberhard Bethge, Zwischen Bekenntnis und Widerstand, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hrsg. Jürgen Schmädicke und Peter Steinbach, München/Zürich 1985, S.285.
- 14) Lagebericht der Stapostelle Potsdam vom 8. März, in: BLHA, Pr. Br. Rep. 2A I Pol, 3028, Bl.35.
- 15) Heinrich Vogel, Ich bin der Herr, Dein Gott, in: Ausgewählte Schriften 1929 - 1939. Hrsgg. Von Karl Kupisch, Berlin/Stuttgart 1962, S. 263 f. Der Beitrag erschien 1935 unter dem Titel: Wort Gottes oder Mythos. Sofort nach der Veröffentlichung wurde er verboten.
- 16) Bericht der Stapostelle Potsdam an den Oberpräsidenten, in: BLHA Pr. Br. Rep 1, 1691, Bl. 143.
- 17) Eberhard Röhm, Sterben für den Frieden, Hermann Stöhr (1898 - 1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985.
- 18) Brief vom 8. Dezember 1939 an den Bischof von Chichester, Dr. Bell, in: Daniell Cornu, Karl Barth und die Politik, Wuppertal 1969, S.77.

Kurt Finker

III Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

1. Der antifaschistische Widerstandskampf und der 20. Juli 1944 im deutschen Geschichtsbild

Der 20. Juli 1944 war kein revolutionärer Volksaufstand, war aber auch nicht lediglich das Werk einer kleinen Clique von Offizieren, Beamten und Monopolkapitalisten, die durch die Beseitigung Hitlers von ihrer Herrschaft retten wollten, was noch zu retten ist. Es war ein vielschichtiges und in sich widerspruchsvolles Ereignis, an dem Gruppen und Einzelpersonen *aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes* mehr oder weniger beteiligt waren; er bietet darum bis heute sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation und der Bewertung. Darum sei hier schon vorweggenommen: *Ein Erfolg des Umsturzes hätte noch keine demokratische Republik gebracht, aber den Krieg beendet, die Verluste des letzten Kriegsjahres vermieden, sicher auch wesentliche Teile des Terrorsystem beseitigt und damit gewisse Möglichkeiten für die Entfaltung einer demokratischen Volksbewegung geschaffen.* Wie schon in unserer Einführung angedeutet, spielten sich diese Ereignisse vor allem in Berlin, aber auch in Potsdam und der damaligen Provinz Brandenburg ab.¹⁾ Die unterschiedliche Interpretation des 20. Juli soll zunächst an einigen wesentlichen Beispielen demonstriert werden, wobei jede Einzeleinschätzung aus einem ganz konkreten Umfeld zu erklären ist.

Eine erste Reaktion erfolgte sofort durch das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) in der Sowjetunion. Hier wurde die Aktion mit großer Zustimmung begrüßt; führende Mitglieder wie General Martin Lattmann, General Dr. Otto Korfes, Anton Ackermann, Walter Ulbricht riefen unverzüglich zur gemeinsamen Weiterführung des Kampfes auf. Das NKFD veröffentlichte am 23. Juli 1944 einen Aufruf an das deutsche Volk und an die Wehrmacht: „Nun sind auch in Deutschland verantwortungsbewußte Generale zum Sturm gegen Hitler angetreten ... Jetzt muß der Sturm im ganzen Volk entfacht werden. Alle Waffen der Wehrmacht, alle Kraft im Lande zum Einsatz gegen Hitler und seine Mitverschworenen für die Rettung der Nation.“²⁾ Diese Parteinahme resultierte aus der grundsätzlichen Übereinstimmung der Ziele beider Bewegungen. Leutnant a. D. Heinrich Graf von Einsiedel, ein Urenkel des Reichskanzlers Bismarck, 1921 in Potsdam geboren, 1943 Mitbegründer des NKFD, äußerte am 29. März 1988 – damals in München lebend – in einer Fernsehsendung: „Die Texte des Nationalkomitees sind teilweise nahezu wörtlich identisch mit den Denkschriften und den Aufrufen, die die Verschwörer des 20. Juli vorbereitet hatten und mit denen sie ihre Verschwörung und ihre Aktionen gegen Hitler begründet haben. Der einzige Unterschied besteht vielleicht

darin, dass wir, dank der Tatsache, dass wir also außerhalb Deutschlands saßen und vielleicht einen besseren Informationsstand hatten, die Lage Deutschlands illusionsloser und klarer gesehen haben als die Verschwörer vom 20. Juli, die sich teilweise immer noch Hoffnungen machten, dass sie Teile der Hitlerschen Erwerbungen noch über die Runden retten könnten, auch nach dem Sturz Hitlers.“³⁾

Widerspruchsvolle Reaktion

Auch in anderen Ländern begrüßten deutsche Antifaschisten die Aktion, so in der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich, wo deren Mitglied Oberstleutnant d. R. Caesar von Hofacker, Mitarbeiter im Stab des Militärbefehlshabers Frankreich, an der Realisierung des Umsturzes beteiligt war. In der in Stockholm von deutschen Kommunisten und linken Sozialdemokraten sowie schwedischen Nazigegegnern herausgegebenen Zeitschrift „Politische Information“ hieß es: „Die antinazistische Opposition hat die zum Handeln entschlossenen Offiziere als Bundesgenossen im Kampfe zum Sturz des Regimes begrüßt. In dieser Zeit der größten Not unseres Volkes soll man nicht nach den trennenden Faktoren suchen. Unser Land, unser Volk benötigt heute jeden, der in der Lage und gewillt ist zu handeln. Nicht Vergangenheit, Kastenzugehörigkeit oder politische Farbe sind jetzt maßgebend für Sympathie und Antipathie, sondern allein der Einsatz im Kampf für die Rettung unseres Volkes.“⁴⁾

Presse und Rundfunk der Sowjetunion informierten zurückhaltend, sachlich, soweit überhaupt möglich, über das Attentat auf Hitler und werteten den Umsturzversuch positiv als Ausdruck der tiefen Krise, in die das faschistische Regime angesichts seiner militärischen Niederlagen geraten war, wobei in den Berichten sowohl die Begriffe „Aufstand“ als auch „Generalsverschwörung“ auftraten. Es verband sich damit aber in jedem Falle die Hoffnung auf einen Sieg der Aufständischen und damit auf eine schnelle Beendigung des Krieges.⁵⁾ So brachte die „Prawda“ noch am 24. Juli einen Bericht unter der Überschrift „Der Kampf in Deutschland geht weiter“.⁶⁾

Anders war die Reaktion auf die Ereignisse in Großbritannien und den USA.⁷⁾ Herrschte anfangs noch Zurückhaltung vor, begannen führende Politiker und Zeitungen bald, die Aktion als einen Versuch des „Prussian Militarism and Nazism“, wie Winston Churchill mehrfach betonte, zu kennzeichnen, der angesichts der gescheiterten Eroberungspläne nur noch seine eigene Existenz retten wollte.⁸⁾ Churchill stellte im britischen Unterhaus mit Befriedigung fest, dass sich im „Deutschen Reich die höchsten Persönlichkeiten gegenseitig umbringen oder umzubringen trachten, während der zum Untergang verdamnte, immer mehr schrumpfende Kreis ihrer Macht von den rächenden Armeen der Alliierten enger und enger umfaßt wird.“⁹⁾ Die „New York Times“ bezeichnete am 9. August nicht das Nazisystem, sondern die Verschwörung als „Atmosphäre einer

grausigen Gangsterunterwelt“.¹⁰⁾ Und die „New York Harald Tribune“ schrieb am gleichen Tag: „Amerikaner werden im allgemeinen nicht bedauern, dass die Bombe Hitler verschont hat, auf dass er seine Generale erledige. Amerikaner haben nichts übrig für Aristokraten als solche und am wenigsten für diejenigen, die dem Stechschritt [goosestep] huldigen und, wenn es in ihre Pläne paßt, mit niedriggeborenen, pöbelverbundenen Gefreiten zusammenzugehen. Mögen die Generale die Gefreiten töten oder umgekehrt, am besten beides.“¹¹⁾

**Zustimmung aus
Ostdeutschland**

Der erste Jahrestag 1945 fand in der SBZ eine bemerkenswerte Resonanz.. Alle vier großen Ostberliner Zeitungen – „Deutsche Volkszeitung“ (KPD), „Das Volk“ (SPD), „Neue Zeit“ (CDU), „Berliner Zeitung“ – würdigten den 20. Juli als antifaschistische Tat. Die SPD-Zeitung widmete unter der Überschrift „Die Lehren des 20. Juli 1944“ den Vorgängen mehr als zwei Seiten. In einem Artikel gedachte Gustav Dahrendorf, Mitglied des Zentralausschusses der SPD, nicht nur seiner sozialdemokratischen Mitkämpfer, sondern auch seiner damaligen kommunistischen Verbündeten. Im Zusammenhang mit der Würdigung des nach dem 20. Juli hingerichteten Sozialdemokraten Dr. Julius Leber, der im Juni 1944 in Berlin mit Vertretern der KPD verhandelt hatte, schrieb er: „Mit seltener politischer Einsicht hat Leber die Größe und zugleich die Begrenzung der Aufgabe gesehen, die der Wille zum Sturz Hitlers und zur Beendigung des Krieges stellte. Er hat dieser Aufgabe aus seiner Vitalität heraus gedient und galt vielen Männern aus allen Lagern als der große antifaschistische Aktivist, dem die Zukunft entscheidende und führende Aufgaben stellen würde. Julius Leber ist gefallen, nachdem er an der Verbreiterung der Front der Antifaschisten zu unseren kommunistischen Freunden gearbeitet hat, als ein Vorkämpfer der Einheit.“¹²⁾

In der „Deutschen Volkszeitung“ vom 20. Juli 1945 veröffentlichte Anton Ackermann, Mitglied des ZK der KPD, den Artikel „Der 20. Juli 1944 und seine Lehren“, der sich sowohl gegen die Behauptung von einer ausschließlich reaktionären Generalsverschwörung wandte, als auch Lehren aus der Beschränkung und Inkonsequenz der Bewegung zu ziehen bemüht war: „Nun wäre es gewiss abwegig, die Bewegung des 20. Juli auf die Generalität und Offiziere zu beschränken, die an diesem Tage aktiv in Erscheinung traten. Diese Bewegung ging vielmehr vom Generalfeldmarschall über christliche Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Funktionäre bis zu kommunistischen Gruppen in Betrieben und Wohnbezirken ...

Eine bestimmte Illoyalität der Generale und Offiziere des 20. Juli gegenüber den antifaschistisch-demokratischen Kräften kann nicht bestritten werden. In der politisch entscheidenden Frage, der Frage der Einheit aller antifaschistischen Kräfte, fehlte es auf der einen Seite an der notwendi-

gen Aufrichtigkeit und Folgerichtigkeit. Bei Voranstellung rückschrittlicher Sonderinteressen vor die brennenden nationalen Interessen blieb es offensichtlich bei einer mehr äußerlichen und formellen als einer tatsächlichen und festen Einheit ... Ging es doch um nichts Geringeres als darum, Deutschland davor zu bewahren, zum Schlachtfeld zu werden und in die schwerste Katastrophe seiner Geschichte zu stürzen. Eine konsequentere Politik der antifaschistischen Einheit, basierend vor allem auf der Aktivität der gesunden Kräfte des schaffenden Volkes, hätte andere, erfolgversprechende Perspektiven des Kampfes gegen Hitler, für Frieden und Freiheit eröffnen können. Möge diese Hauptlehre des 20. Juli heute vor allem erkannt und von niemandem im antifaschistisch-demokratischen Lager vergessen werden.“

Zwischen Verurteilung und Differenzierung

Die Charakterisierung des 20. Juli als eine breite, über die Offiziere hinausreichende, auch christliche, sozialdemokratische und kommunistische Kreise erfassende Bewegung wurde jedoch in den folgenden Jahren geleugnet und durch die Behauptung von einem ausschließlich reaktionären, proimperialistischen Putsch einer kleinen Generals-, Beamten- und Monopolkapitalistenclique ersetzt. Bereits im Juli 1945 befasste sich die „Tägliche Rundschau“, die Zeitung der Sowjetischen Militäradministration, mit diesem Thema, kritisierte die genannten Äußerungen der deutschen Zeitungen, hob die zweifellos vorhandenen reaktionären Tendenzen als bestimmend hervor und schrieb am 21. Juli 1945: „Die von der Gruppe Witzleben-Goerdeler verfolgten Ziele bestanden darin, Hitler und seine nächste Umgebung aus dem Weg zu räumen, sich selbst aber und das zu retten, was noch zu retten war – nämlich den deutschen Militarismus, den sie für den nächsten Krieg erhalten wollten. Es ist also klar, dass die Anhänger der Gruppe Witzleben-Goerdeler, ungeachtet der persönlichen Tapferkeit ihrer Anhänger, nicht als Männer zu bezeichnen sind, denen die ‚Rettung des Volkes höchste Sorge war.‘

Das hätten die ‚Berliner Zeitung und einige andere Zeitungen bei der Beurteilung des 20. Juli nicht vergessen dürfen.“ Diese einseitige Einschätzung sollte für lange Zeit maßgebend bleibend.

In den 50er Jahren kam es partiell zu einer größeren Differenzierung – Mut und Selbstaufopferung Stauffenbergs und einiger anderer der Verschwörer wurden gewürdigt –, im Vordergrund stand jedoch die „Entlarvung“ des „imperialistischen“ Charakters des Unternehmens. Die Politik der BRD-Regierung wurde im allgemeinen als Fortsetzung der reaktionären Linie der Verschwörung angeprangert, wofür es allerdings durchaus wesentliche Anhaltspunkte gab: Offenes Auftreten ehemals führender Nazis in Politik, Wirtschaft, Justiz, Kultur und Militärwesen, Aufnahme der BRD in die damals ausschließlich antisowjetisch orientierte NATO 1955, KPD-Verbot 1956. Die durch die politischen Vorgaben determinierte „Aktualisierung“

wurde jedoch zuweilen bis ins Absurde getrieben. So erschien in der 1959 in deutscher Sprache vorgelegten ersten Geschichte des Zweiten Weltkrieges von G. A. Deborin der 20. Juli überhaupt nicht als Teil des deutschen Widerstandes, sondern als das Werk des USA-Geheimdienstes: „Der amerikanische Geheimdienst in Europa, den Allen Dulles von der Schweiz aus leitete, bereitete im Lauf mehrerer Jahre eine breit angelegte Verschwörung der internationalen Reaktion vor ... Hitler sollte aus dem Weg geräumt werden, um seine Politik und das faschistische System erhalten zu können ... Im Sommer stand bereits fest, dass die Sowjetarmee in absehbarer Zeit Hitlerdeutschland zerschlagen wird. Deshalb war auch der amerikanische Geheimdienst jetzt daran interessiert, in Deutschland Kräfte ans Ruder zu bringen, die der Sowjetunion erfolgreicher als Hitler Widerstand leisten zu können.“¹³

Verdienste um die Aufhellung der Geschichte des 20. Juli und ihre historische Einordnung erwarb sich der sowjetische Historiker Daniil E. Melnikow mit seinem 1962 in Moskau und 1964 in Berlin erschienenen Buch „Die Verschwörung vom 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit.“ Er unterschied – wenn auch nicht frei von Schematismus – zwischen dem „fortschrittlichen“ und dem „reaktionären“ Flügel der Verschwörung, wobei er Goerdeler als Vertrauensmann von Kreisen des Monopolkapitals beurteilte, der die „Beendigung des Krieges durch einen Kompromiß mit dem Westen und Durchführung einer elastischen Politik zum Schutz der Interessen der Monopolherren und Junker“ realisieren sollte. Ein Kapitel widmete er dem „progressiven Flügel“, in dem es hieß: „Der demokratische Flügel der Verschwörung war durch zwei Gruppen vertreten, die von Graf Helmuth von Moltke und Claus von Stauffenberg geführt wurden ... Den Kern dieses Kreises bildeten fortschrittliche und antifaschistisch gesinnte Offiziere und Beamte wie Moltke, Yorck von Wartenburg, Hans-Bernd von Haefen, Trott zu Solz, Poelchau und einige mehr konservativ eingestellte Mitglieder wie Theodor Steltzer“, ferner „rechte sozialdemokratische Funktionäre“ wie Mierendorff, Haubach, Henk, Dahrendorf, „linke Sozialdemokraten“ wie Leuschner, Leber, Reichwein, „konservative Vertreter der Kirche“ wie Delp, Gerstenmaier, Rösch, König.“ Als Fazit formulierte Melnikow: „Die demokratischen Kräfte Deutschlands gedenken in Ehrfurcht der zum progressiven Flügel gehörenden Teilnehmer der Verschwörung vom 20. Juli 1944. Diese Menschen haben zum antifaschistischen Kampf der deutschen Demokraten, an dessen Spitze die deutschen Kommunisten standen, einen großen Beitrag geleistet, gaben sie doch im Kampf gegen den Faschismus und für die Schaffung eines neuen demokratischen und friedliebenden Deutschlands ihr Leben.“¹⁴

Die Geschichtsschreibung der SBZ/DDR folgte lange Zeit dieser Linie. Es war angesichts der konservativ-neonazistischen Geschichtsfälschungen zunächst einmal richtig und notwendig hervorzuheben, dass aus

der Arbeiterbewegung, insbesondere aus der KPD, die größte Zahl der aktiven antifaschistischen Widerstandskämpfer kam, war doch der politische Widerstand etwa zu 75 Prozent kommunistisch, zu 10 Prozent sozialdemokratisch und zu 3 Prozent christlich-bürgerlich. Aber im Zuge der von der SED-Führung seit 1947/48 betriebenen Durchsetzung der „führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“ wurde der kommunistische Widerstand verabsolutiert, gerieten die nicht-kommunistischen Antifaschisten an den Rand des Geschichtsbildes. Der Redakteur Albert Norden, später Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, behauptete im Juli 1947 in der „Weltbühne“, dass „die rebellierenden Generale Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus waren, seine alte Taktik des Auspielens des Westens gegen den Osten fortsetzen wollten ... Einstellung des Widerstandes im Westen und Fortsetzung des Krieges im Osten – das war aber nicht nur die Lieblingsidee der Generale. Auch Goerdeler, ein konservativer Freund der monarchistischen Staatsform und leitender Kopf bürgerlicher antifaschistischer Oppositionskreise, bekannte sich zu dieser Plattform und – es muß gesagt werden – eine sozialdemokratische Gruppe, die zu dem oppositionellen Kreisau-Zirkel des Grafen Moltke gehörte.“¹⁵⁾

In einer 1959 veröffentlichten Studie hieß es sogar: „Jede nähere Untersuchung zeigt, dass im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 von antifaschistischem Kampf nicht die Rede sein kann. Die Verschwörung war das Werk einer Gruppe reaktionärer Politiker und Militärs, die von gewissen Kreisen des Finanzkapitals um Schacht, Krupp, Bosch, Flick, Siemens u. a. inspiriert und gelenkt wurde, und die deren Interessen vertrat.“¹⁶⁾

Ein realistisches Bild vom 20. Juli 1944 entsteht

In den 60er und 70er Jahren erarbeiteten jedoch DDR-Historiker, gegen manchen Widerstand, ein realistisches Bild und werteten den 20. Juli als bedeutenden Teil des antifaschistischen Widerstandskampfes, ohne dabei die auch vorhandenen reaktionären Projekte zu verharmlosen. Am 18. Juli 1984 führten Historiker-Gesellschaft und Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin ein Kolloquium durch, auf dem es im Hauptreferat hieß, und das war neu: „Die Aktion vom 20. Juli 1944 mißlang, die Handelnden fielen dem faschistischen Terror zum Opfer. Dennoch war dieser Einsatz nicht sinnlos. Es war eine Tat von historischem und nationalem Rang, er hat einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes.“¹⁷⁾ Diese Wertung schloss und schließt auch heute nicht aus, sich wissenschaftlich-kritisch mit der differenzierten Struktur und den unterschiedlichen Konzepten innerhalb dieser Bewegung zu befassen.

In den westlichen Besatzungszonen/der frühen BRD gab es bei der Beurteilung des 20. Juli zwei Tendenzen. Zunächst galten die Verschwö-

rer zumeist als „Eidbrüchige“, als „Landesverräter“. Doch im Zuge der Konstituierung der BRD mit ihren 21 Naziministern und -staatssekretären, 100 Nazigeneralen und -admiralen, 245 Nazidiplomaten, 828 hohen Nazijustizbeamten usw. und ihrer Einbeziehung in das westliche Bündnis bedurfte dieser Staat auch einer Anti-Hitler-Legitimation, die zugleich militant antikommunistisch zu sein hatte. Hier boten sich die Konservativen des 20. Juli an, waren sie doch geeignet, „die eher peinliche Tatsache zu verdecken, dass zwischen den ehemaligen aktiven Widerstandskämpfern und dem neuen politischen Führungspersonal der Bundesrepublik eine nur sehr schwache Verbindung bestand.“¹⁸⁾ Bereits 1945 verkündete Dr. Marion Gräfin Dönhoff, die einige der adeligen Verschwörer persönlich gut gekannt hatte, die Doktrin: „Zum erstenmal jährt sich der Tag, an dem Deutschland mit einem Schlage seine besten, seine letzten wirklichen Patrioten, verloren hat.“¹⁹⁾ In diesem Sinne wurde der 20. Juli zum Höhepunkt, ja sogar zum einzigen Ausdruck des deutschen Widerstandes gegen den „Nationalsozialismus“ deklariert; es erschien seit 1946 ein Fülle entsprechender Literatur. Dem kam der Umstand entgegen, dass sich – infolge des Charakters der Verschwörung – die übergroße Mehrzahl der Überlebenden und Hinterbliebenen des 20. Juli in den Westzonen und in der Schweiz befand, die bereits 1945/46 mit der Veröffentlichung ihrer Memoiren bzw. Dokumentationen (Tagebücher, Briefe usw.) begannen, während in den westlichen Besatzungszonen das Erscheinen antifaschistischer Widerstandsliteratur, insbesondere kommunistischer, 1945 bis 1949 nicht erlaubt war oder nur in geringem Umfang und unter großen Schwierigkeiten erfolgen konnte. Der konservative Historiker Prof. Gerhard Ritter, der selbst wegen seiner Zusammenarbeit mit Goerdeler 1944/45 von den Nazis inhaftiert war, brachte 1954 eine voluminöse Goerdeler-Biographie heraus²⁰⁾, die viel dokumentarisches Material enthielt, die aber gleichzeitig die für die BRD typische einseitige Geschichtssicht demonstrierte:

**BRD und der 20.
Juli 1944 -
Alibi und
Rechtfertigung**

1. Goerdeler erscheint als Zentralgestalt des deutschen „Widerstandes“. „Diese Widerstandsbewegung war schließlich keine Sache unbefriedigten Ehrgeizes, sondern eines reinen Patriotismus, der unser Volk vom Abgrund des Verderbens zurückreißen wollte: eines Verderbens ebensowohl sittlich-geistiger als politischer Art. Wird ihre Geschichte so verstanden, so rückt die Gestalt des Oberbürgermeisters Dr. Carl Goerdeler ganz von selbst in den Mittelpunkt der Betrachtung.“²¹⁾

2. Die zweite Kraft des deutschen Widerstandes seien die Kirchen gewesen. „Tatsächlich haben nur die Kirchen in der Hitlerzeit so etwas wie eine wirkliche Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus in Gang gebracht ... Der Widerstand beider christlichen Kirchen gegen das Hitler-Regiment ist der einzige, der praktischen Erfolg gebracht hat.“²²⁾

3. Die Kommunisten erschienen ihm nach 1933 in dreierlei Gestalt: Ein großer Teil sei zu den Nazis übergelaufen, andere hätten sich in einem sinnlosen Martyrium aufgeopfert, eine dritte Gruppe, mit hohem Anteil von Intellektuellen, habe sich im Dienste der Sowjetunion dem Landesverrat hingegeben. Daraus folge, so der Verfasser, dass nur nationale Eliten vom Format eines Goerdeler geschichtsbildende Kraft besäßen. Alles andere sei zu dieser Zeit in Deutschland ein Wirrwarr von Irrtümern, Fanatismen, Versäumnissen, Bequemlichkeiten und Unfähigkeiten gewesen. Ritter verurteilt verbal den faschistischen Krieg – andererseits erscheint er bei ihm auch durchaus als ein „nationaler, als ein „vaterländischer“ Kampf „um Leben und Tod“. Darum seien die Widerstandskämpfer der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation in seiner Sicht keine Widerstandskämpfer, sondern Landesverräter. „Die Verschworenen der ‚Roten Kapelle‘ sind nach 1945 in der russisch besetzten Zone Deutschlands als Helden gefeiert worden – mit gutem Grund. Aber mit ‚deutschem Widerstand‘ hatte diese Gruppe offenbar nichts zu tun, man sollte darüber keinen Zweifel lassen. Sie stand ganz eindeutig im Dienste des feindlichen Auslandes. Sie bemühte sich nicht nur, deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen, sondern verriet wichtige militärische Geheimnisse zum Verderben deutscher Truppen. Wer dazu als Deutscher imstande ist, mitten im Kampf auf Leben und Tod, hat sich von der Sache seine Vaterlandes losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur nach den Buchstaben des Gesetzes.“²³⁾

In der Folgezeit wurde die These vom 20. Juli als dem Hauptereignis des deutschen Widerstandes noch dahingehend ausgedehnt, „preußischer Geist“ und „preußischer Adel“ seien die ideellen und personellen Hauptkräfte dieses „Widerstandes“ gewesen! Auf einer Historikerkonferenz vom 2.- 6. Juli 1984 in Berlin ging Regierungsdirektor Dr. jur. Ekkehard Klaus noch weiter: „Am 20. Juli 1944 hat der soldatische ‚Geist von Potsdam‘ noch kurz vor Toresschluß Hitlers ‚Tag von Potsdam‘ widerlegt“.²⁴⁾ Dieses Urteil wird auch weiterhin kolportiert, so in dem „Buch zum Stadtjubiläum“ „1000 Jahre Potsdam“ 1992 (S. 192) und in der 2000 erschienenen neuesten Ausgabe des Begleitbandes zur Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes „Aufstand des Gewissens“ (S. 280).

Einen Schub erhielt die Glorifizierung des 20. Juli durch die Arbeiterunruhen vom Juni 1953 in der DDR. Es wurden eine innere Beziehung zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 17. Juni 1953 konstruiert und beide Ereignisse als Zeichen und Zeugen des Aufstandes gegen den „Totalitarismus“ gerühmt. Dies diente sowohl der Gleichsetzung von DDR und Nazideutschland als auch der Verdrängung der faschistischen Vergangenheit im Westen. Wer jetzt den 20. Juli 1944 und den 17. Juni 1953 als „antitotalitäre“ Aufstände laut genug pries, wurde nicht mehr nach seiner Haltung und Tätigkeit in den Jahren 1933 bis 1945 gefragt! So konnte sogar Naziblutrichter Hans Filbinger 1974 im Reichstagsgebäude in Berlin eine „Gedenkrede“ zum

20. Juli 1944 halten.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945“ am 19. Juli 1994 in Berlin erklärte der damalige CDU-Minister Volker Rühle: „Der 20. Juli 1944 war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Offiziere wagten den Aufstand des Gewissens und gaben dafür ihr Leben hin. Sie haben Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die die Naziverbrecher unserem Land geraubt hatten. Die mutige Tat des 20. Juli war wesentliche Voraussetzung für die Rückkehr des deutschen Volkes in die Gemeinschaft zivilisierter Nationen ... Der 20. Juli ist daher wesentlicher Bestandteil der Tradition der deutschen Streitkräfte.“²⁵⁾ Dieses Traditionsbild schließt die Antidemokraten ein, die es in nicht geringer Zahl gab, und schließt andererseits die Antifaschisten aus, die schon seit 1933 für „die Rückkehr des deutschen Volkes in die Gemeinschaft zivilisierter Nationen“ unter Einsatz ihres Lebens kämpften, als die aristokratischen „preußischen“ Offiziere und hohen Beamten noch Anhänger ihres „Führers“ waren. Realistisch dagegen äußerte sich Johannes Rau, damals SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: „Im Politischen standen Stauffenberg und die meisten seiner Freunde (mit Ausnahme der Sozialdemokraten des 20. Juli) der Potsdamer Garnisonkirche näher als der Frankfurter Paulskirche und den Idealen der Französischen Revolution. Bis zuletzt hielt sich in den Reihen der Verschwörer ein starkes Mißtrauen gegen die moderne Massendemokratie. Ihre Verfassungspläne und Neuordnungskonzepte waren alles andere als liberal.“²⁶⁾

Eine wesentliche Rolle spielte zugleich die Frage nach dem Verhalten der deutschen Soldaten und Offiziere, die in übergroßer Mehrheit bis zuletzt Teil des faschistischen Regimes waren, aber jetzt bei der Remilitarisierung gebraucht wurden. Die Methode zur Bewältigung dieses Problems ist bis heute die Formel von den zwei angeblich moralisch gleichwertigen Verhaltensweisen während des faschistischen Raubkrieges:

1. Würdigung der „Oppositionellen“, der „Widerständler“, die zwar ihren Eid brachen, aber in dem „verzeihlichen“ Bestreben, Deutschland durch den Sturz Hitlers retten zu wollen.

2. Höchste Ehre den Frontkämpfern, die eidgetreu ausharrten und das Reich durch Kampf bis zur letzten Patrone retten wollten! Beide Verhaltensweisen seien moralisch integer, jedoch: Die 2. Verhaltensweise, die „Eidtreue“, ist der „Normalfall“, der grundsätzlich für die deutschen Soldaten gilt. Die 1. Verhaltensweise dagegen, „Eidbruch“, Auflehnung gegen die eigene Führung, sei nur infolge der durch das Hitlerregime erzwungenen Ausnahmesituation zu erklären und zu *entschuldigen*! Eine solche Ausnahmesituation könne sich nicht wiederholen, da die Bundeswehr auf verfassungsmäßig demokratischer Grundlage beruhe!

2. Das Attentat

Potsdam und die Provinz Brandenburg und der 20. Juli 1944

Das Attentat am 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ bei Rastenburg (Ketrzyn) in Ostpreußen sollte Signal und Auftakt für den Umsturz in Deutschland bilden. Während die Attentäter, Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, ein Urenkel des preußischen Heeresreformers Neidhart von Gneisenau, und sein Ordonnanzoffizier Oberleutnant d. R. Werner von Haefen, im Zivilberuf Syndikus, Sohn des ehemaligen Präsidenten des Reichsarchivs Generalmajor Hans von Haefen in Potsdam, zum Flugplatz Rangsdorf, südlich von Berlin, und von da zum Oberkommando des Heeres in die Bendlerstraße (heute Stauffenbergstraße) zurückkehrten, hatten dort unter dem Stichwort „Walküre“ – zögernd zwar – Vorbereitungen für die Übernahme der Macht durch Wehrmachtseinheiten unter Führung von General Friedrich Olbricht, Generaloberst Ludwig Beck, Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, Generaloberst Erich Hoepner, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim – Schwager des Generals Dr. Otto Korfes, der seit 1919 in Potsdam lebte, Hauptmann a. D. und Archivwissenschaftler; 1935 zum Major d. R. befördert, später Oberregierungsrat, 1943 in der Sowjetunion Mitbegründer des Bundes Deutscher Offiziere –, u.a. begonnen. Als in der Reit- und Fahrschule Krampnitz I der angebliche Tod Hitlers gemeldet wurde, verkündete der Standortälteste Oberst Harald Momm: „Ordonnanz, ein Flasche Schampus, das Schwein ist tot.“²⁷ Doch leider blieb es vielfach bei „Sympathiebezeugungen“ dieser oder ähnlicher Art. Panzer und motorisierte Infanterie aus Krampnitz, Potsdam-Nedlitz und Döberitz rückten zwar in die Innenstadt ein, Berliner Einheiten sicherten die Gebäude des Oberkommandos des Heeres. Doch alles geschah mit großer Verzögerung, die Panzer erreichten erst gegen 19.30 Uhr das Brandenburger Tor, ohne Weisungen für weiteres Handeln. Es ergingen – ebenfalls mit großer Zeitverzögerung – vorbereitete Befehle, mit der vorher eingeholten Unterschrift Witzlebens, an die Befehlshaber der Wehrkreise: Übernahme der vollziehenden Gewalt, Ausschaltung der SS-Einheiten, auch unter Anwendung von Waffengewalt, Verhaftung aller führenden Personen der NSDAP, der SS, der Gestapo, des Sicherheitsdienstes (SD) usw., Unterbindung aller politischen Aktivitäten. Gegner der Aktion in Berlin, wie u. a. der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Fritz Fromm, wurden festgesetzt. In Paris gelang es, unter dem Befehl des Militärbefehlshabers in Frankreich General Carl-Heinrich von Stülpnagel – der in den 30er und 40er Jahren aus dienstlichen Gründen auch in Neuruppin und Potsdam (Kaiser-Wilhelm-Straße, heute Hegelallee) gewohnt hatte²⁸) - und seines mitverschworenen Adjutanten Oberstleutnant d. R. Cäsar von Hofacker, ein Vetter Stauffenbergs, über 1 000 Angehörige des SD und der Gestapo zu inhaftieren. Auch in Wien kamen die

obersten Naziführer in Arrest. In den meisten Wehrkreisen jedoch wurden die Befehle nicht durchgeführt: weil die Kommandierenden Generäle am späten Nachmittag nicht mehr anwesend waren, weil ihre Vertreter sich irritiert und „unzuständig“ zeigten, weil manche der Generäle bzw. deren Vertreter die Befehle für absurd hielten und sich erst telefonisch bei der zuständigen Gauleitung der NSDAP zu informieren suchten! Auch in Berlin blieben die Maßnahmen letztlich verhängnisvoll.: Der Befehl, den anwesenden Minister, Gauleiter und „Reichsverteidigungskommissar“ Dr. Joseph Goebbels zu verhaften, wurde vom Kommandeur des Wachregiments Major Otto Ernst Remer nicht ausgeführt, im Gegenteil, Goebbels „empfing“ ihn und gewährte ihm ein persönliches Telefongespräch mit Hitler. Remer ließ sich „umdrehen“ und ging *gegen* die Aufständischen vor. Die Rundfunkanlagen in Königswusterhausen wurden zwar von Wehrmachtseinheiten besetzt, die SS-Wachen entwaffnet, aber die Sendeanlagen nicht in den Dienst des Aufstandes gestellt, obwohl Rundfunkaufrufe an Volk und Wehrmacht vorbereitet waren. Den Ablauf dieser Vorgänge schilderte recht anschaulich der damalige Unteroffizier Fritz Ludwig von der Panzer-Aufklärungskompanie Potsdam-Nedlitz, der am 20. Juli 1944 in seiner Kaserne Wachhabender war: „Es mag zwischen 18.15 Uhr und 18.30 Uhr gewesen sein, als ein Anruf mit dem Stichwort ‚Walküre‘ kam. Ich war darüber etwas erschrocken, denn ich wußte, was dieser Anruf auslöst. Das Wachpersonal meinte, dass bestimmt im Reichsgebiet irgendwo Fallschirmjäger gelandet seien und bekämpft werden müßten, denn bei Kompanie-Belehrungen wurde immer gesagt, ‚Walküre‘ bedeutet Fronteinsatz. Ich erbrach den auf der Wache liegenden Brief, schloss das Kasernentor und alarmierte die Kompanie und den Kompanieführer ... Anschließend ging alles sehr und schnell und reibungslos vonstatten. Munitionsempfang – Anzug feldmarschmäßig – Fahrzeuge waren bereits aufgetankt, und ich glaube, gegen 19 Uhr rollten wir bereits in Richtung Potsdam. Vorher fand noch eine Befehlsausgabe statt, wo der Panzer-Aufklärungskompanie die Aufgabe zufiel, die Sendeanlagen von Königswusterhausen zu besetzen und das SS-Personal, wenn nötig, mit Gewalt zu beseitigen. Das war natürlich eine eigentümliche Situation, und wir fragten uns, was los sei und was das alles zu bedeuten habe ...

In Königswusterhausen angekommen, vollzog sich alles sehr schnell und reibungslos. Ein Zug besetzte die Sendetürme, und mehrere Fahrzeuge richteten ihre 2-cm-Kampfwagenkanonen und MG auf die Sendebauwerke. Ich schulterte die MP und begab mich mit mehreren Panzerführern und Funkern in die Anlagen. Die SS-Bewachungsmannschaft entwaffneten wir und sperrten sie in einen Raum. Betonen möchte ich, dass das alles ohne Widerstand und Blutvergießen geschah. Was wollte auch das SS-Personal gegen so eine Übermacht unternehmen, noch dazu, wo es nur mit Pistolen ausgerüstet war.

Der Sendebetrieb lief weiter. Wir sahen allerdings nicht ganz klar, was das alles zu bedeuten hatte, hörten aber von Einwohnern, dass es in Berlin ebenfalls zu Unruhen gekommen sei. Der Sender war fest in unserer Hand, und die Meinung von uns Soldaten war, dass es kein Problem gewesen wäre, wenn einer von den Widerstandskämpfern in das Mikrofon gesprochen hätte. Die Anlagen von Königswusterhausen wurden bis zum Morgen des 21. Juli von uns besetzt gehalten.

Nachts hatten wir es uns in den Klubsesseln bequem gemacht, hörten uns die Reden von Hitler, Göring und noch jemandem an und rückten wieder ab in Richtung Potsdam-Nedlitz.^{“29)}

Am Abend des 20. Juli konnten sich hitlertreue Offiziere im Bendlerblock zum Gegenstoß sammeln und die Verschwörer gefangen nehmen. Stauffenberg, Olbricht, Beck, Haeften und Mertz von Quirnheim wurden noch in der Nacht zum 21. Juli erschossen. Es begann eine Terrorwelle, die Reichsführer SS Heinrich Himmler im Auftrag Hitlers persönlich leitete.

Auch unter den Eingeweihten in Potsdam, zu denen Regierungspräsident Gottfried von Bismarck-Schönhausen gehörte, ein Urenkel des Reichskanzlers Bismarck, der die Dienstwohnung im Regierungsgebäude innehatte (Spandauer Straße, heute Rathaus, Friedrich-Ebert-Straße), herrschte fieberhafte Spannung. Gerüchte über Gelingen und Scheiterns des Unternehmens liefen um. „Die Offiziersschulen in den Außenbezirken von Berlin hätten jedoch zu den Waffen gegriffen“, schrieb Marie Wassiltschikoff, nach der russischen Oktoberrevolution Emigrantin in Deutschland, Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt und Freundin der Familie von Bismarck, in ihr Tagebuch, „und befänden sich nun im Anmarsch auf Berlin. In der Tat hörten wir eine Stunde später die Panzer der Truppschule Krampnitz auf ihrem Wege in die Hauptstadt durch Potsdam rollen. Wir lehnten uns aus den Fenstern, sahen ihnen nach und beteten. Auf den Straßen, die praktisch ausgestorben waren, schien niemand zu wissen, was vor sich ging. Gottfried [von Bismarck] erklärte immer wieder, er könne nicht glauben, dass Hitler unverletzt sei, sicherlich verberge man irgend etwas ... Bald darauf meldete der Rundfunk, dass der Führer um Mitternacht zum deutschen Volke sprechen werde. Es wurde uns klar, dass wir erst dann Sicherheit hätten, ob dies alles ein Schwindel war oder nicht. Gottfried weigerte sich, alle Hoffnung aufzugeben ... Um zwei Uhr früh steckte Gottfried den Kopf durch die Tür und sagte mit tonloser Stimme. ‚Kein Zweifel, er war es!‘ Bei Morgengrauen hörten wir abermals die Panzer aus Krampnitz vorbeifahren; sie kehrten in ihre Kasernen zurück, ohne etwas ausgerichtet zu haben.“³⁰⁾

Es handelte sich zunächst um eine militärische Aktion, doch stand dahinter auch der Aufstandsversuch einer relativ breiten Gruppierung unterschied-

licher politischer Kräfte, die über die militärischen Kreise hinausreichte und in Teilen der bürgerlich-demokratischen Opposition sowie der Arbeiterbewegung Rückhalt hatte. Doch die Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung und aus bürgerlichen Gruppen, soweit sie von den Umsturzvorbereitungen wussten und auf das Signal zum Handeln warteten, erfuhren von der Aktion erst, als sie schon niedergeschlagen war.

Ursachen und Hintergründe

**Vorgeschichte =
Entstehen einer
Opposition**

Der 20. Juli 1944 war kein spontanes Ereignis, er hatte eine Vorgeschichte. Wie war es zu diesen Vorgängen gekommen?

Die Errichtung der Nazidiktatur 1933, die beginnende Aufrüstung mit rapider Vergrößerung der Wehrmacht, die internationale Hofierung des deutschen faschistischen Regimes, vor allem durch Italien, Frankreich, Großbritannien, Polen, die mit Zustimmung Frankreichs und Großbritanniens erfolgte schrittweise Beseitigung der militärischen und politischen Beschränkungen des Versailler Vertrages, der aggressive Anspruch auf Wiedererringung einer deutschen Weltmachtstellung, d. h. einer imperialistische Neuaufteilung der Welt, fanden die ungeteilte Zustimmung der militärischen und politischen Führer, einschließlich jener, die sich später in Oppositionshaltung begaben. Der „Tag von Potsdam“, die offizielle Eröffnung des neugewählten Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933 verkündete lauthals die Gemeinschaft des NS-Regimes mit der preußischen Tradition, was vom Offizierskorps, der hohen Beamenschaft, den führenden Konzernherren – und auch, das muss gesagt werden, der Mehrheit der Potsdamer Bevölkerung – mit großer Zustimmung begrüßt wurde.

Im Gegensatz dazu, wie schon ausführlich dargelegt, führten Zehntausende von Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang einen grundsätzlichen und darum auch verlustreichen Kampf gegen den faschistischen Terror und gegen die sich stabilisierende Nazidiktatur. Auch christliche und liberale Demokraten schlossen sich im Laufe der Zeit diesem Kampf an. Der antifaschistische Widerstandskampf und seine blutige Unterdrückung wurden von der Großbourgeoisie, den Aristokraten, Offizieren und Beamten sowie der Mehrzahl der Intellektuellen und Kleinbürger – wenn überhaupt – lediglich marginal zur Kenntnis genommen. Die blutige Kommunistenjagd fand in diesen Kreisen allgemeine Zustimmung. „Äußerlich ging das Leben in Berlin zunächst seinen gewohnten Gang“, schrieb der später als „Widerständler“ gepriesene Nazi-, Bundeswehr- und NATO-General Dr. Hans Speidel in seinen Erinnerungen an das Jahr 1933, „von einem polizeilichen Druck war wenig zu spüren, das Rowdytum der SA war nur sporadisch.“³¹⁾ Die Generalität billigte, was General Walter von Reichenau bei der Übernahme des Ministeramtes im Reichswehrministerium im Februar 1933 erklärte; „Niemals war die Wehrmacht identischer mit dem Staat als heute.“³²⁾

Doch sowohl die terroristisch-demagogische als auch die auf einen Aggressionskrieg zur Unterwerfung und Beherrschung Europas zielende Politik, getarnt als Bemühen um die Revision von Versailles und Wiederherstellung der „Gleichberechtigung“ Deutschlands, riefen allmählich auch bei einigen militärischen Führern und bürgerlich-konservativen Politikern wachsende Besorgnis hervor. Generaloberst Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord trat am 1. Februar 1934 von seinem Posten als Chef der Heeresleitung zurück und blieb bis zu seinem Tode 1943 ein Gegner des Naziregimes. Der Chef des Heeresgeneralstabes Generaloberst Ludwig Beck trat 1938 zurück, weil er angesichts des von der Hitler-Clique geplanten Krieges gegen die Tschechoslowakei das Eingreifen Englands und Frankreichs fürchtete, was für Deutschland zur Niederlage führen müsste, worauf er in Erklärungen und Denkschriften hingewiesen hatte. Um Beck sammelte sich eine kleine Gruppe von höheren Offizieren und Beamten, zu der auch der Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin-Brandenburg), der spätere Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben gehörte, die der Politik der Hitler-Göring-Himmler-Führung ablehnend gegenüberstanden.

Zunehmend kritische Haltung nahm auch eine kleine Gruppe von Mitarbeitern im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht, des militärischen Nachrichtendienstes, ein (Tirpitzufer in Berlin, heute Reichpietschufer), das seit 1935 unter der Leitung des Admirals Wilhelm Canaris stand. Zu diesen Nazigegnern gehörten der General Hans Oster, der Jurist Hans von Dohnanyi, der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der Diplomat Dr. Hans Bernd Gisevius, der bayerische Jurist Dr. Josef Müller u. a.

Der konservative Politiker Dr. Carl Goerdeler, ehemals Deutschnationale Volkspartei, seit 1930 Oberbürgermeister von Leipzig, 1934/35 Reichskommissar für Preisüberwachung, gab 1937 sein Amt als Oberbürgermeister auf. Er knüpfte Verbindung zu Beck und Hammerstein, hatte auch enge Beziehungen zum Elektro-Konzern Bosch-AG in Stuttgart, zu Paul Reusch, dem Leiter der Gutehoffnungshütte, und unternahm, finanziert vom Krupp-Konzern, umfangreiche Auslandsreisen, um Stimmungen, Absichten im Ausland und daraus sich ergebende Möglichkeiten für die deutsche Außenpolitik zu eruieren. Gleichzeitig gruppierten sich um ihn in der Folgezeit Oppositionelle vor allem konservativer Provenienz: Prof. Dr. Johannes Popitz, 1933 von der NS-Führung eingesetzter preußischer Finanzminister; Staatssekretär a. D. Erwin Planck, Sohn des Physikers und Nobelpreisträgers Max Planck; Ulrich von Hassell, 1932 bis 1938 deutscher Botschafter in Rom, 1938 von Ribbentrop abberufen, 1943/44 wohnhaft in Potsdam, Seestraße 35 (bei Karl Otto von Kameke, Senatspräsident am preußischen Oberverwaltungsgericht, während des Krieges stellvertr. Chef der Militärverwaltung beim Befehlshaber in Belgien und Nordfrankreich), – aber auch führende Sozialdemokraten: Wilhelm Leuschner, 1929 bis 1933 SPD-Innenminister in Hessen, 1932

stellvertretender Vorsitzender des ADGB, der in enger Verbindung mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Jugendpolitiker Hermann Maaß stand, der seit 1928 in Nowawes (Potsdam-Babelsberg; Heimdahlstraße 37, heute Hermann-Maaß-Straße),³³⁾ wohnte; Dr. Julius Leber, Publizist und ehemaliger SPD-Reichstagsabgeordneter³⁴⁾; Jakob Kaiser, einer der Führer der ehemaligen christlichen Gewerkschaften; Max Habermann, Sekretär des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der sich von dem profaschistischen Kurs seiner Verbandsführung 1933 getrennt hatte, u. a..

Seit 1940 sammelte sich um den schlesischen Gutsbesitzer und Juristen Helmuth James Graf von Moltke – ein Urgroßneffe des preußischen Feldmarschalls und Generalstabschefs Graf Helmuth Carl Bernhard von Moltke –, sowie den schlesischen Gutsbesitzer und Oberregierungsrat Dr. Peter Graf Yorck von Wartenburg – ein Vetter Stauffenbergs und Ururenkel des Generals Graf Hans David Ludwig von Wartenburg, der 1812/13 die Konvention von Taugoggen abgeschlossen hatte – eine Gruppe von oppositionellen Beamten, Offizieren, katholischen und evangelischen Geistlichen sowie sozialdemokratischen Politikern, die 1944 von der Gestapo die Bezeichnung „Kreisauer Kreis“ erhielt (nach dem Gut der Moltkes Kreisau in Niederschlesien). James von Moltke war in Kreisau aufgewachsen und hatte in der Kreisstadt Schweidnitz die Schule besucht, aber auf Wunsch seines Vaters 1925 sein Abitur am Realgymnasium in Potsdam (Kaiser-Wilhelm-Straße/Ecke Hohenzollernstraße, heute Hegelallee/Ecke Schopenhauerstraße) abgelegt. Er wohnte bei seinen Verwandten Julima und Max von Mirbach (Große Weinmeisterstraße). Zu seinen Schulfreunden gehörte auch Louis Ferdinand Prinz von Preußen, ein Enkel des letzten deutschen Kaisers, der Moltkes Auftreten in der Schule wie folgt beschrieb: „Wenn man sich für alle Schulstunden richtig vorbereiten wollte, hatte man nachmittags drei bis vier Stunden zu tun. Die meisten verließen sich allerdings darauf, dass sie morgens vor dem Unterricht rasch abschreiben oder sich während des Unterrichts vorsagen lassen konnten. Geradezu genial war darin mein Mitschüler Graf Helmuth von Moltke. Er sprach jedoch sehr gewandt und spickte seine Antworten mit witzigen Bemerkungen, die sogar die Lehrer belustigten ... Obwohl die Lehrer gemerkt haben mußten, dass er nichts auf sie gab, ja andeutete, dass er mehr wisse als sie, schätzten sie doch seine Klugheit, so dass er auf seine Weise durchkam, auch im Abitur. Der sozialistische Schulrat Hardtke³⁵⁾, der alle Adelsprädikate haßte, konnte sich gleichwohl der Aufgeschlossenheit Helmuth von Moltkes nicht entziehen – er riet ihm, Historiker zu werden. Mit ihm, den einzigen, den ich nicht mit dem vertraulichen Du, sondern mit Sie anredete, pflegte ich nach der Schule heimzuradeln. Ich hatte ihn gern wegen seiner geistreichen und etwas zynischen Art, die ihn zuweilen beinahe hochmütig erscheinen ließ“.³⁶⁾ Zu den Angehörigen des Kreisauer Kreise gehörte auch der Sozialdemo-

krat Prof. Dr. Adolf Reichwein, der 1933 aus seiner Stellung als Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie Halle entfernt worden war, von 1933 bis 1939 als Lehrer an der einklassigen Dorfschule in Tiefensee (Kreis Oberbarnim) gearbeitet hatte und seit 1939 Leiter der Abteilung „Schule und Museum“ am Staatlichen Museum für deutsche Volkskunde (im Prinzessinnen-Palais Unter den Linden) in Berlin war. Ferner zählte zum Kreis der 1903 als Sohn eines Potsdamer Pfarrers geborene, in Schlesien aufgewachsene und dann in Berlin als Gefängnispfarrer tätige Dr. Harald Poelchau.

Inzwischen hatte sich aus dem Potsdamer Gymnasiasten Moltke ein in Deutschland und auch in Großbritannien zugelassener anerkannter Rechtsanwalt entwickelt, der sowohl verfolgte Juden vor Gericht vertrat als auch seit Kriegsbeginn als Kriegsverwaltungsrat in die Abteilung „Ausland“ der Abwehr, also des militärischen Geheimdienstes, dienstverpflichtet wurde, aber in seinem „zweiten Leben“ aktiv am Widerstand beteiligt war. In diesen Gruppen setzte sich die Auffassung durch, dass das Hitlerregime gestürzt und der abenteuerliche Kriegskurs beendet werden müsse. Über die Wege zu diesem Ziel und vor allem über die Frage, was an die Stelle des Naziregimes treten sollte, gab es bis zum Ende allerdings grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten.

**Einfluss der
militärischen
Niederlagen auf
die Oppositions-
bewegung**

Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der bürgerlich-militärischen Opposition gewannen die militärischen Ereignisse 1942 – 1944. Die Rote Armee hatte vor Moskau im Winter 1941/42 den faschistischen „Blitzkrieg“ beendet, in der Schlacht um Stalingrad im Winter 1942/43 die Wende des Krieges erzwungen und in der Schlacht bei Kursk im Sommer 1943 vervollständigt. Zugleich durchbrachen britische Streitkräfte im Herbst 1942 die deutsch-italienischen Stellungen bei El Alamein (Ägypten) und drangen nach Libyen vor. Die erfolgreiche Landung britischer und nordamerikanischer Truppen in Nordafrika führte bis November 1942 zur Besetzung Marokkos und Algeriens und bis Mai 1943 zur Kapitulation der deutschen „Heeresgruppe Afrika“ in Tunesien. In großangelegten Offensivoperationen 1943/44 zerschlug die Rote Armee über 170 feindliche Divisionen bei Leningrad, Nowgorod, in der Ukraine und auf der Krim. Nachdem auf diese Weise die Entscheidung im Krieg endgültig gesichert war, landeten am 6. Juni 1944 die Westalliierten in der Normandie und erkämpften bis Ende Juni einen Brückenkopf von 100 km Länge und 20 bis 40 km Tiefe. Am 23. Juni begann die Bjelorussische Operation, in deren Verlauf die deutsche Heeresgruppe Mitte nahezu völlig zerschlagen wurde. Diese Ereignisse förderten die Formierung der Opposition.

Von wesentlicher Bedeutung dabei war, dass sich 1942/43 eine Gruppe jüngerer Offiziere – 1933 noch Anhänger der „nationalsozialistischen Revolution“ – angesichts der katastrophalen militärischen Entwicklung

und inzwischen auch in erschütternder Erkenntnis der faschistischen Verbrechen in Deutschland und im besetzten Ausland – zu einem konsequenten Handeln entschloss; im Gegensatz zur großen Mehrheit der Generalität, die „führertreu“ blieb.

Im Stab der Heeresgruppe Mitte an der sowjetisch-deutschen Front formierte sich eine aktive Gruppe, deren führender Kopf der Generalmajor Henning von Tresckow war.³⁷⁾ Tresckow hatte von 1926 bis 1934 im Infanterieregiment 9 in Potsdam gedient und war auch längere Zeit dort wohnhaft (u. a. Am Kanal 7 und in der Burggrafenstraße, heute Gutenbergstraße 65), während die Familie auf dem elterlichen Gut Wartenberg in der Neumark (östlich der Oder) lebte. Diese Gruppe unternahm im März 1943 einen Attentatsversuch auf Hitler, der jedoch misslang. Zu seinen Mitkämpfern gehörte u. a. auch der Major d. R. Carl-Hans Graf von Hardenberg auf Neuardenberg (früher Marxwalde, zwischen Seelow und Wriezen gelegen). Da es sich im März gezeigt hatte, dass die Planungen für den Umsturz unzureichend waren, beantragte Tresckow einen Erholungsurlaub, der ihm für Juli/August 1943 auch gewährt wurde. Statt in einem Kurort wohnte er mehrere Wochen bei seiner Schwester im Arnimschen Haus in Potsdam-Babelsberg, am Ufer des Griebnitzsees (damals Straße der SA 25, heute Karl-Marx-Straße), und arbeitete in Kontakt mit General Olbricht an der Präzisierung der Umsturzpläne.

Ein zweite Gruppe bestand im Oberkommando des Heeres in der Berliner Bendlerstraße und im Heeresgeneralstab in Zossen/Wünsdorf unter Leitung der Generäle Friedrich Olbricht, Fritz Lindemann, Helmuth Stieff und des Obersten Mertz von Quirnheim. Diese Gruppe gewann an Einfluss und Aktivität durch den Obersten Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der, im April 1943 in Afrika schwer verwundet, im Juni 1944 als Stabschef des Generalobersten Fromm eingesetzt wurde.³⁸⁾ Stauffenberg traf sich auch mit bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Politikern und erörterte mit ihnen Grundsätze für die Gestaltung Deutschlands nach dem Sturz des Hitler-Regimes, so insbesondere mit Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Hermann Maaß.

Eine bedeutende Rolle bei der Formierung dieser militärischen Widerstandsgruppe spielte der Oberleutnant d. R. und ehemalige Vizepräsident im Oberpräsidium Breslau Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg – vorher in Kyritz, Potsdam und anderen Orten als Beamter tätig sowie Teilnehmer eines Reserveoffizierslehrgangs im Infanterieregiment 9 in Potsdam – , seit 1932 Mitglied der NSDAP, aber inzwischen grundsätzlich vom „Nationalsozialismus“ geheilt.³⁹⁾ Er war ein Neffe des Diplomaten Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, von 1934 bis 1941 deutscher Botschafter in Moskau, der sich für gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingesetzt und sich – wissend um die

Oppositionsgruppen in Potsdam

Umsturzvorbereitungen – als Vermittler zur Sowjetregierung zur Verfügung gestellt hatte. Fritz Dietlof von der Schulenburg – teils als Offizier des I. R. 9 im Fronteinsatz, teil als höherer Beamter im Hinterland tätig, mit vielen persönlichen Verbindungen – vermittelte Kontakte und aktivierte die Oppositionsbewegung unter Offizieren und Beamten in Berlin und Potsdam.

Einige Nazigegner gab es auch unter den Offizieren des Potsdamer Infanterieregiments 9, dessen Stab sich damals in der Priesterstraße (heute Henning-von-Tresckow-Straße) befand und das sich als Traditionseinheit des kaiserlichen Ersten Garde-Regiments zu Fuß verstand⁴⁰⁾. Auch dieses Regiment bildete keine Ausnahme, was seinen Anteil an der Stabilisierung der faschistischen Diktatur betraf, stellte es doch im Sommer 1933 das Personal für eine dreimonatige militärische Ausbildung von 1 200 SA- und Stahlhelmleuten auf dem Truppenübungsplatz Döberitz. Von den 29 Stabsoffizieren und Hauptleuten, die es Anfang 1933 im Regiment gab, brachten es 27 während der Nazizeit zum General, darunter die Generalfeldmarschälle Ewald von Kleist und Ernst Busch, sowie Generaloberst Kurt Zeitzler, 1942 – 1944 Chef des Heeresgeneralstabes. Von den Offizieren und Soldaten, die 1935 dem Regiment angehörten, erhielten während des Krieges über 60 das Ritterkreuz, zum Teil noch höhere Auszeichnungen. Die Masse der Offiziere und Soldaten hat also den Faschismus nicht nur angenommen, sondern hat ihn tatkräftig gestützt und den Versuch seiner Ausbreitung über Europa mit großer Energie befördert. Das Regiment musste ab 1934 ständig Offiziere für den Aufbau neuer Einheiten abgeben. Aus dem Regiment gingen 1939 das Infanterie- (bzw. Grenadier-) Regiment 178, 1942 das Grenadier-Regiment 9 und das Panzer-Grenadier-Regiment 9 hervor. In Potsdam verblieben während des Krieges die Ersatzbataillone 9 und 178, die im Frühjahr 1943 zum Ersatzbataillon 9 zusammengelegt wurden, in der sich vor allem die „Oppositionellen“ zusammenfanden. Hier trafen sich Offiziere und Soldaten nach Verwundung, Krankheit oder während des Urlaubs, bevor sie wieder an die Front mußten. Wir wissen von 21 Regimentsangehörigen (aktive und ehemalige), die sich gegen die Nazierrschaft stellten, von denen etwa die Hälfte dabei das Leben verlor.⁴¹⁾ Diese 21 bildeten zwar nur 2 Prozent der etwa 1000 Offiziere, die das Regiment durchlaufen hatten, jedoch gab es keine andere Wehrmachtseinheit mit so vielen Hitlergegnern und Verfolgten, zumal der Anteil der Widerstandskämpfer unter den Offizieren insgesamt nur mit etwa 0,05 Prozent anzusetzen ist.⁴²⁾ Dieser Tatbestand macht aus dem I. R. 9 also keine „antifaschistische“ Einheit, veranlasst aber doch zum Nachdenken darüber, warum es gerade hier so war. Sicherlich spielten die bürgerlich-humanistische Bildung vieler Offiziere, die konservativ-„deutsch-nationale“ Herkunft, die kulturelle Nähe zu Berlin, die persönlichen Beziehungen zu profilierten Persönlichkeiten, wie zu Beck, Fritsch und Hammerstein, dabei eine wesentliche Rolle. Nach Gesprächen mit Schulenburg und Stauffenberg in Berlin und Potsdam

erklärte sich der Hauptmann Axel Freiherr von dem Bussche-Streithorst bereit, sich bei einer geplanten Vorführung neuer Uniformen zusammen mit Hitler in die Luft zu sprengen. Bussche, ein hochdekorierter Wehrmachtsoffizier, war zutiefst erschüttert, so sein Selbstzeugnis, als er an der Ostfront den Massenmord an Juden und andere Nazi-Verbrechen hatte ansehen müssen. Im Oberkommando des Heeres in Ostpreußen erhielt er Sprengstoff, Bataillonsadjutant Oberleutnant d. R. Helmut von Gottberg verschaffte ihm in Potsdam zwei Stielhandgranaten aus den Beständen des Ersatzbataillons. In der Wohnung Gottbergs, Mangerstraße 26, bastelten sie einen Zündmechanismus, die restlichen Teile der Handgranaten wurden von der Glienicker Brücke in die Havel geworfen. Doch zur Uniformvorführung kam es nicht, da ein Luftangriff den Eisenbahnwagen mit den Uniformen vernichtete. Bussche musste an die Ostfront zurück und wurde kurz darauf schwer verwundet. Ein weiteres Ersuchen Stauffenbergs beantwortete der Divisionskommandeur mit der Bemerkung, dass seine Bataillonskommandeure nicht dazu da seien, in Ostpreußen als Mannequins zu dienen.

Zu den Oppositionellen im I. R. 9 gehörte auch Hans Fritzsche, der nach Universitätsstudium und Promotion zum Dr. phil. 1936 als Berufssoldat in das Regiment eintrat und es bis 1944 zum Hauptmann brachte. Was sich für ihn als jungen Akademiker zunächst auf den Kasernenhöfen und auf dem Bornstedter Feld zutrug, schilderte er so: „Ich erlebte zunächst nicht preußische Romantik, sondern Kommissrealität. Was man auch tat: vom brutalen Wecken bis zur Stuben- und Spindkontrolle am Abend – man wurde nur angebrüllt. Kaum war der Drillichanzug schneeweiß geschrubbt, lag man schon damit auf das Kommando ‚Hinlegen‘ in einer schlammigen Pfütze.“⁴³⁾ Von wesentlicher Bedeutung für Fritzsches Wende waren seine Begegnungen mit Schulenburg. Nach mehrfacher Verwundung stellvertretender Kommandeur des Ersatzbataillons 9 in Potsdam traf er 1943 Schulenburg wieder: „Als ich Fritz wiedergetroffen hatte, musste ausgesprochen werden, was er mir schon bei kürzeren Begegnungen 1940 und 41 angedeutet hatte: Die Verbrechen waren keine gelegentlichen Ausschreitungen, sie waren System, und dieser angemaßte Führer mitsamt seinen Leuten waren Verbrecher. Ihr Anspruch auf Führung des Reiches war illegal und illegitim. Wenn sie nicht zum Verschwinden gebracht würden, dann finis Germaniae! Und die Generalität widersetzte sich nicht oder gelegentlich zu schlapp ... Fritz kam es längst nicht mehr nur auf nächtliches Rasonieren an, wie in Potsdam und Dahlem üblich, sondern auf die Aktion. Ich gab ihm mein Versprechen zum Mitwirken in die Hand.

Ich sollte zunächst meinen Einfluß auf die Soldaten des Bataillons pflegen und erhalten, damit am Tage X eine Truppe zur Verfügung stünde. Als erstes habe zu gelten: Seid klug wie die Schlangen! Niemandem zu

trauen, jeder könnte ein Spitzel sein! Nötigenfalls den gläubigen Nationalsozialisten mimen.“⁴⁴⁾

Weitere Begegnungspunkte in Potsdam

Im Reichsarchiv in der ehemaligen Kriegsschule auf dem Brauhausberg existierte eine oppositionelle Gruppe, ohne dass man jedoch von einer Organisation sprechen kann. Erster Präsident des 1919 eingerichteten Reichsarchivs war der bayerische Oberst Hermann Ritter Mertz von Quirnheim, der mit seiner Familie in der Augustastraße 18 (heute Persiusstraße 12) wohnte. Sein Sohn Albrecht bestand 1920 sein Abitur im Potsdamer Victoria-Gymnasium (Kurfürstenstraße), wurde Berufssoldat, hielt sich oft in Potsdam auf, war seit den 30er Jahren (durch gemeinsamen Besuch der Kriegsakademie 1936/37 in Berlin) enger Freund Stauffenbergs und stand, wie schon dargestellt, am 20. Juli 1944 an dessen Seite. Im Archiv arbeiteten die Archivräte und Reserveoffiziere Dr. Otto Korfes und Dr. Wilhelm Dieckmann. Der ehemalige Stahlhelm-Führer im Regierungsbezirk Potsdam Otto Korfes, der mit Gudrun Mertz von Quirnheim, verheiratet war und mit ihr fünf Töchter hatte, wurde 1937 reaktiviert und geriet als General und Divisionskommandeur in Stalingrad in Gefangenschaft. Er gehörte 1943 zu den Gründern des Bundes Deutscher Offiziere in der Sowjetunion und nahm aktiv am Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ teil. Nach dem Kriege übte Korfes leitende Tätigkeit beim Aufbau der bewaffneten Kräfte sowie später bei der Entwicklung des Archivwesens in der DDR aus (längere Zeit wohnhaft in Potsdam, am Brauhausberg; Am Brunnen 6; Persiusstraße 13). Sein Schwager Wilhelm Dieckmann, der mit Erika Mertz von Quirnheim verheiratet war, betätigte sich in der Bekennenden Kirche und war ein entschiedener Gegner des NS-Regimes. Sein Schwager Albrecht Mertz weihte ihn im Sommer 1944 in die Umsturzpläne ein. Nach dem Scheitern des Unternehmens wurde Dieckmann am 25. Juli 1944 verhaftet; er kam am 13. September 1944 im Untersuchungsgefängnis Lehrter Straße in Berlin unter „ungeklärten“ Umständen ums Leben! Sein Bruder Johannes (1893-1969) kannte die Umsturzpläne nicht. Er war 1918 Vorsitzender eines Soldatenrats, schloss sich dann der großbürgerlichen Deutschen Volkspartei an, gehörte nach der Befreiung 1945 zu den Gründern der Liberaldemokratischen Partei in der SBZ, war nach Entstehung der DDR als Volkskammerpräsident und einer der Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates der DDR tätig. Es gab in Potsdam noch mehrere Orte, an denen sich bürgerlich-konservative Oppositionelle trafen, um Lage und Perspektiven zu erörtern, oft allerdings recht unverbindlich. So war ein „gastliches“ Haus nach wie vor die Dienstwohnung des Regierungspräsidenten Gottfried von Bismarck in der Spandauer Straße, in der sich Hassell, Kurt Freiherr von Plettenberg (Generalbevollmächtigter des Preußischen Königshauses, der sich am 10. März 1945 im Gestapogefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße

das Leben nahm, um nicht durch weitere Folter zum Verrat gebracht zu werden), der schwedische Geschäftsmann Jakob Wallenberg, Adam von Trott zu Solz, Reichswirtschaftsminister a. d. Hjalmar Schacht u. a. zusammenfanden.

Ein weiterer Ort der Begegnung war die Familie des Wilhelm Freiherr von Schilling, die in der Großen Weinmeisterstraße 53 wohnte, dessen Tochter Mechthild (Mady) Freifrau von Schilling als Sekretärin im Stab des Ersatzbataillons 9 arbeitete. Hier trafen sich u. a. Schulenburg, Oberleutnant Ludwig von Hammerstein, Hauptmann Dr. Hans Fritzsche, Leutnant Ewald-Heinrich von Kleist, Leutnant Georg-Sigismund von Oppen, Oberleutnant Werner von Haeften, der Schriftsteller Friedrich Hielscher u. a.

Ein weiterer Treffpunkt war die Wohnung des Legationsrates a. D. Dr. Eduard Brücklmeier, der wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus dem Auswärtigen Amt und später auch aus dem Oberkommando des Heeres entlassen worden war, jetzt bei der „Nordsee GmbH“ in Berlin arbeitete und seit Sommer 1943 zusammen mit seinem Bruder, dem Theaterregisseur Erich-Fritz Brücklmeier, in Potsdam, Markgrafenstraße 5 (heute Leiblstraße 5) wohnte. Im November 1943 zog auch der in Berlin ausgebombte Hauptmann d. R. Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld, der bei dem zur Opposition gehörenden Generalquartiermeister General Eduard Wagner tätig war, zu ihm in das Haus. Hier trafen sich u. a. Goerdeler, Werner Graf von der Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Yorck, Berthold Graf von Stauffenberg (Bruder des Claus Graf Stauffenberg), Werner von Haeften, Adam von Trott zu Solz.

Ein weiterer Treffpunkt war die Villa des Oberstleutnant d. R. Fritz von der Lancken in der Marienstraße 26 (heute Gregor-Mendel-Straße), der als Adjutant des Generals Olbricht in Berlin tätig war. In der Villa befand sich zuletzt der Sprengstoff für das Attentat, der am Nachmittag des 19. Juli vom Kraftfahrer Karl Schweizer abgeholt und in Stauffenbergs Wohnung nach Berlin-Wannsee gebracht wurde.

Die bürgerlich-konservative Opposition verfügte über keine eigene Organisation, wie andererseits etwa die Arbeiterbewegung mit ihren Parteien SPD und KPD sowie den Gewerkschaften, die alle zwar verboten und aufgelöst waren, aber in mehr oder weniger starken illegalen Formen fortwirkten und eine Basis für weitere politische Aktivitäten darstellten. In der bürgerlich-konservativen Opposition ersetzten in gewisser Weise persönliche Bekanntschaften und ursprünglich aus ganz anderen Motiven entstandene Freundschaftskreise das, was in der Arbeiterbewegung die traditionelle Organisation darstellte. Infolge der Besonderheiten Potsdams – die Nähe zum Zentrum Berlin, die Struktur der Bevölkerung – waren Zahl und Aktivität solcher kleinen Kreise und Gruppen hier besonders groß.

Ein Teil der Nazigegner aus den Kreisen des Bürgertums und des Militärs suchten 1943, ihre teilweise schon vorhandenen Verbindungen zu Funktionären der früheren sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbewegung auszubauen, um für den Umsturz eine gewisse Massenbasis zu schaffen und ein Abgleiten „in radikales Fahrwasser“ zu vermeiden. Der von der KPD geführte Widerstandskampf sowie die seit Sommer 1943 spürbare Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ wirkten stark stimulierend. Die nationalkonservative Opposition erkannte, stellte später der Bochumer Historiker Hans Mommsen, verallgemeinernd fest, „nicht zuletzt unter dem Eindruck der Formverwandlung des kommunistischen Widerstands durch die Gründung des ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘, dass es notwendig war, den Umsturz durch eine breitere Verankerung in der Bevölkerung abzusichern und dessen Legitimationsgrundlagen zu verbreitern.“⁴⁵⁾

Auch in Berlin-Potsdam entstand eine enge Verbindung von Konservativen zu führenden Sozialdemokraten wie Leuschner, Leber und Hermann Maaß. Maaß, 1897 in Bromberg (Bydgoszcz als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren, im ersten Weltkrieg durch Gasvergiftung schwer verwundet, nach dem Kriege Studium an der Berliner Universität (Philosophie, Psychologie und Soziologie) mit dem Abschluss der Lehramtsprüfung; 1920 SPD-Mitglied, 1924 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, blieb 1933 nach seiner Entlassung in Deutschland, obwohl ihm die Harvard-Universität (USA) eine Professur angeboten hatte. Maaß arbeitete in der kleinen Fabrik für Aluminium-Artikel bei Wilhelm Leuschner in Berlin als Prokurist und wohnte in seinem eigenen Haus in Nowawes, später Potsdam-Babelsberg, Heimdahlstraße 37 (heute Hermann-Maaß-Straße). Auf Bitte Leuschners nahm er ab 1942 an Beratungen mit Moltke und anderen Angehörigen des Kreisauer Kreises teil. Nach der ersten Begegnung am 30. Juli 1942 berichtete Moltke seiner Frau: „Maaß ist etwas lehrerhaft, ein schwieriger Gesprächspartner, auf seinem Spezialgebiet hervorragend beschlagen, mit großem Verantwortungsgefühl und Ernst, gut vorbereitet. In der allgemeinen politischen Linie passt er gut, in Kreisau wird er der ideale Repräsentant des Onkels [Deckname für Leuschner – K. F.] sein.“⁴⁶⁾

In der Wohnung von Maaß in Babelsberg fanden 1943 und Anfang 1944 mehrere Gespräche statt, an denen Moltke, Brücklmeier und Stauffenberg teilnahmen. Leuschner, Maaß und andere empfanden die Kreisauer Festlegungen über die Stellung der Gewerkschaften und die Rolle der Arbeiterschaft im künftigen Deutschland als unzureichend, weil sie vor allem in einer starken, zentralisierten Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Kraft für politischen Neuaufbau und demokratische Entwicklung erblickten. Walter Maschke, Kampfgefährte von Maaß, ehemaliger Jugendsekretär des ADGB, hob in seinen Erinnerungen hervor, dass Maaß seit 1939

„der engste Mitarbeiter Leuschners geworden war“ und berichtete, wie Leuschner und Maaß die Herstellung eines solchen Gewerkschaftsbundes bereits in der Illegalität betrieben: „Der beabsichtigte Umsturz hätte sich zunächst als eine rein militärische Angelegenheit abgespielt. Sofort nach vollzogenem Umsturz sollte aber eine Massenorganisation als politisches Instrument der neuen Staatsführung durch die Wiedererrichtung deutscher Gewerkschaften geschaffen werden. In allen Bezirken Deutschlands waren Beauftragte eingesetzt, die den sofortigen Aufbau der Gewerkschaften nach dem geglückten Umsturz in die Wege leiten sollten. Die Zusammenarbeit von Vertretern der früheren verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen war dabei vorgesehen ...

Der politischen Aufgabe der Gewerkschaften wegen, die sofortige Aktionsfähigkeit verlangte, war ein stark zentralistischer Aufbau der Organisation vorgesehen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund sollte als eine über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Organisation aufgebaut werden ... Vorgesehen war, dass die neue Gewerkschaftsführung durch Rundfunkaufruf die Arbeiter aller Rüstungsbetriebe zur Arbeitsniederlegung und alle deutschen Arbeiter zur Beseitigung der Nazi-Betriebsobleute und sonstigen Amtswalter auffordern sollte. Die neue Reichsregierung sollte als erste Handlung, der Forderung der Alliierten entsprechend, die bedingungslos Kapitulation anbieten.“⁴⁷⁾ Über die Pläne von Leuschner und Maaß gab auch der Verleger Ulrich Wolf, der in den 30er Jahren zusammen mit Maaß die Korrespondenz „Jugend und Erziehung im Ausland“ herausgegeben hatte, in einer eidesstattlichen Erklärung vom 11. August 1948 in Kassel Auskunft, in der es hieß: „So hatte auch der ehemalige Oberst im Generalstab Graf Stauffenberg als der Exponent der Witzlebengruppe in seinen längeren Aussprachen, die er mit den Führern der illegalen Gewerkschaftsbewegung in Berlin-Wannsee [Stauffenberg wohnte 1943/44 dienstlich bei seinem Bruder Berthold in Berlin-Wannsee, Tristanstraße 8, während seine Familie in Bamberg lebte] und im Hause von Hermann Maaß in Potsdam-Babelsberg, früher Heimdahlstraße 37, jetzt Hermann-Maaß-Straße 37, gehabt hatte, stets betont, dass er auf ein gutes Einvernehmen mit uns Wert legte, da die gegen das Hitlerregime gerichteten Maßnahmen der Witzlebengruppe auf die Dauer erfolglos bleiben müssten bzw. überhaupt der Erfolg der geplanten Aktion in Frage gestellt sein würde, wenn sie nicht ihren Rückhalt in der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft, deren Vertretung damals im Wesentlichen bei den von uns geführten illegalen Gewerkschaften lag, finden könnte, auf deren aktive Beteiligung am Umsturz deshalb entscheidender Wert gelegt würde.

Die illegalen Gewerkschaften hatten die Aufgabe, die oppositionelle Arbeiterschaft zu sammeln und über ganz Deutschland ein Netz von zuverlässigen Stützpunkten zu spannen, damit anlässlich des geplanten Umsturzes neben den jeweiligen Standortältesten als dem Vertreter der

militärischen Exekutive eine zivile Persönlichkeit als Repräsentant der geistig, körperlich oder seelisch arbeitenden deutschen Menschen treten konnte, um anarchische Zustände zu vermeiden und außerdem dafür Vorsorge zu treffen, dass die besonnenen und zuverlässigen Elemente des zivilen Sektors im Ernstfall sofort für die Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten könnten, damit kein Arbeitsplatz mehr zerstört wird. Dieser Plan wurde von uns mit peinlicher Gründlichkeit vorbereitet, entsprechend getarnt und in seinen wesentlichen Einzelheiten dem Grafen Stauffenberg, mit dem mehr als ein Dutzend längerer Besprechungen stattgefunden hatten, als dem immer mehr in den Vordergrund tretenden Exponenten der militärischen Exekutive mitgeteilt.“ Wolf teilte auch mit, dass er von Maaß den Auftrag erhalten habe, Vorbereitungen für die Errichtung von Staatssekretariaten für Wirtschaft und für Information zu treffen. Verbindungen gab es auch zwischen Maaß und dem Großindustriellen Oscar Henschel (Lokomotivbau), der der Gruppe um Maaß Informationen sowie etwa 50 000 Reichsmark zukommen ließ. Maaß bat Henschel, für die Provinz Kurhessen geeignete Persönlichkeiten für künftige verantwortliche Aufgaben vorzuschlagen. „Besonders sympathisch berührt hatte Hermann Maaß und mich“, so berichtete Wolf, „dass Herr Henschel sehr im Gegensatz zu den anderen deutschen Großindustriellen sozialistischem Gedankengut zugänglich war und sich für alle sozialistischen Probleme stets sehr interessierte.“⁴⁸⁾

Maaß' Tochter Uta berichtete von einem Besuch Stauffenbergs im Elternhaus: „Besonders eindrucksvoll war die Begrüßung. Meine Mutter war damals in Erwartung ihres sechsten Kindes, und er gab ihr einen Handkuß. So etwas hatte ich noch nie gesehen. Wir haben nachher in der Familie noch darüber gesprochen. Diese Geste, die zu meinem Vater als einem Pommer nie gepaßt hätte, nahm meine Mutter so selbstverständlich entgegen, als bekäme sie jeden Abend einen Handkuß. Als kleine zierliche Frau in ihrem Zustand hatte es vielleicht auch noch eine besondere Bedeutung. Es war so viel Respekt und Würde in dem Ganzen.“⁴⁹⁾ Uta Maaß berichtete ferner, dass sie einmal von ihrem Vater den Auftrag hatte, Moltke vom S-Bahnhof Babelsberg-Ufastadt (heute Griebnitzsee) abzuholen. Namen wurden natürlich nicht genannt, der Vater erklärte nur, dass sie den „größten Mann“ unter den Aussteigenden ansprechen und sagen sollte: „Ich bin die Uta“. Das funktionierte auch, denn Moltke überragte mit seinen gut 2 Metern alle anderen Fahrgäste. So brachte sie ihn zu ihrem Vater.⁵⁰⁾

Mehrere Berichte deuten darauf hin, dass sich bei Maaß ein starkes Misstrauen gegen die Militärs und auch gegen den Kreisauer Kreis entwickelte, weil er befürchtete, dass es sich bei den Bestrebungen der Adligen, Generäle, Theologen und bürgerlichen Beamten vor allem um Wiederherstellung bzw. Sicherung alter Privilegien handeln könnte. In

einem Brief an seine Frau vom 12. und 13. August 1944 aus der Haft in der Polizeischule Drögen äußerte er, „dass das Christentum keine allgemein gültige und wirkende geistige und seelische Macht mehr ist. Seine Ethik gilt nur noch subjektiv, wahlweise.“

Der ‚Christenmensch‘ als Sein oder Ziel gilt nicht mehr allgemein. Das neue Ethos muss sowohl Elemente der alten christlichen Kultur übernehmen, wie stets eine neue Kultur auf eine vorhergehende aufbaut, aber die neuen Elemente dieser entstehenden Kultur geben ihr die entscheidenden Wendung zum Sozialismus.“ Unter Sozialismus verstand er die Wiederherstellung der „Personenwertgleichheit“, die „Anerkennung des arbeitenden Menschen“ als Träger der neuen Kultur, die Schaffung einer „klassenlosen“ Gesellschaft, in der die natürlichen Gesellschaftsschichten gleichen Wert besitzen. „Als ich im Laufe der Zeit bemerkte, dass die Ideologie des Goerdeler-Kreises eben keine ‚höhere Idee‘ darstellte, dass sie dem von mir gewollten Sozialismus widerstrebte, tat ich alles mir Mögliche, um die Verbindung mit der Gruppe Goerdeler bis zur Inaktivität zu neutralisieren. ... Wir waren von den ‚Militärs‘ als ihnen sehr unpassende ‚Linke‘ längst abgehängt worden, und ich hatte keine Verbindung zu ihren Mittelsleuten gepflogen, sobald ich argwöhnte, dass es ihnen nicht um das Schicksal des deutschen *Volkes* zumal um das der Arbeiterschaft ginge, sondern um eigenste gesellschaftspolitische Ziele.“⁵¹⁾

Auch in Potsdam bestand eine Gruppe sozialdemokratischer Antifaschisten, die mit Maaß und Leuschner in Verbindung stand. Initiator und Kontaktmann war Georg Spiegel, während des Krieges Zivilangestellter bei der Wehrersatzinspektion Potsdam, wohnhaft in Babelsberg, Schützendamm 40 (heute Paul-Neumann-Straße), der auch an Treffen mit Stauffenberg im Hause von Maaß teilnahm. Von Fritz Krüger, einem Mitglied dieser Gruppe, bis 1933 Gewerkschaftsangestellter und Vorsitzender des Ortsvereins der SPD, danach als Maurer tätig, wohnhaft in der Luisenstraße (heute Zeppelinstraße) existiert folgender Bericht: „Ich gehörte einer illegalen Gruppe an, die aus drei Genossen bestand. Unser Verbindungsmann war der Genosse Georg Spiegel, der vor 1933 der Lokalredakteur unserer Parteizeitung gewesen war. Mir ist bekannt, dass Georg Spiegel mit Hermann Maaß und Wilhelm Leuschner in Verbindung stand ... Einige Wochen vor dem 20. Juli 1944 sagte mir Georg Spiegel, dass in Deutschland bald ein Umsturz erfolgen und dass ich mich dafür bereithalten sollte. Ich sei dafür vorgesehen, die Funktion des Oberbürgermeisters von Potsdam oder eine zentrale Funktion in Berlin zu übernehmen.“⁵²⁾

Diese Potsdam-Babelsberger Gruppe war kein Sonderfall in Deutschland; ähnliche Informationen gibt es u. a. aus Mecklenburg, Thüringen, wo besonders Prof. Adolf Reichwein aktiv wirkte, und aus dem Rhein-Main-

Gebiet.⁵³⁾

Potsdam war also durchaus nicht nur ein Ort mehr oder weniger unverbindlicher Offiziers- und Beamtingespräche in den Villen und Offizierskasinos, sondern auch ein Ort ernsthafter konstruktiver Erörterungen und Vorbereitungen zur Verwirklichung des Umsturzes und der Gestaltung eines künftigen Deutschlands, wobei in dieser Frage aber auch durchaus gegensätzliche Meinungen aufeinander trafen.

3. Auswirkungen

Nach dem Scheitern des Unternehmens überzog eine Terrorwelle das Land, der zunächst die etwa 160 bis 180 unmittelbar Beteiligten zum Opfer fielen, von denen 110 hingerichtet, 15 zum Selbstmord getrieben und andere ohne Gerichtsurteil umgebracht wurden. Hermann Maaß kam am 8. August 1944 in Haft, wurde am 20. Oktober zum Tode verurteilt und am selben Tag in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Von weiteren Verhaftungen blieben die Potsdamer Sozialdemokraten verschont, da Maaß seine Kenntnisse von den Verbindungen nicht preisgab.

**Krieg und Terror
gehen weiter**

Von den besonders eng mit Potsdam und der Provinz Brandenburg verbundenen Verschwören fielen Hans-Jürgen Graf von Blumenthal, Eduard Brücklmeier, Wilhelm Dieckmann, Fritz von der Lancken, Friedrich Wilhelm Graf zu Lynar auf Seese bei Calau, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld, Carl-Heinrich von Stülpnagel dem Naziterror zum Opfer. Henning von Tresckow, nachdem er vom Zusammenbruch der Aktion erfahren hatte, nahm sich am 21. Juli an der Ostfront das Leben. Oberst Siegfried Wagner, der als Verbindungsoffizier zum Wehrkreis XI (Hannover) vorgesehen war, stürzte sich aus dem Fenster seiner Potsdamer Wohnung, Kurfürstenstraße 19. Er wurde schwer verletzt und verstarb im Lazarett des KZ Sachsenhausen. Carl-Hans Graf von Hardenberg auf Neuardenberg versuchte am 24. Juli, sich der Festnahme durch zwei Schüsse in die Brust zu entziehen. Der Selbstmordversuch misslang, er kam in das Lazarett des KZ Sachsenhausen, wurde ständig verhört, aber überlebte, auch dank der Unterstützung durch einen kommunistischen Mithäftling, seinen ehemaligen Landarbeiter Fritz Perlitz u. a., bis zur Befreiung 1945.

Auf der Flucht vor der Gestapo hielten sich Goerdeler und General Fritz Lindemann (Birkenstraße 1) auch kurz in Potsdam auf. Der ehemalige christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser fand die Möglichkeit, sich vom 27. September 1944 bis zum 10. Mai 1945 bei Gertrud Droste im Keller ihrer Babelsberger Wohnung in der Heimdahlstraße 67 (heute Hermann-Maaß-Straße) zu verbergen und zu überleben, während seine

Helferin noch in den letzten Kriegstagen von Granatsplittern tödlich getroffen wurde.

Die Naziführung nahm den 20. Juli zum Vorwand, alle Persönlichkeiten, die für eine Volkserhebung oder für eine künftige demokratische Neugestaltung Deutschlands in Frage kamen, zu ermorden oder zu inhaftieren. Dieser Terrorwelle fielen auch Menschen zum Opfer, die unmittelbar mit dem 20. Juli nichts zu tun hatten. Am 18. August 1944 wurde Ernst Thälmann im KZ Buchenwald erschossen, sein Leichnam sofort im dortigen Krematorium verbrannt. Die Nazi-propaganda verbreitete die Lüge, Thälmann sei am 24. August 1944 bei einem alliierten „Terrorangriff“ umgekommen. So ging der Krieg weiter, für Potsdam besonders tragisch mit dem Luftangriff vom 14. April 1945, wenige Wochen vor Kriegsende, der die historische Innenstadt weitgehend zerstörte und nahezu 2 000 Tote forderte.

* * *

Der antifaschistische Widerstand, so aufopferungsvoll er geführt worden war, hatte nicht vermocht, das Schicksal des deutschen Volkes zu ändern. Die Widerstandskämpfer – ob Kommunist, Sozialdemokrat, Christ, adliger Offizier, Staatsbeamter, Unternehmer, Gutsbesitzer – blieben stets eine Minderheit, obwohl die Wahrheit auf ihrer Seite stand. Die große Mehrheit des Volkes – das muss heute in aller Eindeutigkeit wiederholt werden – war der Demagogie erlegen, duldete die Nazi-herrschaft, jubelte ihr zeitweilig sogar zu, leistete willfährig Kriegsdienst an der Front oder in der Kriegswirtschaft, hielt dem verbrecherischen „Führer“ sogar noch die Treue, als er schon Selbstmordpistole und Giftpille vorbereitete. Das sollte heute und in Zukunft immer wieder zum Nachdenken Anlass geben.

Quellen Teil III

¹ Ines Reich/Kurt Finker: Potsdam und der 20. Juli 1944. Offiziere und Beamte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hrsg. von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almut Püschel. Mit einem Geleitwort von Manfred Stolpe. Verlag Volk und Welt. Berlin 1993, S. 322 ff. ; Ines Reich: Potsdam und der 20. Juli 1944. Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Begleitschrift zur Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Potsdam-Museums. Rombach Verlag. Freiburg i. Br. 1994; Johannes Tuchel. Die Sicherheitspolizeischule Drögen und der 20. Juli 1944 – zur Geschichte der „Sonderkommission Lange“: In: Florian von Buttlar/Stefanie Endlich/Annette Leo: Fürstenberg- Drögen. Schichten eines vergessenen Ortes. Hrsg. vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg. Edition Hentrich. Berlin 1994, S. 120 ff.; Günther Wirth: Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918-1989. Suhrkamp Taschenbuch. Frankfurt am Main 2000.

² „Freies Deutschland“, 2. Jgg., Nr. 30, 23. Juli 1944.

³ „Widerstand im Widerstreit“. Fernsehdokumentarfilm vom 29. März 1988.

⁴ „Politische Informationen“, Stockholm, Nr. 16, 15. August 1944.

⁵ In: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Bund Verlag. Köln 1994.

⁶ Siehe dazu auch Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1955, S. 279 f.

⁷ Lothar Kettenacker: Die Haltung der Westalliierten gegenüber Hitlerattentat und Widerstand nach dem 20. Juli 1944. In: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944 ..., S. 19 ff.

⁸ Walter Hofer: Das Attentat der Offiziere und das Ausland. In: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstandes. Econ Verlag. Düsseldorf-Wien 1984, S. 47 ff.

⁹ John W. Wheeler Bennet: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945. Düsseldorf 1954, S. 710.

¹⁰ John J. McCloy II: Die Verschwörung gegen Hitler. Stuttgart 1963, S. 57.

¹¹ Walter Hofer: Das Attentat ..., a.a.O., S. 55

¹² „Das Volk“ vom 20. Juli 1945, S. 1.

¹³ G. A. Deborin: Der Zweite Weltkrieg. Militärpolitischer Abriß. Berlin 1959, S. 342–344.

¹⁴ Daniil E. Melnikow: 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit. Berlin 1964, 2. Auflage Berlin 1966, S. 275.

¹⁵ „Die Weltbühne“ 1947 813), S. 556.

- ¹⁶ Zum Charakter der Verschwörung vom 20. Juli 1944. In: „Militärwesen“ (1959) 6. S. 33.
- ¹⁷ Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR (1985) 1,2, S. 23.
- ¹⁸ Martin Broszat: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. München 1988, S. 316 f.
- ¹⁹ „Die Zeit“, 19. Juli 2001, S. 84.
- ²⁰ Gerhard Ritter. Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954. 2. Auflage 2 Monate später 1955, 3. Aufl. 1956 (auch in englisch, französisch, italienisch), 4. Aufl. 1984, 647 S., gefördert durch die Robert Bosch Stiftung. Ungekürzte Taschenbuchausgabe 1964.
- ²¹ Aus der „Einführung“ von 1954. Ebenda, S 11.
- ²² Ebenda, S. 106.
- ²³ Ritter: Goerdeler, S. 1956, S. 100 ff.
- ²⁴ Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hrg. Von J. Schmäddeke und P. Steinbach. Piper. München-Zürich 1985, S. 535.
- ²⁵ „Das Parlament“ vom 5. August 1994, S. 22.
- ²⁶ „Die Zeit“ vom 8. Juli 1994, S. 28.
- ²⁷ Peter Hoffmann: Widerstand. Staatsstreich. Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1979, S. 535.
- ²⁸ Heinrich Bücheler: Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat – Philosoph- Verschwörer. Biographie. Verlag Ullstein GmbH, Berlin-Frankfurt/M, 1989. Nicht zu verwechseln mit seinem Vetter General Otto von Stülpnagel, als Militärbefehlshaber in Frankreich sein Vorgänger. Otto von Stülpnagel wurden wegen seines brutalen Vorgehen gegen französische Patrioten nach 1945 verhaftet, entzog sich dem Gerichtsverfahren 1948 in einem Pariser Gefängnis durch Selbstmord.
- ²⁹ Mitteilung von Fritz Ludwig, Dresden, ehemaliger Unteroffizier in der Panzer-Aufklärungskompanie Potsdam-Nedlitz.
- ³⁰ Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikoff 1940-1945. Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin 1989, 2. Auflage, S. 237 f.
- ³¹ Hans Speidel: Aus unserer Zeit. Erinnerungen. Berlin/Frankfurt/Wien 1977, S. 52.
- ³² „Völkischer Beobachter“ vom 6. 2. 1933.
- ³³ Im Geist bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zum 100. Geburtstag von Hermann Maaß. Hrsg. von Sigrid Grabner und Hendrik Roeder. Brandenburgisches Literaturbüro. Potsdam 1997; Kurt Finker: Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und Widerstandskämpfer. In. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, September 1998 (3/98), S. 107 ff.

- ³⁴ Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand. Einleitung von Willy Brandt. Vorwort von Hans Mommsen. Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH., Berlin 1983.
- ³⁵ Prof. Dr. Wilhelm Hartke war erster sozialdemokratischer Oberschulrat in Preußen und Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums. Von den Nazis seiner Ämter enthoben und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, gehörte er nach dem Zweiten Weltkrieg u. a. zu den Mitbegründern der 1948 entstandenen Pädagogischen Hochschule (1948-1950 Brandenburgische Landeshochschule) Potsdam, später erhielt er eine Professur an der Humboldt-Universität Berlin.
- ³⁶ Louis Ferdinand Prinz von Preußen. Als Kaiserenkel durch die Welt. Berlin 1952, S. 66 f.
- ³⁷ Bodo Scheurig. Henning von Tresckow. Ein Preuße gegen Hitler. Biographie. Verlag Ullstein GmbH. Frankfurt/Main – Berlin 1987.
- ³⁸ Die biographische Literatur über Stauffenberg ist inzwischen sehr umfangreich. Siehe dazu mein chronologisches Verzeichnis der bisher in Deutschland erschienenen Stauffenberg-Biographien 1964-1994. In: Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995.
- ³⁹ Ulrich Heinemann: Ein konservativer Rebell. Fritz. Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH; Berlin 1990.
- ⁴⁰ Kurt Finker: Das Potsdamer Infanterieregiment 9 und der konservative militärische Widerstand. In: Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch-deutschen Militärgeschichte. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernhard R. Kroener unter Mitarbeit von Heiger Ostertag. Propyläen Verlag. Frankfurt am Main-Berlin 1993, S.451 ff.;
- ⁴¹ Ines Reich: Potsdam und der 20. Juli 1944, a.a.O.
- ⁴² Olaf Groehler: Hitlerwehrmacht und Offiziersopposition. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, 1985, H. I-II, S. 87.
- ⁴³ Hans Karl Fritzsche. Jahrgang Vierzehn. Bericht eines Überlebenden. Unveröffentlichtes Manuskript. Bad Godesberg 1974, S. 63.
- ⁴⁴ Hans Fritzsche: Ein Leben im Schatten des Verrats. Erinnerungen eines Überlebenden an den 20. Juli 1944. Freiburg 1984, S. 63 f.
- ⁴⁵ Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. von Jürgen Schmädke und Wolfgang Treue. München 1985, S. 15.
- ⁴⁶ Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 348.
- ⁴⁷ Aus den 1945/46 unmittelbar nach der Befreiung in Bayreuth niedergeschriebenen persönlicher Erinnerungen Walter Maschkes, die er mir zu Einsicht und weiterer wissenschaftlichen Verwendung überließ. Dieser Nachlaß des 1980 Verstorbenen befindet sich heute in: SAPMO, Barch, ZPA Berlin. Maschke war nach seiner Befreiung durch

die Amerikaner aus dem Zuchthaus Bayreuth nach Berlin zurückgekehrt, gehörte 1946 der SED an und war u. a. Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und Stellvertr. Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst.

⁴⁸ Kurt Finker. Hermann Maaß, a. a. o., S. 115. S.

⁴⁹ Im Geiste bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zum 100.Geburtstag von Hermann Maaß. Hrsg. von Sigrid Grabner und Hendrick Röder. Brandenburgisches Literaturbüro. Potsdam 1997, S. 87 f.

⁵⁰ Persönliche Mitteilung von Uta Maaß an den Verfasser.

⁵¹ Kurt Finker: Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und Widerstandskämpfer. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 40. Jahrgang 1998, H. 3. S. 124.

⁵² Mitteilung von Fritz Krüger an den Verfasser vom 22. 3. 1966. Krüger wurde 1946 Mitglied der SED und nahm in verschiedenen Funktionen am Neuaufbau teil.

⁵³ Peter Joachim Riedle (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden. Band 5. Wiesbaden 1996.

Verzeichnis der Abkürzungen

IR	Infanterie-Regiment
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-Regime	Nationalsozialistisches Regime
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel der NSDAP
ZK	Zentralkomitee

